



Vertreibung war gerechtfertigt

(Seite 2)

Aufruf zum Nein zur EU-Erweiterung

(Seite 3)

Serie über den Völkermord, Teil 5

(Seiten 4 und 5)

Klaus will nicht einmal mehr einen Dialog über die Vertreibung

„Wir können darüber diskutieren, was damals passiert ist, aber keinesfalls verhandeln“, sagte der gerade als Parteichef der Christdemokraten abgewählte tschechische Außenminister Cyril Svoboda. Der tschechische Präsident Václav Klaus will nicht einmal das. Der Staatschef hält einen europäischen Dialog über Flucht und Vertreibung überhaupt für unnötig. Er glaube nicht an einen Gewinn, den der in der deutsch-polnischen „Danziger Erklärung“ vorgeschlagene Dialog bringen soll, sagte Klaus. In der Erklärung hatten sich der deutsche Bundespräsident Johannes

Rau und sein polnischer Amtskollege Aleksander Kwasniewski kürzlich für einen solchen Dialog ausgesprochen, aber gleichzeitig auch gleich bekräftigt, daß in dieser Debatte für Entschädigungsforderungen kein Raum sein dürfe. Obwohl die tschechische Regierung offiziell betonte, kein Problem mit dieser Erklärung zu haben, waren es doch vor allem tschechische Politiker – allen voran wiederum Václav Klaus –, die sich ablehnend dazu geäußert hatten.

Die Standpunkte der Staaten zum Zweiten Weltkrieg und zu den damit zusammenhän-

genden Ereignissen seien doch bekannt, sagte Klaus. Und: „Tschechien ist nicht bereit, die Folgen des Zweiten Weltkriegs neu zu bewerten.“

Befragt von der tschechischen Tageszeitung „Pravo“, wie er die Situation um die „immer stärker werdenden Eigentumsforderungen gegenüber der Tschechischen Republik und um die Beneš-Dekrete“ einschätze, sagte Klaus: „Es hat den Anschein, daß diese Versuche fortgesetzt werden. Allerdings sehe ich keinen Grund, uns zu überflüssigen radikalen Reaktionen provozieren zu lassen.“

Anspruchslos

VON MANFRED MAURER

„... ES IST UNSERE gemeinsame Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß Erinnerung und Trauer nicht mißbraucht werden, um Europa erneut zu spalten. Deshalb darf es heute keinen Raum mehr geben für Entschädigungsansprüche, für gegenseitige Schuldzuweisungen und für das Aufrechnen der Verbrechen und Verluste.“ Das ist einer der Kernsätze aus der gemeinsamen Erklärung der Präsidenten Deutschlands und Polens, Johannes Rau und Aleksander Kwasniewski.

MAN WUNDERT SICH, warum der tschechische Präsident Václav Klaus sofort seine warnende Stimme erhob, als er hörte, was seine beiden Amtskollegen sich da ausgedacht hatten. Es läuft doch eh alles bestens. „Wir müssen der Opfer gedenken und dafür sorgen, daß es die letzten waren“, fordern Rau und Kwasniewski. Aber eben gefälligst nur: Gedenken. Und nicht an Konsequenzen denken, die aus der Erkenntnis, zu der Gedenken führen könnte, gezogen werden müßten.

DIESE ERKLÄRUNG IST Ausdruck von Anspruchslosigkeit in jeder Hinsicht. Sie postuliert den Anspruch auf eine angemessene Auseinandersetzung mit der Geschichte nicht nur nicht, sie erklärt diesen sogar für unzulässig, weil vermeintlich kontraproduktiv. Nach Rau / Kwasniewski darf es weder Schuldzuweisungen noch das Benennen von Verbrechen und Verbrechen geben, weil dies ja unter die abgelehnte Kategorie „Aufrechnen“ fällt. Von einer Absage an das Vorrechnen, mit dem Österreich und Deutschland immer konfrontiert sind, war freilich keine Rede. Die, denen ihre Schuld vorgerechnet wird, sollen nur nicht ihrerseits zu rechnen beginnen, denn das wäre dann „Aufrechnen“.

WIE ALLERDINGS Geschichte korrekt aufgearbeitet werden soll, wenn Taten und Täter nicht beim Namen genannt und die mörderischen Fakten nicht mit (Opfer-) Zahlen untermauert werden, bleibt ein Rätsel, das die beiden Präsidenten in ihrer vönlischen Hochstimmung nicht zu lösen beliebten. Zumindest Rau sollte aber aus deutscher Erfahrung wissen, daß die Tragödien der Geschichte ohne Schuldeingeständnis und Sühne nicht zu bewältigen sind. In dieser Hinsicht waren Deutsche wie Österreicher nie anspruchslos, auch wenn die von außen erhobenen Ansprüche oft in einem schwer zu befriedigenden Maße hochgeschraubt waren.

DA GAB ES SOGAR RAUM für nun als unangemessen qualifizierte Entschädigungsansprüche. Vor ein paar Jahren noch wäre eine solche Deutsch-polnische Erklärung undenkbar gewesen, weil ja gerade mit Österreich und Deutschland über Entschädigungsansprüche verhandelt wurde. Es waren diese nicht immer mit freundlicher Zurückhaltung und nicht ganz frei vom Geruch der Erpressung (Drohung mit Schaden für die deutsche und österreichische Wirtschaft in den USA) geführten Verhandlungen, die auch bei Vertriebenen einige früher vielleicht nicht so zentrale Fragen in den Vordergrund rücken ließen: Und was ist eigentlich mit uns? Warum sollen sudetendeutsche Zwangsarbeiter leer ausgehen? Warum sollen sudetendeutsche Enteignungsoffer nichts zurückbekommen?

DIESE FRAGEN WERDEN nun nicht an Bedeutung verlieren, wenn just nach dem Befriedigen von Entschädigungsansprüchen der einen Seite das Erheben solcher grundsätzlich für unschicklich erklärt wird. Das wäre, wie gesagt, vor ein paar Jahren glaubwürdiger gewesen.

ÜBRIGENS: Rau und Kwasniewski veröffentlichten ihre Erklärung einen Tag bevor die Stiftung „Deutsch-polnische Aussöhnung“ mit der Auszahlung der zweiten Entschädigungsrate an polnische Nazi-Opfer begonnen hat ...

Das Bild der Heimat



Dampferhaltestelle Herrnschkretschan an der Elbtalstraße.

Mehrheit der Tschechen hat noch nicht umgedacht – Details einer repräsentativen Umfrage: „Die Vertreibung war gerechtfertigt“

Wegen des großen Interesses an der in Ausgabe Nr. 19 veröffentlichten Umfrage, die das IMAS-Institut im Auftrag der „Kronen Zeitung“ in der Tschechischen Republik durchgeführt hat, veröffentlichen wir in dieser Ausgabe detaillierte Ergebnisse sowie die genauen Fragestellungen und Erläuterungen des Institutes.

Die Erhebung richtete sich in Form von persönlichen (face to face)-Interviews an 964 Personen, die in ihrer statistischen Zusammensetzung ein maßstabgetreues, verkleinertes Modell der tschechischen Bevölkerung ab 15 Jahren verkörpern. Die Feldarbeit (Befragungskampagne) fand zwischen dem 18. August und dem 8. September 2003 statt. Sie wurde von 119 sorgfältig geschulten und kontrollierten Interviewern durchgeführt.

Wenn man die Tschechen fragt, welche Bewohner ihrer Nachbarländer sie gefühlsmäßig sympathisch finden, nennen 43 Prozent – (und somit weitaus die meisten von ihnen) – die Slowaken. Erst nach großem Abstand folgen die Österreicher, für die lediglich 13 Prozent der tschechischen Bevölkerung betont freundliche Gefühle verspüren. Noch ein wenig geringer sind (mit 11 Prozent) die Sympathien für die Deutschen. Dennoch sind es letztlich nicht die Österreicher und die Deutschen, sondern die Polen, die den Tschechen innerlich am fernsten stehen: Auf die Bewohner des benachbarten ehemaligen Partnerstaates im Ostblock entfielen lediglich acht Prozent der Sympathiebezeugungen.

Ausdrücklich abgelehnt werden jedoch von den Tschechen (mit einer Hinweisquote von 28 Prozent) die Deutschen, gefolgt von Polen (mit 15 Prozent) und Österreich (mit 12 Prozent). Die wenigsten Antipathien haben Slowaken in der Tschechischen Republik zu fürchten.

Ganz anders beurteilt man in der Tschechischen Republik die Nachbarstaaten, wenn der wirtschaftliche Nutzen des eigenen Landes zur Diskussion steht. Unabhängig von den persönlichen Gefühlsregungen wird nunmehr in massiver Mehrheit von 52 Prozent Deutschland als das Land bezeichnet, mit dem man möglichst eng zusammenarbeiten sollte. Auf dem zweiten Platz der Empfehlungen scheint Österreich (mit einer Hinweisquote von 19 Prozent) auf. Dies bedeutet, daß rund jeder fünfte Tscheche Österreich die Priorität für eine wirtschaftliche Kooperation einräumt.

Am wenigsten wichtig erscheint der tschechischen Bevölkerung eine wirtschaftliche Kooperation mit der Slowakei oder Polen.

Sympathiebeziehungen und Kooperationsbereitschaft der Tschechen mit den Nachbarländern hängen stark vom Bildungsgrad und Alter der Bewohner ab.

Charakteristisch für die Angehörigen der älteren Generation sowie der weniger gebildeten Personen ist die überdurchschnittlich starke Zuneigung zu den Slowaken und eine innere Distanz zu Österreichern und Deutschen. Bei Tschechen unter dem 30. Lebensjahr sowie Erwachsenen mit Hochschulbildung sind Vorbehalte gegenüber den deutschsprachigen Nachbarn merklich geringer. Auffallend bei den gebildeten Tschechen ist vor allem eine ausgeprägte Bereitschaft zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Deutschland.

Vertreibung der Deutschen und Beneš-Dekrete

Die pragmatische Einschätzung der Wirtschaftsbeziehungen kann freilich nicht darüber hinwegtäuschen, daß das Denken der Tschechen in starkem Maße von Überlegungen bestimmt wird, die nur wenig zum Geist harmonischer Nachbarschaft in einem zusammenwachsenden Europa passen. Noch immer wird die Vertreibung und Enteignung der rund drei Millionen in Tschechien ansässig gewesenen Deutschen nach dem Kriegsende 1945 von der tschechischen Bevölkerung im erschreckend massiven Verhältnis von 45 zu 8 Prozent als gerechtfertigt erklärt. Lediglich 31 Prozent der heutigen Tschechen erblicken in dieser, von vielen Grausamkeiten begleiteten Vertreibung wenigstens teilweise ein Unrecht.

Keinerlei Bereitschaft besteht in der tschechischen Bevölkerung zu einer Rückgabe des beschlagnahmten Eigentums bzw. einer Entschädigung für die vertriebenen Deutschen. Nahezu drei Fünftel der Bewohner lehnen ein solches Ansinnen rundweg ab, insgesamt 30 Prozent haben im weitesten Sinn dafür Verständnis, nur 4 Prozent befürworten eine Wiedergutmachung allerdings vorbehaltlos.

Im Zusammenhang mit dem Problem der Vertreibung erkundigte sich das IMAS auch nach der Kenntnis der Beneš-Dekrete. Das Ergebnis läßt darauf schließen, daß die von Präsident Edvard Beneš erlassene Verordnung in Tschechien noch eine beträchtliche Gegenwartsnähe

besitzt: 23 Prozent könnten die Dekrete nach eigener Angabe genau erklären, weitere 50 Prozent so ungefähr, lediglich 27 Prozent überhaupt nicht.

Wirtschaftlicher Rückstand ist bewußt

Die tschechische Bevölkerung ist offenkundig fest von einem sehr großen wirtschaftlichen Rückstand des eigenen Landes gegenüber den westlichen Industrienationen überzeugt. Mit einem kurzfristigen Aufholen wird nicht gerechnet. Die absolute Mehrheit von 56 Prozent der Bewohner ist vielmehr der Auffassung, daß es mehr als zehn Jahre dauern wird, bis ein Gleichstand zum Westen hergestellt ist. Daß die Aufholjagd innerhalb einer Frist von maximal fünf Jahren abgeschlossen werden kann, glauben nur insgesamt 11 Prozent.

Folgende Frage wurde gestellt: „Was vermuten Sie – wie viele Jahre wird es ungefähr dauern, bis Tschechien den wirtschaftlichen Vorsprung der westlichen Industrieländer aufgeholt hat? Was würden Sie sagen?“ (Mehrfachnennungen wurden berücksichtigt).

Tschechen	insgesamt %
höchstens drei Jahre	4
etwa 3 bis 5 Jahre	7
etwa 5 bis 10 Jahre	22
mehr als 10 Jahre	56
haben Vorsprung bereits aufgeholt	2
unentschieden, weiß nicht	9

Sympathiebeziehungen zu den Nachbarländern

Frage: „Wenn Sie einmal an unsere Nachbarländer denken, also an Deutschland, Österreich, Slowakei und Polen: In welchen dieser Länder sind Ihnen die Bewohner gefühlsmäßig irgendwie sympathisch?“

Nachfrage: „Und welche Bewohner von diesen Nachbarländern mögen Sie nicht besonders gern, welche sind Ihnen eher unsympathisch?“

Nachfrage: „Einmal unabhängig von der Sympathie für die Bewohner: Welche Nachbarstaaten sind für uns wirtschaftlich am wichtigsten, mit welchen sollte die Tschechische Republik möglichst eng zusammenarbeiten?“

Tschechen insgesamt in Prozenten empfinden Sympathien für die Bewohner von

Slowakei	43
Österreich	13
Deutschland	11

Polen	8
Kein Unterschied, bzw. keine Angabe	31
Es mögen nicht besonders gern die Bewohner von	
Deutschland	28
Polen	15
Österreich	12
Slowakei	5
keine bzw. keine Angabe	43
Es betrachten für die (wirtschaftliche) Zusammenarbeit am wichtigsten	
Deutschland	52
Österreich	19
Slowakei	12
Polen	4
kein Unterschied bzw. keine Angabe	19

Ansichten über die Vertreibung der Deutschen

Frage: „Nach dem Kriegsende 1945 wurden ja rund drei Millionen Deutsche, die in Tschechien gelebt haben, gewaltsam und ohne Entschädigung für ihr Eigentum aus unserem Land vertrieben. Betrachten Sie diese Vertreibung und Enteignung der Deutschen durch Tschechien aus heutiger Sicht als gerechtfertigt, oder war das Ihrer Meinung nach ein Unrecht?“

Frage: „Sind Sie im Prinzip eher dafür oder eher dagegen, daß die vertriebenen Deutschen ihr Eigentum zurückbekommen, bzw. daß sie von der Tschechischen Republik entschädigt werden?“

Frage: „Wenn Sie jemand fragen würde, was unter den sogenannten ‚Beneš-Dekreten‘ zu verstehen ist: Könnten Sie das genau, ungefähr oder eigentlich nicht erklären?“

Tschechen insgesamt in Prozenten. – Es betrachten die Vertreibung der Deutschen als

gerechtfertigt	45
ein Unrecht	8
teils / teils	31
unentsch., keine konkrete Angabe	16

Eine Entschädigung der Vertriebenen

befürworten	4
lehnen ab	59
kommt darauf an	26
unentschieden, kein Urteil	11

Die Kenntnis der Beneš-Dekrete

können genau erklären	23
können ungefähr erklären	50
können nicht erklären	27

Veto erfolglos: EWR-Vertrag unterzeichnet Prag und Preßburg blieben hart

Liechtenstein hat kürzlich mit vierwöchiger Verspätung ein neues Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) unterzeichnet. Grund für die Verzögerung war ein Veto Liechtensteins gegen den EWR-Beitritt Tschechiens und der Slowakei. Der Grund dafür wiederum ist ein alter Restitutionsstreit.

Liechtenstein forderte von den beiden EU-Beitrittskandidaten, daß diese das Fürstentum als einen „seit langem bestehenden und anerkannten Staat“ respektieren, der im Ersten und Zweiten Weltkrieg neutral gewesen sei. Die Forderung stand im Zusammenhang mit Enteignungen der Liechtensteiner Familien, auch der Fürstenfamilie, in der früheren Tschechoslowakei nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg. Norwegen und Island solidarisierten sich zunächst. Sie unterschrieben das Abkommen ebenfalls nicht, machten später aber Druck auf Liechtenstein, das Problem zu lösen.

Vaduz habe die Anerkennung der 1993 gebildeten Staaten stets an Vermögensfragen geknüpft, heißt es in Prag. Das Veto habe mit den damaligen Besitztümern nichts zu tun, sagte hingegen ein Sprecher von Fürst Hans Adam II.

Die Liechtensteins gehörten einst zum böhmisch-österreichischen Adel. 1620, nach der Schlacht auf dem Weißen Berg, wurde Karl von Liechtenstein, kaiserlicher Statthalter in Prag, zu einem der größten Grundbesitzer in den böhmischen Ländern. Viele Kunstwerke, Immobilien und 1600 Quadratkilometer Land nannten sie ihr eigen. Das Fürstentum selbst würde mit seinen 160 Quadratkilometern zehnmal in den damaligen Besitz passen.

Mit der Bildung der Tschechoslowakei im

Jahre 1918 und einer Bodenreform änderte sich viel. Ein Teil des liechtensteinischen Landesbesitzes wurde enteignet. Liechtenstein kämpfte darum. 1938 willigte der damalige tschechoslowakische Präsident Edvard Beneš in eine Entschädigung ein. Das Geld dürfe aber nicht außer Landes gebracht werden, war die Bedingung. Das Geld kam nicht außer Landes, es fiel den deutschen Besatzern in die Hände. 1945 wurde dann der gesamte liechtensteinische Besitz verstaatlicht, auf Grund der Beneš-Dekrete.

Den Liechtensteins wird vorgeworfen, sie hätten sich bei einer Volkszählung 1930 zur deutschen Nation bekannt. Sie sollen außerdem das Nazi-Regime unterstützt haben. So habe Vaduz etwa, diplomatisch durch die Schweiz vertreten, das Protektorat Böhmen und Mähren sowie den slowakischen Vasallenstaat Adolf Hitlers völkerrechtlich anerkannt. Der Sprecher von Fürst Hans Adam widerspricht den Vorwürfen: „Sie waren nie Deutsche.“

Liechtenstein will als ein seit langem bestehender und anerkannter Staat respektiert werden, der im Ersten und Zweiten Weltkrieg neutral war. 1995 sagte Fürst Hans Adam II. in einem Interview: „Wir pochen darauf, daß wir gleich wie souveräne Staaten behandelt und entschädigt werden, oder daß man uns unser Eigentum zurückgibt.“

Ohne daß der Kleinstaat mit seinem Anliegen durchgedrungen wäre, lenkte er vergangene Woche ein. Das Erweiterungsabkommen kann somit mit vierwöchiger Verzögerung doch noch unterschrieben werden. Ein Deja-vu? 1992 hatte Liechtenstein gedroht, ein Veto gegen die Aufnahme der Tschechoslowakei in den Euro-

parat und das Freihandelsabkommen EFTA auszusprechen. Später stimmte Vaduz aber dann doch zu.

Ungeachtet der Unterzeichnung des um die EU-Beitrittsländer erweiterten EWR fordert Liechtenstein aber weiterhin, von Tschechien und der Slowakei anerkannt zu werden.

Bischof lehnt Gedenktafel für KZ-Opfer in Ostrau ab

Wer geglaubt hat, daß durch Ministerpräsident Spidlas Erklärung von den „unannehmbaren Ereignissen“ im Zuge der Vertreibung der Sudetendeutschen ein Gesinnungswandel bei unseren nördlichen Nachbarn eingetreten ist, hat sich gewaltig getäuscht. Ein Gruppe ehemaliger Mährisch Ostrauer Gymnasiasten und Oberschüler trat, unter Einschaltung des Generalsekretariates des „Schwarzen Kreuzes“ in Wien, an den Bischof von Ostrau und Troppau mit der Bitte heran, in oder an der Heilandskirche in Ostrau eine Gedenktafel für die Opfer des sogenannten „Hanke-Lagers“ in tschechischer und deutscher Sprache anbringen zu dürfen. In diesem KZ wurden innerhalb von wenigen Wochen weit über 200 Deutsche brutal ermordet. Diese in der offiziellen tschechischen Diktion „unannehmbaren Ereignisse“ sind auch durch einen tschechischen Historiker gründlich und im Detail dokumentiert worden.

Bischof Monsignore František Václav Lobkowicz hat dieses Gesuch abgelehnt und vorgeschlagen, man möge doch diese Gedenktafel

an der Stelle des ehemaligen „Hanke-Lagers“ anbringen, wohl wissend, daß nach 58 Jahren dieser Stadtteil ein völlig anderes Aussehen bekam und diese Gedenktafel sicherlich bald der Entfernung oder Zerstörung anheimgefallen wäre. Entsprechende Beispiele sind ja bekannt. Dem Bischof Msgr. Lobkowicz ins Stammbuch geschrieben und zur Nachahmung empfohlen: Am 4. 10. 2003 wurde im kroatischen Valpovo / Walpach ein Mahnmahl für die donauschwäbischen Opfer des dortigen Vernichtungslagers feierlich vom Bischof von Syrmien, Msgr. Marin Srakić und dem Ortspfarrer, in Anwesenheit von Vertretern des kroatischen Parlamentes, dem Bürgermeister, der Presse und des Fernsehens (auch ORF) eingeweiht.

Offensichtlich ist das Nicht-EU-Land Kroatien schon weiter in der Aufarbeitung der Tito-Nachkriegsverbrechen als Tschechien, das bald, mit einer mehr als zweifelhaften Unbedenklichkeitsbescheinigung des Völkerrechtlers Jochen Abraham Frowein, der EU, einer Rechts- und Wertegemeinschaft, angehören wird.

A.W.

Außenministerin Ferrero-Waldner empfing Delegation von Heimatvertriebenen

Am 10. November 2003 lud die österreichische Außenministerin Benita Ferrero-Waldner eine Delegation des Verbandes der Volksdeutschen Landsmannschaften Österreichs (VLÖ) zu einem Gespräch ins Außenministerium ein. Im Vordergrund des Gespräches standen die Abstimmung zur Ratifizierung des EU-Erweiterungsvertrages durch den österreichischen Nationalrat, das gegenwärtige Verhältnis zu Tschechien und die bilateralen Gespräche mit Kroatien wegen des Entschädigungsgesetzes. Außerdem überreichte der VLÖ dem Außenministerium eine Resolution der deutschen Minderheiten aus Ostmittel- und Südosteuropa.

Ferrero-Waldner erörtere zunächst das österreichische Verhältnis zu Tschechien und unterstrich dabei die Notwendigkeit der Ratifizierung des EU-Erweiterungsvertrages durch das österreichische Parlament. Die EU-Erweiterung sei, so Ferrero-Waldner, ein Herzstück der Bundesregierung. Der VLÖ stellte dazu fest, daß es in Tschechien weiterhin Diskriminierungen für die deutsche Minderheit gibt. Solche ethnischen Diskriminierungen darf es nach dem VLÖ in einem vereinten Europa nicht mehr geben. Der Bundesvorsitzende des VLÖ, Rudolf Reimann, verlangte, auch im Bereich der Restitution nach dem Grundsatz „Gleiches Recht für alle“ vorzugehen. Der Bundesobmann der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Österreich (SLÖ), Gerhard Zeihsel, kritisierte außerdem, daß die Sudetendeutschen aus der tschechischen Restitutionsgesetzgebung von 1991/92 ausgeklammert wurden. Das tschechische Restitutionsprogramm berücksichtigt nämlich nur Vermögen, das nach der kommunistischen Machtübernahme vom Februar 1948 enteignet wurde. Zur Thematik der umstrittenen Beneš-Dekrete erklärte Ferrero-Waldner, daß es der österreichischen Regierung gelungen sei, einen „Umdenkprozeß“ in Tschechien einzuleiten. Ferrero-Waldner verwies dabei auf die „Göttweiger Erklärung“ des tschechischen Ministerpräsidenten Vladimír Špidla. Špidla hatte auf Stift Göttweig in Österreich ausdrücklich die Ausschreitungen gegen die Sudetendeutschen bedauert und die Vertreibung zumindest aus heutiger Sicht „als unannehmbar“ bezeichnet. Zeihsel erklärte dazu, daß die Špidla-Erklärung ebenso wie der Deutsch-tschechische Vertrag von 1997 von den Sudetendeutschen abgelehnt wird, weil sie die noch offenen Vermögensfragen nicht behandelt haben. Das österreichische

Außenministerium rechnet damit, daß Tschechien schon in den nächsten Monaten wegen des Straffreistellungsgesetzes Nr. 115, das alle Verbrechen, die zwischen 1938 und 1945 gegen die Deutschen verübt worden waren, strafrei stellte, eine Geste setzen wird.

Im Zusammenhang mit den kroatischen Verhandlungen betonte Ferrero-Waldner die gute Atmosphäre der ersten beiden Gesprächsrunden. Ferrero-Waldner ist überzeugt, daß es mit Kroatien zur Unterzeichnung eines bilateralen Abkommens kommen wird. Das kroatische Entschädigungsgesetz verlangt nämlich als Grundbedingung den Abschluß eines Abkommens mit dem jeweiligen Land der Antragsteller. Reimann bedankte sich für die bisherigen Bemühungen des Außenministeriums und glaubt ebenso, daß es zu einem positiven Abschluß kommen wird.

Reimann überreichte dann der Frau Außenminister eine Resolution, die im September

2003 in Marburg / Slowenien von Vertretern der deutschen Minderheiten aus Ungarn, Rumänien, Slowenien, Kroatien, Polen, Tschechien, Serbien-Montenegro und der Slowakei unterzeichnet wurde. Die „Marburger Resolution“ richtet sich an die österreichische Bundesregierung, die darin ersucht wird, die Kultur- und Bildungsarbeit der deutschen Minderheiten zu unterstützen. Ferrero-Waldner verwies auf die Österreich-Institute und Österreich-Bibliotheken. Die Marburger Resolution wurde zur weiteren Behandlung an die Kulturabteilung des Außenministeriums weitergeleitet, um eine Unterstützung durch das Außenministerium zu ermöglichen.

Der VLÖ-Delegation gehörte auch Martin May, Ehrenobmann der Landsmannschaft der Siebenbürger Sachsen in Österreich, an, der über die Mißstände bei der Restitution in Rumänien berichtete.



Heimatvertriebenen-Delegation bei der Außenministerin: (Von links). Martin May, Ferrero-Waldner, Rudolf Reimann, Gerhard Zeihsel.

Brief der VLÖ an die NR-Abgeordneten: Stimmen Sie gegen die EU-Erweiterung!

Der VLÖ hat anlässlich der bevorstehenden Abstimmung über die Ratifizierung der EU-Erweiterung durch den Österreichischen Nationalrat folgenden Brief an die Abgeordneten gerichtet:

„Sehr geehrter Herr Abgeordneter, sehr geehrte Frau Abgeordnete, am 3. Dezember 2003 werden Sie im Österreichischen Nationalrat mit Ihrer Stimme über die Ratifizierung des EU-Beitrittsvertrages mit zehn Staaten entscheiden. Der Verband der Volksdeutschen Landsmannschaften Österreichs (VLÖ) – Dachverband der nach dem

Zweiten Weltkrieg nach Österreich vertriebenen Deutschen aus den ehemaligen Kronländern der Donaumonarchie – ersucht Sie, gegen die Ratifizierung zu stimmen, weil die Tschechische Republik den rassistischen Anteil der Beneš-Dekrete nicht aufgehoben hat. Diese Beneš-Dekrete entfalten nach wie vor Rechtswirksamkeit und sind, entgegen den Aussagen tschechischer Politiker, nicht obsolet.

Daher hatte der Österreichische Nationalrat bereits am 19. Mai 1999 in einer Resolution die Aufhebung der rassistischen Beneš-Dekrete verlangt, weil

- die Beneš-Dekrete von Anfang an die soziale und wirtschaftliche Zerstörung der sudetendeutschen Volksgruppe in der ehemaligen Tschechoslowakei beabsichtigt hatten, was nach Felix Ermacora bis heute den Tatbestand eines Völkermordes erfüllt, der nicht verjährt,

- die Beneš-Dekrete die deutsche Minderheit in Tschechien bei der Vermögensrestitution diskriminieren, was gegen die politischen EU-Aufnahmekriterien von Kopenhagen verstößt,

- die Beneš-Dekrete die vertriebenen Sudetendeutschen von der tschechischen Restitutionsgesetzgebung zur Gänze ausschließen und damit für die staatsbürgerschaftsrechtliche Diskriminierung von EU-Bürgern verantwortlich sind, was gegen die EU-Verträge verstößt.

Folgen Sie daher dem Beispiel zahlreicher Abgeordneter im Europäischen Parlament, die mit ihrem Nein zum EU-Beitritt Tschechiens ein moralisches Signal gegen die rassistischen Teile der Beneš-Dekrete gesetzt haben.

Der Österreichische Nationalrat hat am 9. Juli 2003 die Bundesregierung ersucht, bis zur Ratifizierung des EU-Erweiterungsvertrages sicherzustellen, daß in der Frage der Beneš-Dekrete unter Einbindung der betroffenen Interessensvertretungen eine „menschenrechtskonforme Lösung“ gefunden werden kann. Tschechien verweigert jedoch den Dialog und zeigt keine Bereitschaft für Gespräche.

Der VLÖ appelliert daher an Ihre moralische Verantwortung als Abgeordneter, zum Wohle der europäischen Integration und zur Festigung der europäischen Werte- und Rechtsgemeinschaft mit Nein zu stimmen. Es darf in einem künftigen Europa keine Diskriminierung von Minderheiten und EU-Bürgern mehr geben.“

Außenminister Svoboda als Chef der Christdemokraten abgewählt

Die tschechischen Christdemokraten haben Außenminister Cyril Svoboda bei einem Parteitag in Ostrau als ihren Vorsitzenden abgewählt. Neuer Chef der KDU-CSL ist der Vorsitzende des Budget-Ausschusses des Abgeordnetenhauses, Miroslav Kalousek, den mit Svoboda eine lange Parteifeindschaft verbunden hatte.

In den letzten Monaten war immer wieder Kritik am Kurs des Vorsitzenden und Vizepremiers der Koalitionsregierung unter dem Sozialdemokraten Vladimír Špidla laut geworden. Kalousek gilt innerhalb der Partei als Vertreter des konservativen Flügels, der lieber mit den Rechtsparteien, vor allem mit der oppositionellen Demokratischen Bürgerpartei (ODS), als mit den Sozialdemokraten (CSSD) eine Koalition bilden würde. Kalousek versicherte aber in seiner

Rede, seine Wahl bedeute keine Destabilisierung der politischen Lage. Er versprach den Verbleib aller drei KDU-CSL-Minister in der Regierung.

Die Kritiker hatten Svoboda vorgeworfen, für die Niederlagen bei den jüngsten Senats- und Kommunalwahlen verantwortlich zu sein. Auch seine offene Unterstützung der USA während des Irak-Kriegs kosteten ihn Sympathien in der Partei. Svoboda kontert, die KDU-CSL habe ein sehr gutes Ergebnis bei den Unterhauswahlen im Jahr 2002 erzielt und stelle seitdem in der Kammer so viele Abgeordnete wie noch nie. Die Koalition Špidlas verfügt in der Abgeordnetenkammer über eine fragile Mehrheit von 101 der 200 Abgeordneten. Die Christdemokraten stellen 21 Mandatare.

ZITAT

„In vielen Gesprächen mit Überlebenden ist mir bewußt geworden, daß unsere Zahlungen wichtig sind, auch weil sie ein Zeichen der Anerkennung ihrer Leiden und unserer Verantwortung bedeuten.“

Michael Jansen, Vorsitzender der Stiftung „Deutsch-polnische Aussöhnung“, über die Bedeutung der Zahlungen Deutschlands an NS-Opfer.

Deutsch-tschechisches Nahverkehrssystem

Das grenzüberschreitende Nahverkehrs-System EgroNet zwischen Sachsen, Böhmen, Thüringen und Bayern wird erweitert. Siebzehn Landkreise und Städte der Region unterzeichneten kürzlich einen Kooperationsvertrag. Mit einem EgroNet-Tagesticket können nun Züge, Straßenbahnen und Busse von zweiundsechzig Verkehrsbetrieben genutzt werden. Vor allem Touristen nutzten das Ticket-Angebot. Seit dem Jahre 2001 ist die Zahl der verkauften EgroNet-Fahrscheine jährlich um jeweils zehn Prozent auf inzwischen 70.000 pro Jahr angestiegen.

Für ein besseres Verständnis

Die Außenministerien der Tschechischen Republik und Österreichs wollen eine gemeinsame Initiative zum Abbau von Vorurteilen und zur Verbesserung der bilateralen Beziehungen starten. Dies gab kürzlich der tschechische Botschafter in Wien, Jiří Gruša, auf einer Konferenz über das Verhältnis beider Länder in Südmähren bekannt. Demnach ist die Einrichtung eines gemeinsamen Fonds geplant, der diverse Aktionen zur Förderung des gegenseitigen Verständnisses finanzieren soll. Die Initiative geht unter anderem vom „Forum für tschechisch-österreichischen Dialog“ aus, an dem Personen aus beiden Ländern beteiligt sind. Die finanzierten Projekte sollen sich, einem Vertreter des Forums zufolge, auf den Bildungs- und Kulturbereich, auf Wissenschaft und Forschung sowie auf Jugendaustausch und regionale Zusammenarbeit konzentrieren.

EINLADUNG Eröffnung der Ausstellung in Linz



Mittwoch, 19. November 2003, um 18.00 Uhr



LANDESKULTURZENTRUM
URSULINENHOF
LINZ, LANDSTRASSE 31

Der Völkermord an den Sudetendeutschen (Teil 5)

Eine immer noch aktuelle Aussage

„Die Märzgefallenen der Sudetendeutschen nehmen auch die politischen Führer der Gegenwart in die Pflicht, das deutsch-slavisches Verhältnis nicht nach purer Opportunität zu ordnen, sondern auf die geschichtliche Wahrheit zu gründen.“

(Dr. phil. Alfred Schickel, Leiter der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt)

Eine legitime Forderung

Wenn man die Friedensthesen des amerikanischen Präsidenten W. Wilson vom März 1918 über das Recht zur Selbstbestimmung für alle Völker der ehemaligen Donaumonarchie in Anspruch nimmt, dann gilt dieses auch – so meinte man – für die deutsche Bevölkerung der ehemaligen Sudetengebiete Böhmen, Mähren und Schlesien nach dem Zerfall der Österreichisch-ungarischen Monarchie.

Die schmerzlichen Ereignisse des 4. März 1919 – der zweiten Welle der willkürlichen Erschießungen deutscher Zivilisten auf noch österreichischem Heimatboden durch tschechische Soldateska – erschütterten die Gemüter.

Waren doch die Anlässe zu diesen Morden legitime Demonstrationen der Deutschen im eigenen Land, deren lautere Motive Josef Seliger, der stv. Landeshauptmann der deutsch-österreichischen Provinz Deutsch-Böhmen und Vorsitzende der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, am Tage des Mordterrors, dem 4. März 1919, in Teplitz bekanntgab:

4. 3. 1919 – Bekenntnis Josef Seligers



„Uns führt nicht Haß gegen das tschechische Volk zusammen, dem wir seine Befreiung ... gönnen. ... Nur die Liebe zu unserem Volke, zu unserer Freiheit und zu unserem Rechte ist es, die uns heute zusammenführt ... Wir wollen ausharren in dem Kampfe um unser Selbstbestimmungsrecht. ... Wir wollen mit ihnen (den Deutsch-Österreichern) gemeinsam einmarschieren in das große, freie sozialistische Deutschland!“

Das große Leid, das alle Österreicher über die Opfer dieser Bluttat empfanden, wird durch die Erklärung, die Präsident Karl Seitz am 12. 3. 1919 vor der konstituierenden Nationalversammlung abgab, wiedergegeben: „Deutsch-österreich hat abermals einen sehr schweren Verlust erlitten. (Die Versammlung erhebt sich.) Kaum ist der Krieg beendet, in dem die österreichischen Deutschen so schwere Opfer an Leben, Blut und Gesundheit der Bürger gebracht haben, und schon stehen wir abermals an offenen Gräbern. Im nördlichen Teil unseres Vaterlandes, in Deutschböhmen, sind Bürger in der Verteidigung des heiligsten Rechtes der Völker, des Selbstbestimmungsrechtes, gefallen, niedergemetzelt, hingemordet von volksfremden Soldaten.“

Läßt sich Falschheit noch steigern?

Diese Ereignisse wurden nicht geahndet und blieben fast unerwähnt.

Aber nur fast, und von der tschechischen Regierung in ganz anderer Weise:

„Sie ließ am 8. März dem französischen Ministerpräsidenten eine geharnischte Protestnote überreichen, welche die Schuld für die blutigen Ereignisse der deutsch-österreichischen Regierung zur Last legte und strenge Maßnahmen der Alliierten gegen Österreich verlangte. Die Note behauptete, am 1. März 1919 sei eine Spionage- und Propagandaverschwörung entdeckt worden und Österreich hätte die Absicht, mit militärischen Streitkräften in der CSR einzufallen!“

Die Antwort zu obiger Frage: Ja, sie läßt sich steigern, zur Unverfrorenheit!

Die Staatsideen:

Die deutschen Volksgruppen der Sudeten- und der Alpenländer Österreichs wollten sich unter sozialdemokratischer Führung mit allen anderen Gruppen der Deutschen Republik in einem gemeinsamen Staat vereinen. Zu niemandes Schaden, aber zum Mißfallen der tschechischen Politiker und der anderen Feinde des Ersten Weltkrieges.

Die slawischen Volksgruppen der Tschechen und Slowaken wollten auch einen gemeinsamen Staat schaffen. Dies zwar mit dem äußersten Wohlwollen der mit Ressentiments erfüllten

Franzosen, mit politischem Kalkül der Engländer und mit vorerst kritischer Beobachtung durch die Amerikaner. Aber, und darin lag der Fluch für die Zukunft dieses Staates, zum Schaden anderer Staaten und Volksgruppen.

Wenn man auch den tschechischen Politikern damals eine gewisse Überkompensation des Minderwertigkeitsempfindens während der Zeit des Lebens in der Österreichisch-ungarischen Monarchie zubilligen will, so war dennoch der an den Tag gelegte Wahn ihrer Überheblichkeit und Selbstüberschätzung bei der Staatsplanung als Triebfeder für maßlose Forderungen nicht zu entschuldigen.

Nicht alle Wünsche – die Donau als Grenzfluß, der Korridor über Deutsch-Ungarn, die Internationalisierung von Straßen und Bahnliesen zur Ost- und Nordsee sowie zum Mittelmeer zugunsten der CSR, jedoch zu Lasten der Souveränitätsrechte der Anrainerstaaten – gingen in Erfüllung. Aber was erreicht wurde, ging zu einem Großteil zu Lasten Österreichs und insbesondere der deutschen Bewohner der Sudetengebiete.

Der Beginn der Friedenskonferenz

Seit dem 18. Jänner tagte in Paris die Kommission für territoriale Friedensbestimmungen. Zuerst wurden die „utopischen“ Gebietsansprüche geprüft und u. a. von den Italienern zurückgewiesen. Ebenso wie die Forderungen nach dem Gebiet am rechten Marchufer, weil diese angeblich eine überwiegend tschechische Bevölkerung hätten. Österreich hätte folgende Orte verloren: Falkenstein, Berhardsthal, Litschau, Schrems und Teile des politischen Bezirkes Gmünd. Zusätzlich Zistersdorf, Großkrut, Poysdorf, Drasenhofen, Staa, Laa a. d. Thaya, Mailberg, Haugsdorf, Retz, Weitersfeld, Hardegg, Drosendorf, Raabs, Karlstein a. d. Thaya, Dobersberg, Kautzen, Litschau, Heidenreichstein, Schrems, Gmünd, Weitra, Großpertholz und zahlreiche weitere niederösterreichische Orte sollten tschechisch werden.

Weitere 18 Gemeinden mit 20.845 Einwohnern der Bezirke Gmünd und Schrems gingen Österreich verloren. Das Feilschen um Gebiete ging weiter. Menschenschicksale waren kein Verhandlungsgegenstand.

Dr. Beneš bestand vorrangig auf der Zuerkennung der ehemaligen österreichischen Reichsgrenzen in Böhmen, Mähren und Schlesien, als Teil der tschechoslowakischen Staatsgrenzen, auch wenn auf diese Art über dreieinhalb Millionen Deutsche und eine weitere Million Nichtslawen dem neuen Staat zwangseingegliedert werden mußten.

Aber, so argumentiert man sie, es würde dieser Umstand in einer Republik, die nach dem Muster der Schweiz etabliert werden würde, kaum von Bedeutung sein. Falls das „Schweizer Modell“ tatsächlich für den neuen Staat Anwendung gefunden hätte, wäre dieses Argument sogar richtig gewesen!

Es kam jedoch – wie sich zeigte – ganz anders.

Die neuerliche Täuschung

Hat Dr. Beneš schon lang und breit versucht, im Memorandum 3 an die Friedenskonferenz im Jänner 1919 die Notwendigkeit einer Staatsgründung – so und nicht anders – zu beweisen und versprach er, den neuen Staat als Nationalitätenstaat nach Schweizer Art einzurichten, so fiel es manchen Beobachtern scheinbar schwer, diesem Versprechen Glauben zu schenken. Denn bereits das tatsächliche Verhalten der Tschechen in den militärisch besetzten deutschen Gebieten sowie verbale Drohungen, Angriffe und Beschimpfungen gegen (sozial-) demokratische Politiker sowie Greuelthaten jeglicher Art führten alle Beteuerungen, eine Schweizer Staatsidee zu verfolgen, ad absurdum.

Über die Denkschrift Nr. 3 fand eine Besprechung zwischen Herrn Dr. Beneš und Herrn Berthelot – dem mit ihm befreundeten französischen Delegierten im Ausschuß für Minderheitenschutz – statt.

Berthelot hat dann Beneš gebeten, die ihm mündlich gemachten Erklärungen hinsichtlich des künftigen Minderheitenregimes schriftlich zu wiederholen. Das geschah in der an Berthelot übersandten Note vom 20. Mai 1919. – scheinbar um ganz sicher zu gehen – (Wortlaut siehe nebenstehenden Kasten).

Diese Note ... „die sich mit den Vorrechten befaßt, die der tschechoslowakische Staat den Minderheiten innerhalb seiner Grenzen zuzuerkennen vorschlägt“, wird dem „Obersten Rat“ der Friedenskonferenz gesandt und als bedeu-

tungsvoll bezeichnet. Es wird darin die Absicht der Regierung geschildert, „die Deutschen mit größter Freiheitlichkeit zu behandeln“.

Der „Oberste Rat“ ist tief beeindruckt, denn: „Die von ihm“ (Anm. Dr. Beneš) „gemachten Vorschläge gehen weit über alles das hinaus, was das Komitee vorzuschlagen sich für berechtigt gefühlt hätte.“

Aus Dokumenten geht hervor, daß daraufhin in dieser obersten Instanz die Entscheidung der Pariser Konferenz – zur Gründung der Tschechoslowakischen Republik in den beanspruchten Grenzen – unter Berücksichtigung der Versprechen der tschechoslowakischen Delegierten getroffen wurde. Im Zusammenhang mit dem Memorandum 3 wurde der Note vom 20. 5. 1919 ein solches Gewicht beigemessen, daß man im Vertrauen auf dem guten Willen der Tschechen auf besondere Bestimmungen des Minderheitenschutzgesetzes verzichtete.

Begleitmelodie zur Friedenskonferenz

T. G. Masaryk gab am 7. Juni 1919 vor Vertretern der tschechoslowakischen Journalisten „die freimütigste Erklärung über die Deutschen“ in der CSR ab: „Die Wichtigkeit dieses Problems erhellt schon aus der numerischen Stärke, der kulturellen und wirtschaftlichen Reife der Deutschen ... Wir werden ihnen alles konzedieren, was ihnen rechtmäßig gebührt ... Es scheint daher unverlässlich, sie zu befriedigen und von der Sorge um die Sicherung ihres Volkstums zu befreien, sie zu wahrhaftigen Bürgern zu machen, auf daß sie ihre Kräfte der konstruktiven Arbeit bei dem Ausbau des gemeinsamen Staates, seiner Verwaltung und Wirtschaft widmen können.“

(Etwas ähnliches äußerte Masaryk bereits 1907 als Reichsratsabgeordneter Österreichs.)

Für die Ohren der Delegierten der Friedenskonferenz waren solche Worte bestimmt, für die Realität ganz andere: Zum Beispiel Entgermanisierung etc., etc...

Die Akzeptanz des Schweizer-Staatsmodells:

Österreich, von einem Wunschenken erfüllt, nimmt die Note des Dr. Beneš an die Friedenskonferenz ernst und bringt am 10. Juli 1919 durch die österreichische Abordnung zur Friedenskonferenz Gegenvorschläge ein, darunter einen genauen Entwurf, in der Tschechoslowakei wie im Vier-Völker-Staat Schweiz Kantone zu schaffen, um die Selbstverwaltung der in ihr lebenden Völker zu sichern: Der Tschechen,

Deutschen, Slowaken, Ungarn, Polen und Karpato-Ukrainer.

Die Siegermächte übergehen einfach diesen in eine friedliche Zukunft weisenden österreichischen Vorschlag.

War auch hier bereits alles schon früher entschieden und wurde der „Oberste Rat“ düpiert?

Das Ende der Friedenskonferenz Das Trauma der Trennung

Die Verbote einer Fremdherrschaft, die Okkupation durch tschechisches Militär der Heimatgebiete mit Mord, Gewalt und Plünderungen, trafen die deutsch-österreichische Bevölkerung unerwartet und mit voller Wucht. Da half auch kein Protest des sozialdemokratischen Staatskanzlers Karl Renner am 5. 3. 1919 in Wien: „Die konstituierende Nationalversammlung erhebt gegen die gewaltsame Besetzung der Länder Deutschböhmen und Sudetenland, des Kreises Südmähren und des Böhmerwaldes, der Einschlußgebiete von Brünn, Iglau und Olmütz, ferner der südlichen Grenzgebiete von Steiermark und Kärnten sowie jenen Teil von Deutsch-Südtirol, der vom Königreich Italien besetzt ist, kraft des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen und eigener freier Beitrittserklärungen als unverzichtbare Bestandteile der Republik Deutschösterreich feierlich Einspruch.“

Auch die letzte Hoffnung, daß eine „Friedenskonferenz“ die tschechischen Gebietsansprüche zurückweist, ging nicht in Erfüllung.

Das Diktat von Saint-Germain-en-Laye vom 10. 9. 1919 über die Beendigung des Kriegszustandes zwischen Österreich und den Alliierten.

Den von tschechischer Seite bravourös herbeigeführten Entscheidungen der Territorial- und Minderheitenausschüsse der Friedenskonferenz folgend, wurde der Artikel 36ff textiert: Böhmen, Mähren, Österreich-Schlesien (ohne Teschen, das an Polen fällt) und der nördliche Teil von Ungarn, mit Preßburg, Schemnitz, Kremnitz, Kaschau und Munkacs, werden zu einer neuen Republik Tschechoslowakei vereinigt.

Artikel 188 bestimmt: Deutschösterreich soll nach dem Muster der Schweiz ein Bundesstaat sein, der den Namen „Österreich“ zu führen hat und dem der Anschluß an das Deutsche Reich untersagt ist.

Bezeichnend ist, daß dieser Artikel bestimmt, daß plötzlich „Österreich“ seinen Staat nach dem Muster der Schweiz errichten soll, wohin-

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Note der tschechoslowakischen Regierung an die Friedenskonferenz

(Paris, 20. Mai 1919)

1. Es ist die Absicht der tschechoslowakischen Regierung, den Staat so zu organisieren, daß sie als Grundlage der Rechte der Nationalitäten die Grundsätze annimmt, die in der Verfassung der schweizerischen Republik Anwendung gefunden haben, d. h. sie hat die Absicht, aus der tschechoslowakischen Republik eine Art Schweiz zu machen, wobei sie natürlich die besonderen Verhältnisse in Böhmen in Betracht zieht.

2. Es wird das allgemeine Stimmrecht nach dem Proportionalssystem eingeführt werden, das den verschiedenen Nationalitäten der Republik proportionale Vertretung in allen aus Wahlen hervorgehenden Körperschaften sichern wird.

3. Die Schulen werden im ganzen Staatsgebiet vom Staat aus öffentlichen Mitteln unterhalten werden und es werden für die verschiedenen Nationalitäten Schulen in allen Gemeinden errichtet werden, in denen die gesetzlich festgelegte Zahl von Kindern die Notwendigkeit der Errichtung solcher Schulen beweist.

4. Alle öffentlichen Ämter, in denen grundsätzlich die beiden Sprachen gleichberechtigt sein sollen, werden den verschiedenen Nationalitäten, die in der Republik leben, offenstehen.

5. Die Gerichte werden gemischte Gerichte sein, und Deutsche werden das Recht haben, vor den höchsten Gerichten in ihrer eigenen Sprache zu plädieren.

6. Die Lokalverwaltung (der Gemeinden und Bezirke) wird in der von der Mehrheit der Bevölkerung gesprochenen Sprache geführt werden.

7. Eine religiöse Frage gibt es nicht in der Tschechoslowakischen Republik, es wird daher auf diesem Gebiet keine Schwierigkeiten geben.

8. Die offizielle Sprache wird das Tschechische sein und der Staat wird im Ausland der Tschechoslowakische Staat heißen; aber in der Praxis soll Deutsch die zweite Landessprache sein und soll ständig in der Verwaltung, vor den Gerichten und im Zentralparlament gleichberechtigt neben dem Tschechischen gebraucht werden. Es ist die Absicht der tschechoslowakischen Regierung, die Wünsche der Bevölkerung in der Praxis und im täglichen Gebrauch zu befriedigen, jedoch der tschechoslowakischen Sprache und dem tschechoslowakischen Element eine gewisse Sonderstellung einzuräumen.

9. Anders ausgedrückt: Der gegenwärtige Staat, in dem die Deutschen ein überwältigendes Übergewicht hatten, wird bestehen bleiben, es werden lediglich die Vorrechte, die die Deutschen genossen, auf ihr richtiges Verhältnis zurückgeführt werden (zum Beispiel wird die Zahl der deutschen Schulen eingeschränkt werden, da sie überflüssig sein werden).

Es wird ein äußerst liberales Regime sein, das demjenigen der Schweiz stark gleichen wird.

Sidonia Dedina kommt nach Linz!



Am Montag, 24. November, um 19 Uhr, wird die Autorin des Buches „Beneš – der Liquitator“ im Landeskulturzentrum Ursulinenhof (Kleiner Saal), eine Lesung halten. Das Buch hat beachtliches Echo hervorgeufen und zeigt mit schonungsloser Offenheit den wahren Charakter des einstigen Staatspräsidenten und seiner Umgebung.

Das Buch wurde bereits im Vorjahr anlässlich einer mehrteiligen Serie in der „Kronenzeitung“ vorgestellt und somit einem breiten Publikum in Österreich zugänglich gemacht.

Opferverband nach Erfolg aufgelöst

Zwei Jahre nach Beginn deutscher Entschädigungszahlungen hat der tschechische Verband ehemaliger NS-Zwangsarbeiter kürzlich seine Auflösung beschlossen. Mit der humanitären Geste der Berliner Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ habe die Organisation ein letztes und wichtiges Ziel erreicht, sagte der Vorsitzende Karel Ruzicka. Wegen des Altersdurchschnitts von achtzig Jahren sei der seit vierzehn Jahren bestehende Verband nicht mehr in der Lage, die 40.000 Mitglieder starke Organisation vernünftig zu führen, sagte Ruzicka. Vor zwei Jahren hatte die deutsche Stiftung mit der Auszahlung von insgesamt rund 5,1 Milliarden Euro an ehemalige NS-Zwangsarbeiter in Osteuropa begonnen. Davon erhalten tschechische Opfer insgesamt etwa 216 Millionen Euro.

Beneš-Fan gegen Standort Berlin

Der Vorsitzende des Prager Abgeordnetenhauses, Lubomir Zaoralek, hat kürzlich bei einem Besuch in Berlin die Errichtung eines Zentrums gegen Vertreibungen in der deutschen Hauptstadt abgelehnt. Er erklärte, das Projekt werde in Tschechien für sehr kontrovers gehalten. Zaoralek wies die Meinung zurück, daß die Tschechen nicht in der Lage seien, ihre Geschichte kritisch zu bewerten. Der tschechische Abgeordnetenchef verteidigte zudem den ehemaligen tschechoslowakischen Staatspräsidenten Edvard Beneš als eine große Persönlichkeit der tschechischen Geschichte.

Sechs Jahre Haft für Ex-KP-Bonzen

35 Jahre nach der Niederschlagung der Reformbewegung des „Prager Frühlings“ ist der damalige kommunistische Funktionär der Tschechoslowakei, Karel Hoffmann, kürzlich wegen Amtsmissbrauchs zu sechs Jahren Haft verurteilt worden. Ein Gericht in Prag sah es als erwiesen an, daß Hoffmann nach dem Einmarsch der Warschauer-Pakt-Staaten in die Tschechoslowakei im August 1968 angeordnet hatte, den Rundfunk wegen dessen kritischer Berichterstattung abzuschalten. Hoffmann war im vergangenen Jahr in erster Instanz wegen erwiesenen Landesverrats zu vier Jahren Haft verurteilt worden, hatte aber Widerspruch eingelegt. In der jetzigen Berufungsverhandlung wurde das Urteil um zwei Jahre erhöht.

Liechtenstein nun doch für EWR-Vertrag

Liechtenstein wird den Vertrag über eine Erweiterung des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) um zehn neue EU-Mitglieder unterzeichnen, weil es den Europäischen Wirtschaftsraum nicht bedrohen will. Dies erklärte laut Radio Prag kürzlich der Außenminister Liechtensteins, Ernst Walch. Er will jedoch weiterhin darauf bestehen, daß die Tschechische Republik und die Slowakei die Souveränität des Fürstentums bedingungslos anerkennen. Liechtenstein lehnte die Unterzeichnung des Vertrags kürzlich wegen angeblich ungeklärter Besitzfragen zwischen dem Fürstenhaus einerseits und Tschechien und der Slowakei andererseits ab.

Fortsetzung von Seite 4

gegen der neugegründeten tschechoslowakischen Republik dieses Muster der Schweiz nicht auferlegt wurde.

Da erst wurde allen Deutschösterreichern bewußt, daß das Schicksal der Teilung des Volkes unabwendbar war. Vom Ausmaß des Schmerzes beider Volksteile – dem in den Grenzen Deutschösterreichs verbliebenen und dem in den tschechischen Staat gezwungenen – zeugen die Erklärungen der Politiker beider Seiten.

Die Protesterklärung der Deutsch-Böhmischen Nationalversammlung nach Bekanntwerden des Diktatextes vom 6. 9. 1919:

Die deutschösterreichische Nationalversammlung trat am 6. September 1919 zum letzten Mal zusammen. An diesem Tag der Trauer wurde unter feierlichem Protest gegen die Verweigerung des Selbstbestimmungsrechtes u. a. folgendes beschlossen: „Die Nationalversammlung erhebt vor aller Welt feierlich Protest dagegen, daß der Friedensvertrag von St. Germain unter dem Vorwande, die Unabhängigkeit Deutschösterreichs zu schützen, dem deutschösterreichischen Volke sein Selbstbestimmungsrecht nimmt, ihm die Erfüllung seines Herzenswunsches, seine wirtschaftliche, kulturelle und politische Lebensnotwendigkeit, die Vereinigung mit dem deutschen Mutterlande, verweigert.“

Die Rede des Staatskanzlers vom gleichen Tage

Am 6. 9. 1919 sagt Staatskanzler Karl Renner (SPÖ): „Wir aber sind durch den Krieg verarmt, wir sind von einem Wirtschaftskörper nur ein Bruchstück! Und das Gefühl dieser Verarmung und das Gefühl, als Bruchstück nicht selbständig leben zu können, zusammen mit dem unzerstörbaren Gefühl der kulturellen Gemeinschaft mit den Deutschen des Reichs, hat die Nationalversammlung bestimmt, zweimal in feierlicher Weise den Anschluß an das Deutsche Reich zu verkünden. Es gehört zu meiner schmerzlichen Pflicht, dem Hause zu berichten, daß der Friedensvertrag uns die Freiheit dieser Entschließung nimmt. Wir müssen es versuchen, zunächst allein zu stehen. Eines allerdings nimmt der Friedensvertrag in Aussicht: Auch in dieser Frage soll der Völkerbund entscheiden, und das Ideal, das diesem Staatswesen von seiner Geburt eingeboren ist, das Ideal,

der Vereinigung mit dem deutschen Mutterlande, kann nur mehr vollzogen werden im Wege der Überzeugung der Großmächte von der Notwendigkeit dieses Anschlusses. Ich bin nicht berufen, die künftige Politik Deutschösterreichs vorher festzulegen, aber ich hege meine persönliche Überzeugung, daß Deutschösterreich diesen Weg zur gegebenen Zeit unter den geeigneten Umständen in loyalster Weise beschreiten wird.“

Der Beschluß der Deutsch-österreichischen Nationalversammlung vom 10. 9. 1919

Die Nationalversammlung der Republik Deutsch-Österreich nimmt den Bericht des Staatskanzler über den Verlauf und die Ergebnisse von St. Germain zur Kenntnis:

„In schmerzlicher Enttäuschung legt sie Verwahrung ein gegen den leider unwiderruflichen Entschluß der alliierten und assoziierten Mächte, dreieinhalb Millionen Sudetendeutsche von den Alpendeutschen, mit denen sie seit Jahrhunderten eine wirtschaftliche und politische Gemeinschaft bilden, gewaltsam loszureißen, ihrer nationalen Freiheit zu berauben und unter die Fremdherrschaft eines Volkes zu stellen, das sich in demselben Friedensvertrag als ihr Feind bekennt.“

Die Nationalversammlung erwartet, daß der Völkerbund das an wichtigen Teilen Kärntens, Steiermarks und Niederösterreichs unfabare Unrecht, das an den Sudetendeutschen, an Deutschsüdtirol verübt werden soll, ehebligst wiedergutmachen wird. Die abgetrennten Volksgenossen im Norden und Süden geleitet in ihre kampfreiche Zukunft der heißeste Segenswunsch der deutschösterreichischen Nationalversammlung. Ohne alle Macht, dieses Unheil abzuwenden und Europa die unvermeidlichen Wirren zu ersparen, die auf dieser Verurteilung an dem heiligsten Recht einer Nation erwachsen müssen, legt die deutschösterreichische Nationalversammlung die geschichtliche Verantwortung für diesen Ratschluß auf das Gewissen jener Mächte, die ihn trotz unserer ernstesten Warnungen vollziehen.“

Die Verabschiedung der sudetendeutschen Regierungen und Vertretungen von Wien am 24. 9. 1919

Verabschiedung der sudetendeutschen Regierungen und Vertretungen am 24. 9. 1919 in

Wien. Dabei sagt der Landeshauptmann von Deutschösterreich, Lodgman von Auen: „Ich erhebe vor der gesamten gesitteten Welt Einspruch gegen die in St. Germain geschehene Vergewaltigung des Selbstbestimmungsrechtes.“ Auch er betont die Unzerreißbarkeit der zwischen den Sudetendeutschen und den Alpendeutschen sowie zwischen beiden und dem Deutschen Reiche bestehende Bande. Die zurückgetretenen Landesregierungen Deutschböhmens, des Sudetenlandes und der Kreishauptmannschaft Südmähren richten einen Aufruf an die deutschen Volksgenossen in den Sudetenländern: „Wir verkünden es feierlich im Namen unseres ganzen Volkes, daß unser Volk niemals den Anspruch auf sein Selbstbestimmungsrecht aufgeben, niemals die Vergewaltigung des Rechtszustandes anerkennen, niemals aufhören wird, den Kampf um seine nationale Freiheit mit allen geeigneten Mitteln zu führen.“

Grundsteine des Genozids

Bereits 1919 sagte der tschechische Finanzminister Rasin auf einer Nimburger Parteiversammlung folgendes: „Der tschechische Staat, den wir uns erkämpft haben, muß ein tschechischer bleiben. Wir haben nach dem Friedensvertrag das Recht, unsere Sache so einzurichten, als ob andere Nationalitäten überhaupt nicht existierten.“

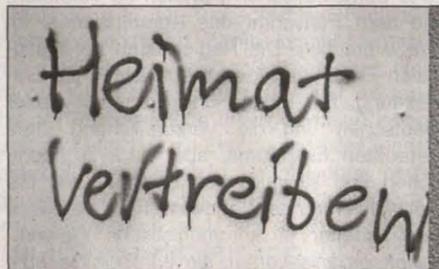
Ebenso 1919 sagte der Univ.-Prof. Mares im Kulturausschuß des Nationalrates: „Es wäre ein Wahnsinn, das Streben an den Tag zu legen, die Deutschen für die Republik zu gewinnen. Diese Politik ist absurd. Wer da glaubt, den Deutschen ihren jetzigen Besitzstand im Staate zu lassen, handelt entweder aus Angst vor den Deutschen oder in der Hoffnung auf die Deutschen. Auch eine solche Angst und eine solche Hoffnung ist nationaler Verrat.“

Aus Anlaß des großen Sokolfestes des Jahres 1919 in Prag erschien in der Prager Zeitschrift „Zlata Praha“ in einem Begrüßungsartikel unverhohlen die Aufforderung: „...die tschechischen Legionäre mögen die Deutschen über die Grenzen peitschen.“

Diese feindliche Denkweise, die den späteren Intentionen des Herrn Dr. Edvard Beneš gleichkommt, trat in einem sozialdemokratischen Umfeld zutage, unbeeinflusst von einem Nationalsozialismus, der damals noch gar nicht existierte.

Womit will man sie dann verniedlichen?

Hetzparolen am „Haus der Heimat“

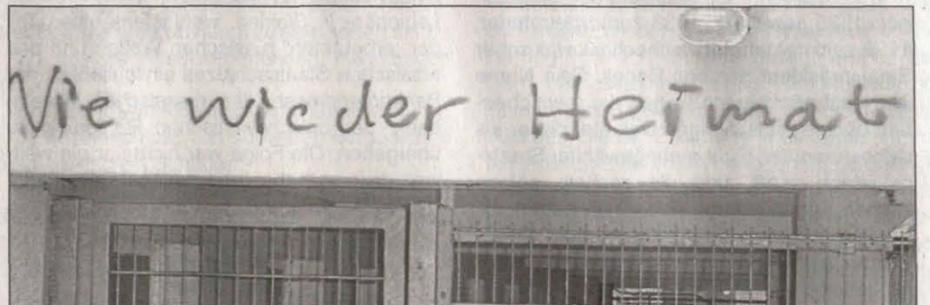


In der Nacht vom 7. auf den 8. November 2003 haben unbekannte Täter drei Seiten der Fassade des „Hauses der Heimat“ in Frankfurt am Main mit Parolen eindeutiger Zielrichtung beschmiert. Hier eine Auswahl der Parolen: „Nie wieder Heimat“, „Nie wieder Deutschland“, „Deutsche Täter sind keine Opfer“, „BdV enteignen, NS-Opfer entschädigen“, „Polen soll bis Frankreich reichen...“, „Heimat vertreiben“ (?) – soll damit vielleicht gemeint sein, das „Haus der Heimat“ zu vertreiben?

Erst vor wenigen Jahren war durch einen Molotow-Cocktail ein Sachschaden von rund 100.000 DM am „Haus der Heimat“ entstanden. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei wurden seinerzeit eingestellt...

Am 9. November 2003 fand dann im „Haus der Heimat“ der alljährliche „Martins-Kaffee“ der CDU-Frauen des Stadtbezirksverbandes Frankfurt-Eckenheim statt unter Anwesenheit von Erika Steinbach, MdB CDU, Präsidentin des Bundes der Vertriebenen. Gleichzeitig fand eine Demonstration gegen das geplante „Zentrum gegen Vertreibungen“ statt, deren Verlauf um das „Haus der Heimat“ führte, das jedoch durch ein massives Polizeiaufgebot abgeschirmt wurde.

Zufall des zeitlichen Zusammentreffens der Schmierereien, der CDU-Veranstaltung und der Demo? Ein Schelm, der Böses dabei denkt. G. Adam



Bei einer linksextremen Demonstration in Frankfurt tauchten – zufällig (?) – die selben Parolen auf, wie sie an die Wand des Hauses der Heimat geschmiert worden waren.

Familie im Jahre 1945 in Böhmen enteignet und vertrieben Er starb als erster Österreicher im KZ Dachau



Hans Karl Freiherr von Zeßner-Spitzenberg (Bild oben) wurde am 4. Februar 1885 in Böhmen – in der damaligen Österr.-ungar. Monarchie – geboren. Er wuchs im Schloß Dobritschau bei Saaz auf, das sich seit 1823 in Familienbesitz befand. Auch wenn das Leben auf dem Schloß noch recht feudal geprägt war, interessierte sich Hans Karl bereits in frühester Jugend für die Nöte der Landarbeiter.

Diese soziale Einstellung sollte sich im Laufe seines späteren Lebens als Quelle seines sozialpolitischen Engagements erweisen. Nach dem Tod des Vaters übernahm der ältere Bruder Josef den Gutsbesitz, der 1945 enteignet wurde, obwohl die Familie den Nationalsozialismus aufs Schärfste ablehnte und das in der ganzen Gegend bekannt war. Sein Bruder Hans Karl war am 1. August 1938 im KZ Dachau als erster Österreicher ums Leben gekommen. Im September 1946 verließen Josef mit der Frau und ihren beiden Töchtern den über alles geliebten Familienbesitz und fanden im Haus von Hans Karls Witwe Elisabeth, geb. Freiin von

Handel, in Wien 19., Stefan-Esders-Platz 6, als Heimatvertriebene ihr erstes Quartier.

Jugend- und Studentzeit

Ab 1895 besuchte Hans Karl des humanistische Gymnasium in Saaz und maturierte 1903. Anschließend inskribierte er an der Juridischen Fakultät der Prager deutschen Karl-Ferdinands-Universität. Für Kunst, Kultur und die katholische Religion entwickelt er großes Interesse. Er trat der CV-Verbindung „Ferdinanda“ bei, weil dort der katholische Geist herrschte, der ihn mächtig anzog. Obwohl er während der Studentzeit überwiegend in Prag wohnte, stand er in engstem Kontakt mit seinem Vaterhaus, das in einer Stunde mit dem Zug erreichbar war. In seinem Heimatort Dobritschau setzte er zwei bemerkenswerte Aktionen. Er gründete einen „christlich deutschen Volks- und Leseverein“ und der sollte „Sauerteig für christliche Gesinnung und Ansporn zur Betätigung praktischen Christentums in unserer Umgebung werden!“ Sein sozialpolitisches Denken veranlaßte Dr. Zeßner-Spitzenberg, das wohlwollend gültige, patriarchalische Verhältnis zwischen Gutsherrn und seinen Arbeitern, durch eine christliche Organisation der Arbeiter und einen Vertrag mit ihnen, auf eine moderne Grundlage stellen. Er arbeitete einen „kollektiven Arbeits- und Tarifvertrag“ aus, und bewirkte, daß dieser auch abgeschlossen wurde. Dieser Kollektivvertrag für Landarbeiter war nicht nur der erste in der österreichischen Landwirtschaft, sondern auch der erste im gesamten deutschen Sprachraum.

Nach dem Doktorat in Prag studierte er in Berlin Nationalökonomie.

Im Dienst des Vaterlandes

Vom Beginn seiner beruflichen Laufbahn bis zu seinem Tod betrachtete es Dr. Zeßner-Spitzenberg als seine Lebensaufgabe, für den letzten Kaiser Österreichs, Kaiser Karl, einzutreten und das Unrecht aus der Welt zu schaffen, das dem Haus Habsburg zugefügt wurde. Als Monarchist fiel er später dann auch der Gestapo als Gegner des NS-Staates auf.

Der berufliche Werdegang begann in der k.u.k. Prager Statthaltereie im politischen Verwaltungsdienst. Von 1914 bis 1918 arbeitete er in

der Bezirkshauptmannschaft in Braunau am Inn in der politischen Verwaltung, im Mai 1918 wurde er noch in das k.u.k. Ackerbauministerium nach Wien berufen. Hier war die Landarbeiterfrage und das Landarbeitsrecht seine ihn ausfüllende Aufgabe. 1919 berief ihn Staatskanzler Dr. Renner in den Verfassungsdienst der Staatskanzlei, wo er mit Prof. Kelsen an den Verfassungsentwürfen für die Republik Österreich mitwirkte. Daneben habilitierte er sich an der Hochschule für Bodenkultur, später hielt er als Hochschulprofessor auch Vorträge auf der Hochschule für Welthandel. Im Februar 1937 wurde er von Bundeskanzler Dr. Schuschnigg mit der Errichtung eines sogenannten Traditionsreferates betraut, das die Eigenständigkeit des neuen Österreich verstärken sollte. Mit diesen Funktionen im Ständestaat war er ein ausgewiesener Gegner des NS-Staates und des Anschlusses. Schon am 18. März 1938 wird er in der Kaasgrabenkirche während des Gottesdienstes verhaftet und in das Polizeigefangenenhaus Elisabethpromenade eingeliefert, später ins Landesgericht und am 16. Juli 1938 ins KZ Dachau unter qualvollen Bedingungen verfrachtet. Ein Schlag auf die Nieren führte zu einer schweren inneren Verletzung, die zu seinem frühen Tod am 1. August 1938 führte – zum ersten Österreicher – der in einem KZ ums Leben kam.

Bekanntnis zu Habsburg – Todesurteil

Auf die Frage des Lagerkommandanten, warum er nach Dachau gekommen sei, sagte Dr. Zeßner-Spitzenberg mit fester Stimme: „Weil ich im Glauben an Gott und an ein christliches Österreich unter der Führung des Hauses Habsburg die einzige Rettung für die Unabhängigkeit und Selbständigkeit meines Vaterlandes sehe“. Das war sichtlich eine Provokation und brachte ihn in den Isolierblock, dem schlimmsten des ganzen Lagers und den baldigen Tod.

Buchtipp:

Pius Zeßner-Spitzenberg: „Hans Karl Freiherr Zeßner-Spitzenberg. Ein Leben aus dem Glauben.“

Bestelladresse: Christlicher Medienversand, Waltherrstraße 21, 4020 Linz, Tel. 0 73 2 / 78 81 17. O.K.

Wir haben gelesen

Madam Secretary von Madeleine Albright, mit Bill Woodward. 562 S., illustriert, Miramax Books, ISBN 078686843-0 (Englisch).

Einem Buch dieses Umfangs und Inhalts gerecht zu werden, bleibt problematisch, selbst wenn man den Schwerpunkt auf Albright's Worte über unser gemeinsames Heimatland legt. Allerdings erscheint das Wort „Böhmen“ kein einziges Mal, und „Sudetenland“ nur in geographischem Sinn. Auf Slowaken kommt sie einmal zu sprechen – 1992 wegen ihrer „Differenzen“ mit Prag.

Die Autorin erblickte am 15. Mai 1937 das Licht der Welt in Prag als Tochter des Diplomaten Josef Korbels und seiner Gattin Anna, geb. Spieglova. Korbels Vater wuchs in Kyšperk auf, einem 99prozentig tschechischen Ort von zirka dreitausend Seelen, in Ostböhmen. Das Gymnasium besuchte er im nahen Kostelec nad Orlici, wo er auch seine spätere Frau kennenlernte. Korbels hatte sich vom Krämer bis zum Direktor und Mitbesitzer einer größeren Baufirma hinaufgearbeitet und konnte seinen Sohn auf eine diplomatische Karriere vorbereiten, einschließlich einem Jahr an der Sorbonne. Josef schaffte den Dr. juris am Karolinum im Alter von 23 Jahren.

Nach seinem Militärdienst fand er Anstellung im Außenministerium, heiratete seine Jugendfreundin und ging als Presseattaché nach Belgrad. Nach dem deutschen Einmarsch in Prag gelang es den Korbels, mit leichtem Gepäck über Belgrad England zu erreichen, wo die Familie sechs Jahre verbrachte. Jan Masaryk heuerte Josef ins Außenministerium der Beneš-Regierung, und „Madlenka“ wuchs im Kreis patriotischer „Tschechoslowaken“ auf (Albright spricht fast nie von „Tschechen“). Im Exil legte der junge Diplomat seinen Umlaut ab. Politisch sah Korbels Tomas Masaryk als großen Humanisten, seinen Chef Beneš dagegen als „Mathematiker der Politik“.

Diese Vorgeschichte ist wichtig, denn sie prägt die ganze Einstellung der künftigen amerikanischen Staatssekretärin. Das Gesprächsthema in Korbels Kreisen war (in der Kleinwohnung wie dem nächtlichen Bombenkeller) vor allem Haß gegen alle Deutschen und deren Kollaborateure. Wenn der Papa seine Landsleute per BBC zum Widerstand aufrief, hing das Mädel natürlich an jedem Wort. Ganz offensichtlich hat Madeleine ihr Leben dem Spiegelbild ihres väterlichen Helden gewidmet.

Allerdings war sie mit ihren Taufnamen, Marie Jana, nicht glücklich, und als sie Französisch lernte, wandelte sie ihren Kosennamen Madlenka in Madeleine um. Als der Krieg endete, begleitete Dr. Korbels Präsident Beneš im ersten Flugzeug ins Vaterland. Die Familie folgte bald nach und ihr wurde eine luxuriöse Wohnung am Hradšchin Platz zugewiesen. Sie zogen aber bald nach Belgrad um, wohin die Korbels einen Teil des Mobiliars mitnahmen. Das Belgrader Konsulat hatte eben unter dem Krieg gelitten.

Erst nachdem die Familie 1948 über London nach Amerika zog, scheint Frau Nebrih (bzw. ihr Anwalt) in einer Fußnote auf S. 28 auf, denn „durch einen Irrtum“ gingen die Gemälde und Teppiche nicht nach Prag, sondern nach New York. Die Sachen „hatten einer Deutschen gehört, die in Wien lebte.“ Was die Anwälte einander zu sagen hatten, wissen wir ohnedies.

Natürlich war in Korbels Kreisen niemand bemüht, etwas den Kommunisten in die Hände zu spielen. Sie hatten Beneš hinausgeekelt und „keiner von unseren tschechoslowakischen Freunden glaubte, daß Jan Masaryk aus dem Fenster gesprungen war“. Nach seiner zweiten Flucht lehrte Dr. Korbels an der Universität in Denver, Colorado, wo er auch den Rest seines Lebens verbrachte. Sein letztes Buch war „Twentieth Century Czechoslovakia“.

Die Seiten über die Amerikanisierung der Korbels und schließlich die Bekanntschaft mit den Albrights und deren opulenten Freunden sind leicht lesbar, ja bisweilen amüsant. Mitautor Woodward (der der Staatssekretärin Albright mit ihren Reden geholfen hatte) hat sich offenbar am Anfang mehr Mühe gemacht als im Rest des Wälzers. Auf unsere Heimat kommt Albright aber erst wieder zu sprechen, als ihr der „Prager Frühling“ und sein bitteres Ende den Stoff für die Dissertation liefert. Da sie (wie ihr Papa) eine akademische Karriere im Auge hatte, war ein Doktorat unumgänglich.

Durch den minutiösen Bericht über Albright's Karriere weht immer eine leichte Brise panslawistischen Chauvinismus. Zwar keine Unterhaltungslektüre, wird das Buch aber eine Fundgrube für Historiker und Studenten der letzten Jahrzehnte des zweiten Millenniums sein. Ein geduldiger Leser findet in den Blättern, was in politischen Kreisen wer wem wann und wo ins Ohr geflüstert hat. Ein guter Index und Chronologie erleichtern die Suche. Max J. Schindler

„Er hat sich um das Land verdient gemacht“, ist ein in Prag und Umgebung umlaufendes Gerücht. Er, das ist ein ehemaliger (1935 gewählter, 1938 zurückgetretener, 1939 selbsternannter) tschechoslowakischer Staatspräsident namens Beneš. Sein Name ist in fast aller Munde wegen der menschen- und bürgerrechtswidrigen Dekrete, die er als selbsternannter, nicht mehr gewählter Staatspräsident erließ, und die deshalb seinen Namen tragen. Einige von ihnen hatten die Liquidierung der sudetendeutschen Volksgruppe zur Folge, andere führten die übriggebliebenen tschechischen und slowakischen Volksgruppen in vierzigjährige sowjetische Sklaverei.

Die Ausrottung 1945/46 der Sudetendeutschen dürfte der fatalste seiner „Verdienste“ sein. Denn sie bedeutete den Verlust von 700.000 Lohn- und Gehaltsempfängern, die vor dem Zweiten Weltkrieg im tschechischen Kohlenbergbau (zu 95 Prozent im Sudetenland), in der Leinenindustrie (88 Prozent), Wollindustrie (70 Prozent), Baumwollindustrie (55 Prozent), Glasindustrie (70 Prozent) und Porzellanindustrie (85 Prozent) arbeiteten. Fast ebenso viele Sudetendeutsche arbeiteten in der Landwirtschaft und rangen mit Fleiß und Hingabe, wie es nur die Liebe zu der eigenen Scholle möglich machte, dem manchmal mageren Gebirgsboden maximale Erträge ab. Der wirtschaftliche Verlust für die Tschechoslowakei, den die Vertreibung dieser fleißigen Menschen zur Folge hatte, wurde zum Gewinn jener Länder, die sie nach der Vertreibung aufgenommen haben.

Der zweitgrößte Schaden, den Beneš seinem Lande zugefügt hat, dürften seine Verdienste für den Sieg des Kommunismus in der Tschechoslowakei nach dem Zweiten Weltkrieg sein. Der kommunistische Putsch 1948 war die Kulmination sowjetfreundlicher tschechischer Politik seit 1918, als Staatsgründer Masaryk US-Präsident Wilson emp-

fahl, die russische bolschewistische Regierung anzuerkennen. Sie ging einher mit einem Befehl an die 70.000 tschechischen Legionäre in Sibirien, wenigstens einen Teil der „erbeuteten“ russischen Waffen und des russischen Staatsschatzes einschließlich der Banknotenpresse der russischen Staatsbank, der bolschewistischen Regierung zu übergeben. Die Folge war nicht nur ein weltweit diplomatischer und national-wirtschaftli-

Die Verdienste des Edvard Beneš

cher Erfolg des Bolschewismus, sondern auch das sichere Ende der konterrevolutionären Weißen Armee und des russischen Reichsverwesers Koltschak.

Beneš stapfte in Masaryks Spuren, als er 1935 einen Freundschafts- und Beistandspakt mit dem Kreml abschloß. Damals konnte er dieses Bündnis noch im Rahmen der für die Tschechoslowakei ungünstigen politischen Konstellation in Europa rechtfertigen. Das war aber 1943 nicht mehr der Fall, als er das Bündnis mit Stalin erneuerte. Seine westlichen Verbündeten Roosevelt und Churchill rieten ihm davon ab. Beneš ignorierte ihren Rat und huldigte Stalin noch 1947, als er den Marshallplan für die Tschechoslowakei ablehnte.

Bereits im April 1945 hatte die Beneš-Regierung das Kaschauer Programm verkündet, in dem sie „von Anfang an eine praktische, auf die Sowjetunion ausgerichtete Mi-

litär-, Wirtschafts- und Kulturpolitik“ propagierte. Sie scheute nicht davor zurück, alle jene demokratischen Parteien zu verbieten, die dem Fortschritt des Kommunismus im Wege standen. Die Regierenden der Nationalen Front beschlossen einstimmig die Entrechtung, Enteignung und Vertreibung aller Deutschen und die Verstaatlichung ihres geraubten Eigentums, aber auch tschechischen und slowakischen Besitzes und die Kollektivierung der Landwirtschaft; sie zwangen Arbeiter in kommunistische Gewerkschaftsorganisationen; sie erließen Gesetze für Freiheitsentzug und Zwangsarbeit für alle, Arbeiter und Bauern eingeschlossen, die sich ihrem Terror widersetzen. Beneš und die Regierenden der Nationalen Front unterwarfen sich Stalin in der Hoffnung, er würde ihnen eine Zukunft am sowjetischen politischen Futtertrog garantieren.

Im Februar 1948 war es soweit: Die Kommunisten lösten das Parlament auf und erklärten sich zur alleinregierenden Partei. Beneš unternahm nichts, diesen Putsch zu verhindern. Anstatt aus Protest wegen des Verfassungsbruches der Kommunisten zurückzutreten, legalisierte er ihn, indem er die kommunistischen Minister vereidigte und ihre antidemokratischen Gesetze unterzeichnete. Erst als er alles in seiner Macht Mögliche getan hatte, das kommunistische Terrorregime zu etablieren, trat er zurück. Aus Dankbarkeit gewährten ihm die Kommunisten eine Pension in Höhe des Präsidentengehaltes, deren er sich bis zu seinem Tode im September 1948 erfreuen durfte.

Die tschechischen Kommunisten haben noch heute Grund, Beneš zu danken und zu ehren. Für den Rest der Prager Politiker und für 80 Prozent ihres Staatsvolkes ist es aber mehr Götzen- als Heldenverehrung. Denn der Geschichte Urteil wird einmal ganz anders lauten: Beneš hat seinem Land mehr Schaden zugefügt als Nutzen gebracht.

Rudolf Pueschel

Wege zum internationalen Rechtsschutz für die Heimatvertriebenen: Die Vertriebenen sind Eigentümer geblieben!

„Flucht und Vertreibung neu bewerten“ – so lautet die Überschrift der Danziger Erklärung von Bundespräsident Rau und dem polnischen Präsidenten Kwasniewski, und diese Neubewertung soll nach einem Bericht in der F.A.Z. vom 30. 10. 03 von der hohen Instanz Europa

Von Herbert Schmidl

erfolgen, also weg vom Einblick und Wissen der Vertriebenen und der Vertriebenen. Sehr treffend hat deshalb die gleiche Zeitung auf der gleichen Seite diese Überschrift in „Flucht vor der Vertreibung“ abgewandelt, weil sich im Gegensatz zur Gemeinsamen Erklärung die Geschichtserfahrung der beteiligten Länder Polen, Tschechische Republik und Deutschland nicht per Verordnung auf einen Nenner bringen lasse, sondern nur durch geeignete Debatten über das Vertreibungsproblem. Im gleichen Blatt des nächsten Tages befindet sich sodann eine erste Anmerkung zu diesem Vorgang, in der die Hoffnung zum Ausdruck gelangt, daß diese Erklärung nicht zur Folge haben werde, „daß Völkermordverbrechen, begangen von wem auch immer und an wem auch immer, verschwiegen, beschwiegen, verkleinert, umgefälscht werden“. Möglicherweise kann man den beiden Staatsmännern den guten Willen zur Problemlösung nicht absprechen. Wie immer man diese Initiative auch werten mag, um eine Feststellung kommt man nicht herum, nämlich, daß auch sie die ungelösten Fragen der Bestrafung der Vertreibungsverbrechen und die Rückgabe des geraubten Eigentums mit gewohnten Leerformeln hinwegreden wollen. Dieser Versuch von Inhabern höchster Staatsämter ist umso erstaunlicher, als zum Beispiel die Eigentumsgarantie alle Staatsgewalten ohne Ausnahme bindet, so daß auch der Handlungsspielraum der höchsten Staatenlenker abgesteckt und eng begrenzt ist. Privateigentum ist der wichtigste Baustein einer jeden rechtsstaatlich orientierten Gesellschaftsordnung. Es erlangt deshalb einen umfassenden Schutz nach dem Verfassungs- und Völkerrecht sowie auch nach Maßgabe der Menschenrechte. Wer Privateigentum mißachtet, verletzt oder aushöhlt, rüttelt an den Grundfesten jeder freiheitlichen Rechtsordnung. Der polnische und der tschechische Staat haben mit der kollektiven und entschädigungslosen Massenenteignung der deutschen Heimatvertriebenen unüberschreitbare Grenzen staatlichen Handelns übertreten. Nach Maßgabe der vorgenannten Rechtsbereiche nach Verfassung, Völker- und Menschenrecht ergibt sich aus dem Rechtsbruch der Konfiskation mit Vertreibung volle Haftung für Wiedergutmachung, von der niemand befreit werden kann. Der Schädiger hat vielmehr für den verursachten Schaden voll einzustehen. Das Recht und der frühere Zustand des Rechtsgutes sind wiederherzustellen.

Mehr eigenes Engagement

Auch im Blick auf diese neueste Entwicklung mit den Versuchen des Totschweigens von politischer Verfolgung, Enteignung und Vertreibung trifft es sich gut, daß eine große Anzahl der Geschädigten von Totalenteignungen im Blick auf die große Unzufriedenheit mit der Untätigkeit sowohl der politischen Instanzen als auch der Vertriebenenverbände nunmehr vermehrte Initiativen und eigenes Engagement in Gerichtsverfahren zum Zwecke der Wiedergutmachung ergriffen haben. Sofern sie bislang Schuldvorwürfe wegen der an ihnen begangenen Kapitalverbrechen erhoben haben, mußten sie ohne Schutzklärungen mit dem regierungsseitigen Einwand deutscher Ursachen für diese Vorkommnisse vorliebnehmen und den Ursache-Wirkungs-Hinweis, insbesondere durch Bundeskanzler Schröder, der nur noch von seinem Außenminister J. Fischer mit dem neuen Wortschatz der „deutschen Selbstzerstörung“ übertroffen wurde, mit der er das Jahrhundertverbre-

Ausstellung über Gregor Mendel

Seit 7. November 2003 ist in Ludwigsburg, der Patenstadt der Kuhländler, im Foyer des Kulturzentrums eine Ausstellung über Johann Gregor Mendel, den Begründer der Vererbungslehre und einen der bekanntesten Kuhländler, zu sehen. Sie ist noch bis 6. Dezember, Montag bis Freitag von 9 bis 21 Uhr, Samstag von 9 bis 15.30 Uhr, geöffnet. Der Eintritt ist frei.

chen der ethnischen Säuberungen identifizierte. Aber die politischen Gruppierungen, gleichgültig ob liberal-konservativ oder rot-grün, dürfen sich neben den Vertrieberstaaten keinen Illusionen hingeben. Die historische Faktizität der an ihnen begangenen Verbrechen mit Brutalität, staatskrimineller Energie und ideologischem Vernichtungswillen sind heute mehr denn je gegenwärtig. Gerade die derzeit nicht endenwollende Diskussion um das Zentrum gegen Vertreibungen sorgt dafür, daß die polnischen und tschechischen Massenverbrechen als Gipfel des nationalistischen Wahns der ethnischen Säuberung im Gedächtnis behalten werden. Im Mittelpunkt der juristischen Auseinandersetzungen stehen derzeit die tschechischen Dekrete, die Ursache für die entschädigungslose Enteignung von mehr als drei Millionen Sudetendeutschen sind.

Verfahren vor dem UN-Menschenrechtskomitee

Sie stellen auch den Beschwerdegrund für ein Verfahren vor dem UN-Menschenrechtskomitee in Genf dar mit dem Antrag, das wegen Deutschstämmigkeit entschädigungslos enteignete bewegliche und unbewegliche Vermögen unverzüglich zurückzugeben und für die Vorenthaltung des Rechts auf den Genuß des Eigentums für die Zwischenzeit Entschädigung zu gewähren. Für den tschechischen Staatsbürger Dr. Karel Des Fours Walderode hat das UN-Komitee die Rückgabe seines konfiszierten Vermögens verfügt. Im vorliegenden Streit geht es also um die Frage, ob deutsche Staatsbürger durch die Verweigerung der Vermögensrückgabe diskriminiert werden dürfen? Nach dem dieser Rechtsfindung zugrunde liegenden Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte sind alle Menschen vor dem Gesetz gleich und haben ohne Diskriminierung Anspruch auf den gleichen Schutz. Die Schwierigkeiten in diesem Rechtsstreit liegen darin, daß eine zeitliche Begrenzung für die Rechtsverletzungen besteht (ratione temporis). Allerdings ist die Verurteilung und Bestrafung von diskriminierenden Handlungen auch außerhalb des Zeitrahmens des Internationalen Paktes möglich, wenn das Verbrechen zum Zeitpunkt seines Begehens nach den von der Völkergemeinschaft anerkannten Rechtsgrundsätzen strafbar war. Ferner ist in diesem Verfahren die vorhergehende Ausschöpfung des innerstaatlichen Rechtsweges erforderlich, was sich für die Rechtsfindung in der Tschechischen Republik als schwierig erweisen könnte. Ausnahmen von dieser Bedingung werden allerdings dann eingeräumt, wenn das Verfahren bei der Anwendung der Rechtsbehelfe unangemessen lange dauert. Ebenfalls ist die Erschöpfung des innerstaatlichen tschechischen Rechtsweges nach allgemeiner Auffassung dann nicht erforderlich, wenn die Judikatur zeigt, daß die Rechtsmittel keinen Erfolg versprechen würden.

Aktuelle Diskriminierung von Sudetendeutschen

Das für alle Rechtsfragen primär zuständige tschechische Verfassungsgericht hat mit Urteil vom 8. 3. 95 entschieden, daß die Vertreibung der Sudetendeutschen nicht nur ein legaler, sondern auch ein legitimer Akt gewesen sei, so daß eine günstigere Entscheidung unwahrscheinlich ist. Gegenstand dieses Verfahrens wird des weiteren die Frage sein, ob die diskri-

minierenden Bestimmungen der tschechischen Restitutionsgesetze für enteignete Deutsche weiterhin Gültigkeit haben können. Bislang werden sie hiernach von diesem Zugeständnis ausgeschlossen. Des weiteren wird von deutschen Antragstellern ein Loyalitätsnachweis verlangt, was für tschechische Bürger nicht zutrifft. Hinzu kommt noch die Forderung nach einer ununterbrochenen tschechischen Staatsbürgerschaft von Kriegsende bis 1990, während tschechische Staatsbürger ihre Zugehörigkeit nur zum Zeitpunkt der Antragstellung nachweisen müssen. Selbst bei unterschiedlichen Anmeldefristen wird diskriminiert.

Von großer Bedeutung wird ferner ein Rechtsstreit vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg sein mit dem gleichen Begehren von Rückgabe des völkerrechtswidrig enteigneten Vermögens sudetendeutscher Vertriebenen oder alternativ einer angemessenen Entschädigung. Die besondere Bedeutsamkeit ergibt sich vor allen Dingen aus der großen Anzahl der beteiligten Beschwerdeführer. Die rege Beteiligung wurde nicht zuletzt dadurch erzielt, daß es der Streitgenossenschaft gelungen ist, die Kosten der anwaltlichen Betreuung sehr günstig zu gestalten. Das Verfahren selbst vor dem Menschenrechtsgerichtshof ist kostenfrei. Den beiden genannten Streitverfahren ist eigen, daß sie für das Rechtsbegehren einen Völkermord an den Sudetendeutschen geltend machen. Nach einer Erklärung der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 11. 12. 1946 ist Völkermord ein Verbrechen gemäß internationalem Recht, das dem Geist und den Zielen der Vereinten Nationen zuwiderläuft und von der zivilisierten Welt verurteilt wird.

Da die Menschheit zu allen Zeiten durch genozidische Maßnahmen große Verluste erlitten hat, haben die vertragsschließenden Länder in der Form einer Konvention am 9. 12. 1948 beschlossen, die Menschheit von dieser „abscheulichen Geißel“ durch Vereinbarung wirksamer Strafen zu befreien. Straftatbestände sind hiernach Verschwörung, Anreizung, Versuch oder Teilnahme an genozidischen Handlungen, wobei bereits eine der folgenden Handlungen den Tatbestand des Völkermordes erfüllt, wenn sie in der Absicht erfolgt, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören. Zu bestrafen sind alle Beteiligten, gleichviel ob sie regierende Personen, öffentliche Beamte oder private Einzelpersonen sind.

Zu den begriffsbestimmenden Handlungen zählen:

- Tötung von Mitgliedern der Gruppe,
- Verursachung von schweren körperlichen oder seelischen Schäden,
- vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen für die Gruppe, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen.

Die Vertreibung der Sudetendeutschen erfüllt alle diese Bedingungen.

Im Verfolg dieser rechtlichen Situation bedeuten diese Vorkommnisse, daß nach Maßgabe des Völkerrechts ein Eigentumsübergang an den Vertrieberstaat nicht stattgefunden hat. Die Heimatvertriebenen sind somit nach wie vor die Eigentümer der zu Unrecht weggenommenen beweglichen und unbeweglichen Vermögenswerte, die zurückerstattet werden müssen. Bei

materiellen Schäden ist grundsätzlich der frühere Zustand wiederherzustellen. Dieser Grundsatz der Naturalrestitution gehört zu den „von den Kulturvölkern anerkannten allgemeinen Rechtsgrundsätzen im Sinne d. Art. 38, Abs. 1, lit. c des Statuts des Internationalen Gerichtshofes“. Ist wegen der Unmöglichkeit der Naturalrestitution vermögensrechtlicher Sekundärschutz geboten, so bemißt sich der zu leistende Schadensersatz nach dem im gesamten Kausalzusammenhang stehenden Schaden einschließlich Nutzungsausfall nach der sogenannten „Hull-Formel“, wonach die Entschädigung prompt, adäquat und effektiv sein muß. Das Recht ordnet die Beziehungen zwischen den einzelnen so gut wie auch zwischen einzelnen und den staatlichen Gemeinschaften. Auch der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg als auch das Menschenrechtskomitee der Vereinten Nationen in Genf werden durch entsprechende Urteile eine verlässliche Ordnung herstellen müssen, die sich an der Gerechtigkeit orientieren und alle diejenigen verpflichten, die von diesen Rechtsverfahren betroffen sind.

„Preußische Treuhand“ kämpft um Rückgabe

Was nun die Wiedergutmachungsbegehren deutscher Ostvertriebener in Richtung des Vertrieberlandes Polen anbelangt, hat eine Neugründung namens „Preußische Treuhand“ große Entrüstung in Polen ausgelöst. Wie ebenfalls in der F.A.Z. vom 6. 10. 03 berichtet wurde, will die „Preußische Treuhand GmbH & Co“ versuchen, Polen zur Rückgabe von Vermögen an deutsche Vertriebene zu bewegen und dabei Lösungen den Vorzug geben, die für beide Seiten verträglich seien. Rudi Pawelka ist Aufsichtsratsvorsitzender der Gesellschaft und zugleich ist er auch Vorsitzender der Landsmannschaft Schlesien, Niederschlesien und Oberschlesien. Die Gründung der Gesellschaft erfolgte deshalb, weil Polen es trotz Bitten der Vertriebenen bislang versäumt habe, von sich aus Vorschläge für die Regelung der Vermögensfragen zu unterbreiten. Als letzten Weg in dieser Auseinandersetzung seien sogenannte Sammelklagen vor amerikanischen Gerichten vorgesehen, die nach ihrer Überzeugung durchaus Erfolg versprechen.

Auch von tschechischer Seite sagt deren Ministerpräsident V. Spidla, daß alles, was zur Vertreibung der Sudetendeutschen gesagt werden mußte, in der Deutsch-tschechischen Erklärung vom 23. 1. 1997 gesagt worden sei. Dem hat allerdings bereits Altbundeskanzler Helmut Kohl anlässlich des unterschriebenen Vollzugs dieser Erklärung widersprochen mit der Aussage, daß die Vermögensfrage offengeblieben sei. Da jedoch der amtierende Bundeskanzler Gerhard Schröder kundgetan hat, weder heute noch in Zukunft Vermögensfragen gegenüber der Tschechischen Republik aufzuwerfen und der SL-Bundesvorsitzende Bernd Posselt eine Förderung derartiger Streitfälle ablehnt, sind die geschädigten Heimatvertriebenen gezwungen, die Frage nach Geltung von Gesetz und Recht selbst zu stellen. Diese Entwicklung könnte zu dem absurden Ergebnis führen, daß sie ohne den vorgenannten Rechtsverpflichteten und gegebenenfalls auch gegen sie, internationalen Rechtsschutz suchen müssen.

Tribüne der Meinungen

Nicht nach Berlin

So schwer es mir fällt, dem deutschen Bundeskanzler Schützenhilfe zu leisten, das Denkmal gehört wirklich nicht nach Berlin. Man gedenkt der Opfer von Lidice auf den Trümmern Lidices, jener von Auschwitz in Auschwitz und von Theresienstadt eben dort. Und die Kroaten stellten soeben ein Mahnmal für ihre vertriebenen Mitbürger in Valpovo / Walpach fertig.

Aber das vieldiskutierte Mahnmal soll ja aller Vertriebenen Europas gedenken. Also gehört es genau in die Mitte Europas, und wie wir aus der Schule (und von den Reden vieler tschechischer Politiker) wissen, liegt dieser Zielpunkt eben in Böhmen!

Gewiß wollen doch Tschechen nicht hinter Kroaten zurückstehen. Ich bin daher zuversichtlich, daß sie dieses (noch dazu wirtschaftsfreundliche) Denkmal gern in Usti nad labem (Aussig war's ja nicht mehr) errichten werden. Gleich bei der Rampe zur Beneš-Brücke. Schade nur, daß die Roma-Mauer nicht mehr steht – dann hätte Schwejk zwei Fliegen mit einem Schlag treffen können.

Dr. Max J. Schindler, Boonton Twp, NJ,

Spenden?

Ich liebe die „Sudetendpost“ und ziehe sie jeder Zeitung vor, weil Ihr, sehr geehrte Redaktionsmitglieder, mir von der Seele schreibt. Daher möchte ich mich im Namen vieler Betroffener der Frau Anna Ratzenböck anschließen und mit einem Satz erweitern: Unsere Elterngeneration konnte noch arbeiten – aber ich sehe immer vor mir (ich war neun Jahre alt), wie die

vielen alten Menschen in Seefeld, Kardholz etc. buchstäblich zu Bettlern geworden sind. Die hatten auch alle ein Haus, Felder etc. Meine Eltern arbeiteten zum Beispiel acht Monate gratis, also für Essen und Unterbringung, aber so schwer, daß es heute keiner glaubt. Daher konnten sie meinen frischoperierten Onkel mit Essen versorgen; das ist nur ein Beispiel.

Der „Südmährer“ ruft x-mal um Spenden für „unsere Heimat“ auf! Viele Tschechen hassen uns nach wie vor! Also, warum wird aufgerufen, nichts mehr zu spenden? Was geht uns ein fremdes Land an? Die Regierungen geben ohnehin so viel her! Besonders Landeshauptmann Pröll.

Mich würde sehr interessieren, ob Ihr in der Redaktion bedroht werdet?

Martha Mark, Wien

Mitarbeiter der „Sudetendpost“ wurden noch nie bedroht.
Die Redaktion

Die Alliierten sahen sich in Potsdam vor vollendete Tatsachen gestellt: Auch „wilde Vertreibung“ war bestens organisiert

Hinter der tschechischen Forderung nach „Anerkennung der Realitäten“ verbirgt sich in Wahrheit der Versuch, von anderen Realitäten abzulenken. Dabei ist die Frage, ob die Vertreibung der Deutschen aus der Tschechoslowakei von den Siegermächten beschlossen – oder lediglich gebilligt – wurde, von Interesse. Glaubt man tschechischen Bekundungen, lag die Verantwortung für den Abschied der Sudetendeutschen ausschließlich bei den Signatarmächten

Von Josef Weikert

der Potsdamer Beschlüsse. Jedenfalls ist dies einem Brief eines gewissen MUDr. B. Dvořáček CSc. vom 20. 3. 2003 aus den Niederlanden an den stellvertretenden Senatspräsidenten Jan Ruml zu entnehmen; veröffentlicht im Blatt der tschechischen Kämpfer für die Freiheit NARODNÍ OSVOBOZENÍ Nr. 7 vom 27. 3. 2003; daraus:

„Die absichtliche Verschleierung der Tatsache, daß der Abschied der deutschen Bürger auf Grund der Entscheidung der Potsdamer Friedenskonferenz auf die Ergebnisse der Verbrechen, begangen von Bürgern deutscher Nationalität auf dem Gebiet der Tschechoslowakischen Republik, erfolgte, sollte die kompromißlose Überzeugung aller gesetzgebenden Faktoren sein. Über die Potsdamer Beschlüsse über den Abschied darf kein Zweifel sein, weil dies sonst die Umstoßung der Ergebnisse des vergangenen Krieges bedeuten würde...“ Abgesehen von der Erhebung der Potsdamer Konferenz zur „Friedenskonferenz“ durch den Briefschreiber, verschleierte die tschechische Seite stets die Tatsache, daß der Abschied der böhmischen Deutschen von den Tschechen selbst ausging und die Unterzeichner des Abschlußkommunikés der „Konferenz von Berlin“, wie die Potsdamer Konferenz offiziell bezeichnet wird, die bereits auf den Weg gebrachte Vertreibung lediglich im nachhinein bestätigt haben. Ohne an dieser Stelle auf das „Erstgeburtsrecht“ an der Vertreibung einzugehen, ist festzustellen, daß es Beneš selbst war, der am 15. September 1938 seinen Sozialminister Nečas in geheimer Mission nach Frankreich sandte, um da auszuloten, ob Hitler mit Gebietsabtretungen von etwa 4000 bis 6000 Quadratkilometern zufriedengestellt werden könnte, wenn dafür Deutschland wenigstens eineinhalb bis zwei Millionen der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei aufnimmt!

Dieser Gedanke hat Beneš niemals mehr losgelassen. Im Jahr 1942 war in der tschechischen Emigration in England der Plan zur Aussiedlung der Deutschen in Grundzügen bereits fertig. Nachdem sich Beneš der Zustimmung Stalins und Roosevelts im Jahr 1943 versichert hatte, teilte er der britischen Regierung in zwei Memoranden vom 27. Jänner 1944 mit, daß der „Transfer“ (wie er die Vertreibung der Deutschen nannte), in zwei Phasen durchzuführen sei (siehe A. Klimek: Plány Edvarda Beneše na poválečný vývoj Československa in der Broschüre EDVARD BENEŠ A STŘEDNÍ EVROPA vom Institut für mitteleuropäische Kultur und

Politik, Prag 1996, S. 82/83). Der gleichen Quelle zufolge gebrauchte Beneš in seinen Verhandlungen mit der britischen Regierung für die erste Phase der Vertreibung den Terminus „expulsion“ = Vertreibung; eine Bezeichnung, gegen die sich die tschechische Seite so vehement wehrte! Diese erste Phase des „Transfers“ sollte in den ersten Monaten nach der Befreiung Angehörige der Gliederungen des nazistischen Systems, der Henleinbewegung, der Intelligenz (Lehrer, Professoren, Juristen, Techniker) und alle Deutschen betreffen, die die Okkupation der Tschechoslowakei für ihre wirtschaftlichen und finanziellen Zwecke genutzt hätten. In der folgenden zweiten Phase des „Transfers“ sollte dann die übrige deutsche Bevölkerung abgeschoben werden.

Eine Weisung Beneš' an die Heimatfront vom 16. Juli 1944 lautete: „Soweit es um unsere Deutschen geht, läßt sich heute definitiv sagen, daß von den mehr als drei Millionen ... auf Grundlage irgendeiner internationalen Regelung es uns gelingen wird, sich maximal zweier Millionen Deutscher zu entledigen. Deshalb ist es notwendig, dies in den ersten Tagen der Befreiung selbst zu erledigen ... daß die meisten ... in der Revolution erschlagen werden ... Einer internationalen Regelung der deutschen Frage muß bei uns ... die schnellste Besetzung und Säuberung jener Gebiete vorangehen ...“

Dieser Prozeß begann am 5. Mai 1945 mit dem Aufstandsgeschehen in Prag und an anderen Orten. In seiner Rede auf dem Altstädter Ring in Prag forderte Beneš am 16. 5. 1945 dazu auf, „kompromißlos die Deutschen in den böhmischen Ländern zu liquidieren“ und sein Justizminister Prokop Drtina ergänzte am 18. 5. 1945 seinen Meister: „Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir mit dem Austreiben der Deutschen aus unseren Ländern jetzt beginnen ... vor nichts dürfen wir zurückschrecken und zögern.“ (Aus: KOMU SLUŠÍ OMLUVA, Verlag Erika, Prag, 1992, S. 97/98).

Zu diesem Zeitpunkt war von einem internationalen Beschluß noch keine Rede. Das als „wilde Vertreibung“ bezeichnete Geschehen war in Wirklichkeit die erste Phase der längst vorbereiteten Abschiebung. Diese Feststellung ergänzt der tschechische Historiker Tomáš Staněk in seiner Studie PERZEKUCE 1945, herausgegeben vom Institut für mitteleuropäische Kultur und Politik, erste Ausgabe, Prag 1996, auf Seite 22 u. 23. Staněk schreibt:

Die Forderung, die größtmögliche Zahl Deutscher aus der Republik wegzubringen, wurde zur Losung des Tages. Über die Aufgaben der Militäreinheiten (unter der neuen Bezeichnung 1. čs. Armee) im Grenzgebiet beriet die Regierung am 15. 5. 1945. Der kommandierende General Z. Novák gab (daraufhin) einen (Tages-) Befehl zur Besetzung der Grenzgebiete heraus mit dem Zusatz: „Weist alle Deutschen aus dem Gebiet der historischen Grenzen aus“, der Gebietskommandeur von Königgrätz, General J. Janáček, gab Weisungen aus zur Aussiedlung der deutschen Bevölkerung (im Raum) von Grulich bis Grottau a. d. Neißة ... Der offizielle Befehl des Ministeriums der Nationalen

Verteidigung (MNO) zur Sicherung der Grenze sowie der „Säuberung“ des Gebietes von feindseligen Elementen gegenüber der Tschechoslowakei wurde am 22. 5. 1945 ausgegeben ... Oberst Lomský charakterisierte später die damalige Lage der Armeeführung folgendermaßen: „Weil es allgemein klar war, daß es zum Abschied der Deutschen aus unseren historischen Ländern kommen mußte, war es das natürliche Bestreben der Kommandanten aller Dienstgrade, sich ihrer bei jeder sich bietenden Gelegenheit zu entledigen.“

Wie also kann die tschechische Seite behaupten, daß der Abschied der Deutschen erst aufgrund einer Anordnung der Siegermächte erfolgt sei! Tatsächlich gibt es keine voneinander unabhängige „wilde Vertreibung“ und „humane Überführung“. Beide sind ein untrennbares Ganzes, geplant von der tschechoslowakischen Staatsführung im Exil und durchgeführt nach deren Rückkehr in die Heimat!

Auch die den Abschied begleitenden „Exzesse“ erfolgten aufgrund offizieller Aufrufe. So Beneš am 16. Juli 1944: „... wer den Tod verdient hat, soll ausliquidiert werden...“, General Ingr am 3. November 1944 im Londoner Rundfunk: „...schlagt sie, tötet sie, laßt niemanden am Leben...“, oder die stereotypen Aufrufe des Prager Rundfunksenders während des Prager Aufstands in den Maitagen des Jahres 1945: „smrt Němcům“ (Tod den Deutschen). (Und noch im Jahr 1997 äußerte der Führer der tschechischen Republikaner, Miroslav Sládek, anläßlich der Unterzeichnung der tschechisch-deutschen Deklaration, daß „zu wenig Deutsche getötet worden sind“.)

Die Zahl der in der ersten Phase der Vertreibung (fälschlich „wilde“ Vertreibung) abgeschobenen Deutschen ist nicht eindeutig zu bestimmen. Dazu schrieb T. Staněk in seiner Studie PERZEKUCE 1945 auf S. 41: „Militärische Stel-

len meldeten, daß bis Anfang August Böhmen etwa 450.000 Deutsche sowie Mähren und Schlesien 110.000 Deutsche verlassen haben. Ähnlich wie in anderen Mitteilungen aus dieser Zeit, kam es jedoch nicht zu vollständigen Angaben. Darüber hinaus wurde nicht nach Alt-siedlern und anderen Deutschen unterschieden.“ In seinem Buch Odsun Němců z Československa 1945 bis 1947 kommt der gleiche Buchautor T. Staněk zu folgendem Schluß: „Die dieser Problematik gewidmeten tschechoslowakischen Arbeiten übernehmen gewöhnlich die Angabe von rund sechshundertsechzigtausend Deutschen, die geflohen oder außerhalb des Rahmens des sogenannten ordnungsmäßigen Abschlusses, das ist vor allem im Zeitraum von April / Mai bis Ende des Jahres 1945, ausgesiedelt worden sind.“ (Zitiert aus: KOMU SLUŠÍ OMLUVA, S. 92).

Die von Beneš konzipierte zweite Phase seines „Transfers“ wurde mit der Dreimächtekonferenz in Potsdam eingeleitet. Wie T. Staněk in PERZEKUCE 1945 auf S. 33 schreibt, billigten (schvällili) die Teilnehmer der Konferenz im Art. XIII des Abschlußprotokolls vom 2. 8. 1945 die Aussiedlung der deutschen Bevölkerung aus der CSR, Polen und Ungarn. Auf Seite 34 seiner Studie PERZEKUCE 1945 fährt Staněk fort: „Die Atmosphäre, welche die Konfrontation der Standpunkte der UdSSR auf der einen und den USA und Großbritannien auf der anderen Seite begleitete, brachte u. a. der amerikanischen Präsident H. S. Truman zum Ausdruck, als er im Jänner 1946 in einem Brief an den Staatssekretär J. F. Byrnes anführte: In Potsdam waren wir vor eine vollendete Tatsache gestellt und durch die Umstände gezwungen worden, zuzustimmen. Dies war ein willkürlicher Akt von Gewaltanwendung. (Truman war Mitunterzeichner des Abschlußprotokolls der Potsdamer Konferenz vom 2. 8. 1945).

Gedenken an Opfer des Brünner Todesmarsches in Pohrlitz

Der DSKV, der Deutsche Sprach- und Kulturverein Brno / Brünn lud zu einem Gedenken am Totenacker in Pohrlitz für den 30. Oktober dieses Jahres ein.

Bundesobmann Gerhard Zeihsel nahm an der Spitze einer Abordnung der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Österreich an dem Gedenken teil.

Am Fronleichnamstag, dem 30. Mai 1945, wurden über 30.000 deutsche Brüner in Richtung österreichische Grenze getrieben. In Pohrlitz verbrachten viele von ihnen die Nacht. Dabei starben an die tausend – meist alte Menschen und Kleinkinder –, die den Strapazen nicht gewachsen waren. 890 wurden nach Aufzeichnungen eines tschechischen Totengräbers in einen Acker am Rande von Pohrlitz vergraben. Nicht tief, daher fand man durch die Feldarbeit immer wieder menschliche Knochen. Dem österreichischen „Schwarzen Kreuz“ und dem damaligen

Außenminister Dr. Alois Mock ist es zu danken, daß das Feld nicht mehr bearbeitet wird und eine große, gepflegte Wiese und ein Gedenkreuz mit Gedenksteinen in beiden Sprachen an die Toten erinnert. Eine Exhumierung und Verbringung nach Drasenhofen konnte damals verhindert werden.

Eine weitere Gestaltung für den riesigen Totenacker wird von vielen Nachkommen und Interessierten gewünscht.

Der Obmann des DSKV Brünn, Dr. Siegfried Wanka, gedachte in seinen Worten der Opfer und wünschte sich nach dem Beitritt der CR in die EU weitere Schritte zur Wiedergutmachung und Versöhnung der beiden historisch miteinander verbundenen Völker.

Im Anschluß fand ein Gedankenaustausch zwischen den Brüner und Wiener Landsleuten statt, in dem eine Verstärkung der gemeinsamen Arbeit erörtert wurde.

Kinsky droht Minister mit Klage Regierungsdruck auf die Justiz

Franz Ulrich Kinsky, der, wie berichtet, die Rückgabe des nach dem Krieg konfiszierten Familieneigentums in der Tschechischen Republik fordert, erwägt eine Anklage gegen den tschechischen Kulturminister Pavel Dostal. Kinskys Anwalt wertet einige Aussagen Dostals als eine Kampagne gegen den in Argentinien lebenden Adeligen. Minister Dostal hatte Journalisten Ende Oktober Dokumente zur Verfügung gestellt, die für ihn als Beweise gelten sollten, daß Kinsky deutscher Nationalität sei und keinen Anspruch auf Besitz in Tschechien habe.

Kinsky warf der tschechischen Regierung vor, massiv Druck auf Gerichte auszuüben und willkürlich mit historischen Dokumenten umzugehen. „Solches Verhalten ist in Demokratien ungewöhnlich. Kulturminister Pavel Dostal behauptet, ich sei Deutscher – ich fordere ihn auf, dies zu beweisen“, sagte der 67jährige, dessen Geschlecht 1689 bis 1699 mit Franz Ulrich Kinsky den Kanzler in Wien stellte und dem die heutige Fürstin von Liechtenstein entstammt, anläßlich eines Besuches in Prag.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Michal

Kraus und der Klubobmann der oppositionellen konservativen Demokratischen Bürgerpartei (ODS) im Unterhaus, Vlastimil Tlustý, erklärten in einer Fernsehdebatte im TV-Kanal „Nova“, die gesamte tschechische politische Szene sollte in dieser Frage sowie der Frage der Eigentumsforderungen der Sudetendeutschen einheitlich auftreten. „Ich stehe eindeutig hinter Minister Dostal... Nur einheitlicher Widerstand der gesamten tschechischen politischen Szene und aller politischen Parteien kann dies stoppen“, betonte Tlustý.

Kinsky: Stelle die Dekrete nicht in Frage!

Graf Kinsky will in Tschechien mit 157 Klagen Gebäude und Grundstücke im Wert von etwa 1,3 Milliarden Euro zurückbekommen, die 1945 auf Grundlage der Beneš-Dekrete konfisziert worden waren. „Ich stelle die Dekrete nicht in Frage. Ich glaube nur, daß sie zu Unrecht auf mich angewandt worden sind“, betonte er. Zu den Immobilien gehört auch das Kinsky-Palais am Altstädter Ring im Zentrum von Prag.

Keine Hilfe aus Zukunftsfonds: SL-Protest gegen Verwaltungsrat

Der SL-Bundesvorstand hat Ende Oktober folgende Resolution verabschiedet: „Kritik an der Entscheidung des Verwaltungsrates des Deutsch-Tschechischen Zukunftsfonds, Härtefälle von Vertreibungsoffern nicht, wie ursprünglich überlegt, zu entschädigen.“

Die Kritik entzündete sich vor allem daran, daß dem Vernehmen nach die tschechische Seite wohl bereit gewesen sein soll, sich zu bewegen, daß aber das deutsche Mitglied des Verwaltungsrates, Bundestagsvizepräsidentin Antje Vollmer von den Grünen, auf Gegenkurs gegangen war. Auch das deutsche Verwaltungsratsmitglied Helmut Bilstein von der SPD hatte gegen den Entschädigungsantrag gestimmt, der letztlich nur von zwei Verwaltungsratsmitgliedern unterstützt wurde, nämlich vom ehemaligen Generalsekretär der Ackermann-Gemeinde, Franz Olbert, und vom Vizepräsidenten des Bundes der Vertriebenen, Albrecht Schläger. Zu diesen Vorgängen stellte der SL-Bundesvorstand in seiner Sitzung vom 28. Oktober fest:

„Die Entscheidung des Verwaltungsrates

des Deutsch-Tschechischen Zukunftsfonds, den nicht-tschechischen Opfern von Zwangsarbeit und Gewalt die längst fällige Anerkennung und Entschädigung zu verweigern, erfährt unseren schärfsten Protest. Der Hinweis des Verwaltungsrates auf angebliche satzungsgemäße Einschränkungen kann schon deshalb nicht gelten, da dies eine bewußte Diskriminierung darstellt.“

Die für alle Opfer von Vertreibungen brückernde Entscheidung vom 13. Oktober 2003 kann auch nicht in der Absicht der Deutschen Bundesregierung als überwiegendem Kostenträger des Fonds liegen. Deshalb ist die Ablehnung des Projekts durch zwei deutsche Verwaltungsratsmitglieder umso unverständlicher.

Die Sudetendeutschen Sozialwerke, die den Antrag auf Entschädigung beim Deutsch-tschechischen Zukunftsfonds gestellt haben, durften nach mehrjährigen Bemühungen eine positive Entscheidung erwarten, die nun Sache der Regierung sein dürfte. Nun ist die tschechische Regierung am Zug, aus eigener Kraft etwas für die Härtefälle nationalistischer Willkür zu tun.“

Enthüllung des wiedererrichteten Denkmals für Christian d'Elvert

Am 15. Oktober, 15 Uhr, versammelte sich am Spielberg in Brünn eine größere Gemeinde, um der Enthüllung des obengenannten Denkmals beizuwohnen.

Frau Olga Nováková, Direktorin für die Städtischen Grünanlagen, gestaltete den Ablauf und würdigte in ihrer Ansprache die Verdienste des Brünner Bürgermeisters Christian d'Elvert um die Begrünung des Geländes rund um den Spielberg. Es sei sein Verdienst gewesen, daß die bereits mehr oder weniger beschlossene Parzellierung und damit die Privatisierung des Areals wieder rückgängig gemacht und statt dessen ein öffentlicher Park angelegt wurde. Sie schilderte die Finanzierung, es kostete immerhin die stolze Summe von 15.000 Gulden und daß sich Christian d'Elvert in zwei Aufrufen an die Bürger wandte, sich an der Finanzierung zu beteiligen.

Sie leitete zu einer Gesangdarbietung über mit der Bemerkung: „Die Anlage wurde im Stile der Romantik des 19. Jahrhunderts verwirklicht, und so hören wir jetzt Lieder der deutschen Romantik von Anton Rubinstein und Robert Schumann.“ Es folgten zwei Lieder, dargebracht von einem Quartett „a capella“.

Danach schilderte Frau Nováková die weitere Entwicklung des Parks, daß 1922 das Denkmal für die italienischen Häftlinge errichtet wurde, daß nach 1945 der Park in trostlosem Zustand war, so daß zeitweise das Betreten verboten werden mußte. In den sechziger Jahren erfolgte eine Sanierung, die aber gestalterisch nicht befriedigen konnte. Erst ab 1994 erfolgt die Neugestaltung, die sich überwiegend an die in der Zeit von Christian d'Elvert erstellten Planungen richtete. Sie führte aus, daß auch die sich darüber befindliche und jetzt ebenfalls renovierte Gloriette nach der Vorstellung von d'Elvert größer ausfallen sollte, daß aber dafür keine Mittel genehmigt wurden.

Es folgte ein Chorstück von Křizkovský, dem Begründer der tschechischen Chormusik und Lehrer von Leon Janaček.

Der stellvertretende Kulturminister der Tschechischen Republik, Ing. Zdeněk Novák, führte aus, daß die Spielberganlage eine herausragende Stellung im Vergleich zu anderen Städten habe, einmal wegen seiner zentralen Lage praktisch im Stadtzentrum, zum anderen aber auch, weil die starke Hanglage eine echte Herausforderung an die Gartengestalter sei. Es sei aber gelungen, eine Festungsanlage zu einer Anlage für Feste der Bürger umzugestalten.

Der Primator der Stadt Brünn, Petr Duchon, stellte in einer kurzen Ansprache heraus, daß in der Zeit in der d'Elvert Bürgermeister war, wesentliche Weichen gestellt wurden, die die Entwicklung von Brünn zu einer modernen Industriestadt ermöglichten. Deshalb habe er sich auch aus heutiger Sicht um die Stadt bleibende Verdienste erworben. Die Stadt bekenne sich zu

seiner Geschichte und der heutige Tag sei ein Beleg dafür. Er freue sich deshalb besonders, Nachkommen der Familie Christian d'Elverts aus Deutschland begrüßen zu dürfen.

Dipl.-Ing. Wolfram Elwert bedankte sich in seiner Ansprache, die vom Vorsitzenden des DSKV, Dr. Wanka, ins Tschechische übersetzt wurde, für die Einladung und stellte kurz den weit verzweigten Elwert'schen Familienverband vor. Er berichtete, daß sie stolz darauf seien, daß aus dem Geschlechte einige bedeutende Persönlichkeiten hervorgegangen sind, darunter eben auch der hier geehrte ehemalige Bürgermeister der schönen Stadt Brünn.

Primator Duchon bat nun Wolfram Elwert, mit ihm gemeinsam das Denkmal zu enthüllen. Das geschah, während die Garde nach einem Kommando des diensthabenden Offiziers die Säbel zückte und die Fahne emporhielte.

Frau Nováková übernahm wieder die Regie und führte die Teilnehmer zur renovierten Gloriette. Der weitere Rundgang führte zum „Altan“ an der Südseite des Spielberges. Diese Aussichtsplattform war Herrn d'Elvert offensichtlich ein besonderes Anliegen. Weil er die Finanzierung durch die Stadt nicht erreichen konnte, finanzierte er den Bau auf eigene private Rechnung.



Das wiedererrichtete Denkmal für Christian d'Elvert am Spielberg in Brünn.

Suchen Sie ein Weihnachtsgeschenk?

EIN VORSCHLAG: Ein Jahres-Abo der „Sudetenpost“

... für einen guten Freund, für einen Angehörigen in der Familie oder für sonst jemanden? Nun, da können wir Ihnen gerne ein wenig helfen!

Sicher, bis Weihnachten haben wir noch ein wenig Zeit, aber man sollte sich frühzeitig damit befassen und oft kommt man dann darauf, daß es sehr schwierig ist, jemandem etwas Besonderes zu schenken, das auch passend und gehaltvoll ist.

Wie wäre es denn, wenn Sie diesmal ein Jahresabonnement unserer „SUDETENPOST“ als Geschenk überreichen würden?

Natürlich kann man auch ein Abonnement zum Geburtstag überreichen oder auch zu anderen Anlässen. Sie werden damit bestimmt beim Beschenken Freude erregen oder zumindest großes Interesse für uns und unsere Sache – denn viele Landsleute stehen noch außerhalb der Landsmannschaft und kennen gar nicht die „Sudetenpost“. In vielen Familien liest nur die Oma oder der Opa die „Sudetenpost“ und eigentlich sollten auch die Kinder und Enkelkinder unsere Zeitung haben. Wie wäre es also, wenn Sie diesmal Ihren zum Teil schon erwachsenen Kindern ein Abonnement der „Sudetenpost“ für das kommende Jahr

2004 schenken würden? Aber auch der Schwager, die Schwägerin, die eigenen Geschwister, die vielleicht in einer anderen Stadt wohnen, gute Freunde aus dem Sudetenland und aus der einheimischen österreichischen Bevölkerung usw. – die Reihe könnte beliebig fortgesetzt werden – sollten die „Sudetenpost“ beziehen. Und Sie können da ein wenig mithelfen!

Ist das nicht ein guter Vorschlag für ein kleines, nettes Geschenk?

Wenn Sie also ans Schenken denken, denken Sie auch an die „SUDETENPOST“ – dies würde uns allen dienen: Dem Erhalt der „Sudetenpost“, der Information des jeweiligen Landsmannes, der Sudetendeutschen Landsmannschaft u. a. m. – Sie sehen, es würde sich bestimmt lohnen.

Und wir machen Ihnen auch das Schenken leicht:

Füllen Sie bitte den nachstehenden Abschnitt aus, schicken Sie diesen an uns und wir senden Ihnen postwendend einen Gutschein zu, den Sie als Ihr persönliches Geschenk überreichen können.

Bitte ausschneiden und den Kupon an die „SUDETENPOST“, Kreuzstraße 7, 4040 Linz, senden!

Ich _____
Name des Bestellers

Adresse

bestelle hiermit _____ Abonnements der „Sudetenpost“ als Geschenk für

a) _____
Name des zu Beschenkenden

Adresse

b) _____
Name des zu Beschenkenden

Adresse

c) _____
Name des zu Beschenkenden

Adresse

ab dem 1. Jänner 2004, zunächst für ein Jahr!

Ich erwarte Ihre Rechnung für das (die) Abonnement(s) und werde diese umgehend zur Einzahlung bringen.

_____ am _____
Unterschrift

Zutreffendes bitte einsetzen bzw. Nichtzutreffendes streichen!

Erscheinungsfolge: Zweimal monatlich. – Jahresbezugspreis: Inland € 29,25 (inkl. 10 % MwSt.), Deutschland u. übriges Europa: € 35,60.

Wir haben gelesen

Julius Meissner: „Erlebte Erinnerungen an das Aussiger Massaker vom 31. Juli 1945“. Erschienen im Selbstverlag des Herausgebers.

Bezugsanschrift: Julius Meissner, Ramsbachstraße 3, D-88063 Tettnang. Preis im Buchhandel: 13,50 Euro.

Es ist dem Herausgeber zu danken, der wohl in mühevoller Kleinarbeit die Aussagen zahlreicher Zeitzeugen sammelte und so einen umfassenden Überblick über die verbrecherischen Ereignisse des 31. Juli 1945 dokumentierte.

Die Aussagen der Zeitzeugen decken sich größtenteils, wenn es auch einige wohl unvermeidliche unterschiedliche Meinungen über den Überflug eines bisher nicht identifizierten Flugzeuges und kurz nachher die Explosion in Schönprisen gibt. Diese Explosion war angeblich die Auslösung des Massakers auf der Elbebrücke, auf dem Hauptplatz und vielen anderen Teilen der Stadt Aussig.

Die Ursache der Explosion und die genaue Anzahl der ermordeten Deutschen werden sich kaum jemals exakt feststellen lassen. Besonders die Angaben von tschechischer Seite weichen weit von denen der Betroffenen ab.

Auf jeden Fall ist dieses Buch ein hervorragender Beitrag über das Massaker vom 31. Juli 1945 und kann jedem Sudetendeutschen und besonders den Aussigern, wärmstens empfohlen werden.

Bruno Kastel

„Südmährisches Jahrbuch 2004“. Preis für Dauerabonnenten: € 7,50, bei den übrigen Bestellungen: € 7,50 plus Porto und Verpackung.

Bestellungen an: Geschäftsstelle des Südmährischen Landschaftsrates, Postf. 1437, 73304 Geislingen / Steige.

Das Südmährische Jahrbuch erscheint im 53. Jahrgang für 2004 im gewohnten Umfang von 160 Seiten und 16 Bildtafeln. Den Würdigungen der drei südmährischen Preisträger des Jahres 2002 folgen Beiträge u. a. aus Anlaß des Jubiläums „50 Jahre Patenschaft“ über Geschichte und Entwicklung unserer Patenstadt Geislingen, über die Landwirtschaftskrise in Südmähren im 19. Jahrhundert, über den Abschub aus Nikolsburg 1946, über die tschechische Neubesiedelung Südmährens 1945 bis 1950, über Segelflieger am Tafelberg in den dreißiger Jahren, über die Nikolaikirche in Znaim, über den Bauernrebell Gregor Tröschner aus Heinrichschlag.

Persönliche Erinnerungsberichte aus der Vor- und Nachvertreibungszeit schlagen wieder eine gefühlsbetonte Brücke zwischen dem „Gewesenen“ und der Gegenwart, lassen Erlebtes nachleben und bewahren vor dem Vergessen.

Einige Gedichte südmährischer Lyriker, eingestreut zwischen Prosa-Beiträgen, runden in vertrauter Weise den Inhalt des neuen Jahrbuchs ab.

Eindrucksvolles Volkstanzfest in unserer Patenstadt Klosterneuburg

In der Babenbergerhalle unserer Patenstadt Klosterneuburg fand am Samstag, dem 8. November, das 36. Österreichisch-sudetendeutsche Volkstanzfest – der Leopolditanz 2003 – statt.

Diesmal nahmen mehr als siebenhundert Volkstänzer und Zuseher daran teil. Wir konnten auch diesmal wieder zahlreiche Persönlichkeiten begrüßen: Vertreter aller politischen Parteien, den Bürgermeister der Stadt Klosterneuburg, Dr. Schuh, viele Klosterneuburger Stadt- und Gemeinderäte, und wie immer, den Bundesobmann der SLÖ, Gerhard Zeihsel mit Gattin sowie einige Heimatgruppen-Obleute und -vertreter.

Aus Wien, aus Niederösterreich, aus dem Burgenland, der Steiermark, aus Deutschland, Finnland, der Schweiz, aus Holland, und sogar aus den USA, Mexiko und Korea kamen die Teilnehmer. Seit vielen Wochen waren alle Plätze im Großen Saal und größtenteils auch auf der Galerie vergeben, es mußten nachträglich Sessel dazugestellt werden, und so konnte dann doch ein Großteil der Besucher einen Sitzplatz finden.

Die Gestaltung, Vorbereitung, Durchführung, der Saalschmuck (es gab wieder eine sehr schöne herbstliche Gestaltung) wurde – wie alljährlich – von den beiden Veranstaltern vorbereitet und fand großen Anklang.

An die hundert Paare gestalteten einen bunten Aufzug und eine gut ausgewählte Tanzfolge sorgte für beste Stimmung, auch bei Nichtvolkstänzern. Das traditionelle Kindervolkstanz wurde in einem eigenen Raum unter der Leitung der SdJÖ Wien und Niederösterreich durchgeführt und viele Kinder machten begeistert mit. Das Erlern wurde in einer Pause, mit viel Beifall für die Kinder, vorgeführt.

Daneben gab es weitere Vorführungen: Eine Flamenco-Tanz-Vorführung (spanischer Nationaltanz), eine eigene Musikgestaltung alter Art und ein gemeinsames offenes Singen.

Die Zeit verging leider viel zu rasch, und nach einigen Zugaben wurde ein in sich geschwungener großer Schlußkreis gebildet und das Volkstanzfest mit dem Lied „Kein schöner Land“ beendet.

Herzliches „Dankeschön“ allen Spendern. Sie haben mit ihrer Spende besonders zum Gelingen dieses schönen Brauchtumsfestes beigetragen.

Am 6. November 2004 findet das 37. Volkstanzfest statt, worauf wir uns schon alle sehr freuen. Schon jetzt laden wir Sie alle recht herzlich dazu ein. Auch die mittlere und ältere Generation unter den Landsleuten ist herzlich eingeladen, an diesem Brauchtumsfest in unserer Patenstadt Klosterneuburg wiederum teilzunehmen.

Vor 180 Jahren wurde Hans Kudlich geboren: Mann der Heimat und Bauernbefreier

Vor 180 Jahren, am 23. Oktober 1823, wurde Hans Kudlich als Sohn eines robotpflichtigen Bauern in Lobenstein bei Jägerndorf geboren und hat dort die Lasten der Robot frühzeitig kennengelernt.

In diesem Jahr sind 155 Jahre seit der österreichischen Bauernbefreiung im Sturmjahr 1848 vergangen.

Als Hans Kudlich im Troppauer Gymnasium studierte und seine Lernerfolge unbefriedigend waren, nahm ihn sein Vater aus dem Gymnasium und gab ihn zu einem Schuster Schöpf in die Lehre. Doch in dieser Lehre behagte es Hans Kudlich wenig, zumal der Lehrmeister von seinem Knieriemen recht ausgiebig Gebrauch gemacht haben soll. Das war noch schmerzlicher als das Studium, zu dem er nun auf seine Bitte wieder zurückkehren durfte.

Als er dann Hochschüler in Wien war, kam er gerade in die Revolutionszeit. Am 13. März 1848 zogen Studenten, unter ihnen auch Hans Kudlich, er gehörte zu der etwa 1500 Mitglieder zählenden Studentenlegion – zum österreichischen Landhaus, wo sie von der Sitzung des Landtages wichtige Beschlüsse erwarteten (Presse-, Lehr- und Gewissensfreiheit). Den Studenten schloß sich eine große Volksmenge an. Dabei wurde eine aufputschende Rede des Rebellen Kossuth aus Ungarn verlesen und damit die Erregung aufgepeitscht. Redner verlangten den Rücktritt des verhassten Reichskanzlers Metternich, Vertreibung der Jesuiten und Lösung des Bündnisses mit Rußland usw.

Als alle Vermittlungsversuche mit den Demonstranten scheiterten, marschierte Militär auf und fünf Tote lagen auf dem Pflaster. Bei den Kämpfen erhielt Hans Kudlich von einem andringenden Soldaten einen Bajonettstich in die Hand. Schon am 15. März 1848 machte Kaiser Ferdinand das Zugeständnis zu den geforderten Freiheiten, eine Konstitution. Reichskanzler Metternich mußte zurücktreten. Am 16. März hatte die „Wiener Zeitung“ das Edikt veröffentlicht, mit dem Pressefreiheit, Errichtung einer Nationalgarde und die Schaffung einer Verfassung zugestanden wurden.

Hans Kudlichs mannhaftes Eintreten für die Sache der Revolution und die Sache der Bauern brachte es mit sich, daß er bei der ersten Reichsratswahl im Wahlkreis Bennisch am 24. Juni 1848 im zweiten Wahlgang zum Abgeordneten gewählt wurde, als welcher er noch im selben Jahr die Bauernbefreiung durchsetzte.

Am 22. Juli 1848 zog er als jüngster Abgeordneter in den konstituierenden Reichstag in Wien ein. Der schlesische Bauernsohn und Wiener Student legte dem Reichstag den knapp formulierten Antrag vor: „Von nun an ist das Untertänigkeitsverhältnis samt aller dazugehörigen Rechte und Pflichten aufgehoben, vorbehaltlich der Bestimmungen, ob und wie eine Entschädigung zu leisten sei“.

In erstaunlich kurzer Zeit wurde die Grundentlastung durchgeführt, wurden mehrmals zweieinhalb Millionen Bauernstellen von allen grund-

herrlichen Lasten befreit und mehr als 540 ehemalige Besitzer entschädigt. Die Bauern dankten Hans Kudlich durch einen großartigen Fackelzug am 24. 9. 1848 auf dem Mehlmarkt in Wien, waren aber durch lange Knechtschaft furchtsam gemacht, nicht imstande, seinen weiteren Gedanken zu folgen.

Aufkommende stürmische Vorgänge veranlaßten Kaiser Ferdinand, sich nach Innsbruck zurückzuziehen und den volkstümlichen Johann mit der vollen Regierungsbefugnis zu betrauen.

In den Oktobertagen 1848 machte sich überall der Rückschritt zum alten System bemerkbar. Vergeblich suchte Hans Kudlich die Bauern zum Landsturm zu bewegen. Kudlich hat das Fehlen jeder Hilfsbereitschaft seitens der Bauern für deren Befreiung er mit allem Einsatz



Hans-Kudlich-Denkmal in Waldkraiburg.

gekämpft hatte, bis an sein Ende als die schwerste Enttäuschung seines Lebens empfunden. Anfang März 1849 wurde der Reichstag von Wien nach Kremsier verlegt, dort wurde er mit Militärgewalt gesprengt.

Kudlich war in größter Gefahr verhaftet zu werden und er entzog sich dieser Gefahr durch seine Flucht ins Ausland. Über Baden flüchtete er in die Schweiz, dort fand er freundliche Aufnahme in der Familie des Prof. Wilhelm Vogt in Zürich.

Die österreichische Regierung hatte von der Schweiz wiederholt die Auslieferung Kudlichs

gefordert, die Schweiz verweigerte sie, verpflichtete sich aber, Kudlich nach Vollendung seines Studiums zur Ausreise zu veranlassen, er hatte zwischenzeitlich zum Medizinstudium umgesattelt. Da er Luise, die Tochter seines Gastgebers, heiraten wollte, die österreichische Regierung aber die Ausstellung der notwendigen Dokumente verweigerte, schloß der Vater der Braut selbst die Ehe. 1853 verließ Hans Kudlich mit seiner Frau Europa. Er hatte sich zur kostenlosen Überfahrt nach Amerika als Schiffsarzt verdingt. Jenseits des Ozeans ließ er sich als Arzt in Hoboken bei New York nieder.

In Wien war er am 10. März 1854 wegen angeblichen Verbrechens des Hochverrats zum Tode durch den Strang verurteilt worden. Erst im Jahre 1867 wurde Hans Kudlich in Österreich begnadigt. Nach 23jähriger Abwesenheit konnte er im Frühjahr 1872 wieder in die Heimat zurückkehren. Bei zahlreichen Veranstaltungen in ganz Österreich wurde er mit Begeisterung empfangen. In dieser Zeit schrieb er auch seine dreibändigen Memoiren (Rückblicke und Erinnerungen). Er weilte in den 80er und 90er Jahren öfter zu Kuraufenthalten in Karlsbad und Teplitz-Schönau. Bei diesen Gelegenheiten besuchte er auch gerne seine Verwandten in Lobenstein.

Hans Kudlich stirbt als letzter seiner sieben Geschwister am 10. November 1917 in Hoboken, USA, im Alter von 94 Jahren.

Die irdischen Reste des Ehepaares Kudlich wurden im Oktober 1925 in der Hans-Kudlich-Warte beigesetzt. Durch Initiative des „Vereins Freunde Hans Kudlich“ wurde die Kudlich-Warte in den Jahren 1998 bis 2000 renoviert und die Urne vom Friedhof in feierlichem Umzug zur Kudlich-Warte gebracht.

Im September 2000 war die feierliche Eröffnung. Seitdem wird von keiner Heimatgruppe, die Troppau / Jägerndorf besucht, ein Abstecher zur Kudlich-Warte versäumt.

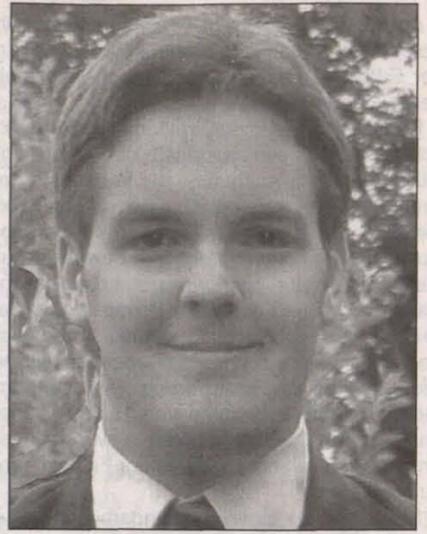
In Österreich und Tschechien gab es bis 1945 fast 50 Denkmäler, welche an den Bauernbefreier erinnerten. In den letzten Jahren wurden zehn neue Denkmäler eingeweiht. In Wien erinnert eine Gasse an Hans Kudlich. Wien verlieh ihm am 1. Mai 1872 das Ehrenbürgerrecht.

Der Bauernbefreier Hans Kudlich gehört zu den volkstümlichsten Gestalten des Sudetendeutschums.

Amerikanische Zeitungen schrieben im März 1917: „Abraham Lincoln befreite drei Millionen Sklaven, aber Hans Kudlich befreite vierzehn Millionen Sklaven“.

Gustav Reinelt / Wolfgang Titze

Denkwürdiges Klavierkonzert



Am 12. Oktober war der junge Pianist sudetendeutscher Wurzeln André Hartmann im Großen Festsaal des Waldkraiburger Adalbert-Stifter-Wohnheims zu hören. Die zahlreichen Besucher des nachmittäglichen Konzertes bekamen Besonders geboten.

Mit seinen 27 Jahren ist der Künstler längst seiner Ausbildung an der Münchener Musik-Hochschule entwachsen und bot eine technisch und musikalisch ausgefeilte Leistung.

Das Programm spannte einen Bogen vom Barock über die Klassik und Romantik bis zur Moderne in exemplarischen Werken und war gleich von Beginn an von hoher musikalischer Dichte mit dem c-Moll-Präludium aus dem Wohltemperierten Klavier von Johann Sebastian Bach. Die folgende Wiedergabe von Beethovens Mondschein-Sonate zeigte, wie Gefühl und Virtuosität, gerade im dritten Satz, eine beglückende Einheit bilden kann.

Das wurde bei Chopins cis-Moll-Walzer und dem Impromptu in cis-Moll besonders unter Beweis gestellt, und dies bestärkten noch die folgenden Wiedergaben von Mendelssohn-Bartholdys Venezianischem Gondellied und dem selten zu hörenden virtuosen Spinnerlied aus den Liedern ohne Worte.

Das umfangreiche Programm wurde von Gershwins „It's wonderful“ abgerundet, was zugleich den Einruck dieses denkwürdigen Konzertes beim Namen nennt.

7. Generalversammlung des Museums der Heimatvertriebenen

Am 11. Oktober fand die 7. Generalversammlung des Museums der Heimatvertriebenen in Vöcklabruck statt.

Der alte und neue Obmann gab einen Bericht über die beiden letzten Vereinsjahre. Die Bilanz ergab ein durchaus positives Bild. Nach der Einführung der „Tage der offenen Tür“ vor zwei Jahren konnte die Besucherzahl um 450 Prozent gesteigert werden. Das zweite Ziel, die Mitgliederzahl auf 150 zu steigern, konnte ebenfalls erreicht werden. Da der Museumsverein nur auf den Schultern der Mitglieder ruht und von keiner Institution und keinem Verband abhängig ist, ist es notwendig im Sinne des Vereinszieles – Pflege des heimatlichen Kulturgutes sowie Mahnung und Erinnerung an Flucht und Vertreibung – alle Veranstaltungen in diesem Sinne auszurichten. Das ist dank der rührigen Mitarbeiter im Vorstand ausgezeichnet gelungen und hat einen festen Platz im Kulturgeschehen der Stadt Vöcklabruck gefunden.

Aufschlußreich war eine Befragung von 405 Vöcklabruckern im Mai 2003 aller Altersstufen (über 16 Jahren) über den Bekanntheitsgrad der Vertriebenen, die entsprechend dem Zeitgeist und der Geschichtvergessenheit ausgefallen ist. 65 Prozent aller Befragten war der Begriff Donauschwaben völlig unbekannt und nur sieben Prozent wußten, woher sie kamen. Die Siebenbürger Sachsen waren für 49 Prozent kein Begriff und nur neun Prozent wußten über ihr Siedlungsgebiet Bescheid. 42 Prozent waren die Siebenbürger zwar dem Namen nach bekannt, doch Herkunft und Schicksal unbekannt, obwohl in Vöcklabruck und Seewalchen

geschlossene Siebenbürgersiedlungen bestehen. Der Begriff Sudetendeutsche war 48 Prozent unbekannt und 28 Prozent nur dem Namen nach bekannt. 16 Prozent wußten über ihre Herkunft aus Tschechien Bescheid und acht Prozent hatten von den Beneš-Dekreten mehr oder weniger Kenntnisse.

Einen Höhepunkt der Generalversammlung war die Verleihung von Ehrenmitgliedschaften an Gründungsmitglieder: Vzbgm. a. D. KR. Walter Berger, Frau Herta Schell (posthum), Herrn Anton Stabl (posthum) und Herrn Willibald Stiedl, Bezirksobmann der Sudetendeutschen Landsmannschaft.

Folgende Mitglieder wurden für die nächsten zwei Jahre in den Vorstand gewählt: Obmann: DDr. Alfred Oberwandling (Sd), Obmann Stv.: Johann Mindum (D), Schriftführer: Berta Eder (Sd), Schriftführerstv.: Katharina Schüller (SbS), Kassier: Willibald Stiedl (Sd), Kassierstv.: Johann Mathes (SbS), Kustos: Johann Eder (Sd), Kassenprüfer: Ing. Siegfried Nagl (D) und Stefan Thür (D). Beiräte: Ewa Berger (Bd), Dr. Hans Keiper (D), Maria Mathes (SbS), Ing. Mag. Horst Schuller (SbS), Ing. Manfred Stiedl (Sd), Maria Soos (SbS), Gottfried Stemmer (D). (Bd = Beskidendeutsche, Sd = Sudetendeutscher, D = Donauschwabe, SbS = Siebenbürger Sachse).

Der Obmann dankte allen Mitgliedern, die am Vereinsleben aktiv teilgenommen haben und verband damit den Wunsch, auch weiterhin dem Verein die Treue zu halten, neue Mitglieder zu werben und bat um regen Besuch der kommenden Veranstaltungen. A.O.

Übernahme von Patenschaften im „Haus der Heimat“

Liebe Landsleute, im Vorjahr war es zufolge der lange andauernden Benützung der Einrichtung notwendig geworden, für unseren Seminar-, Fest- und Gruppensaal im „Haus der Heimat“ eine neue Bestuhlung samt Tischen anzuschaffen. Dafür gab es eine Förderung, die natürlich nur zum Teil die Kosten deckte – eine große Summe gilt es noch immer zu decken. Dies ist für uns sehr schwierig. Wo soll das Geld herkommen, ohne daß die Arbeit Schaden erleidet? Aus diesem Grunde sind wir an alle Landsleute und Freunde in Österreich und im Ausland mit der Bitte herangetreten, Patenschaften für die 60 Stapelsessel samt Stuhltransportwagen und 14 Aufklapptische zu übernehmen.

Die Hilfsbereitschaft war wirklich sehr groß und wir dürfen von dieser Stelle aus nochmals allen Patenschaftnehmern – deren Namen findet man auf den Stühlen und Tischen – recht herzlich für die Großzügigkeit danken. Nach Abschluß der vorjährigen Aktion sind uns jedoch noch zwei Tische und 34 Sessel übriggeblieben, die noch keinen Paten haben.

Aus diesem Grund treten wir nochmals an Sie alle, werte Landsleute und Freunde aus dem In- und Ausland, mit der Bitte heran, übernehmen Sie eine (oder mehrere) Patenschaft(en) für

Sessel und Tische. Die Patenschaft für einen Sessel kostet 85, für einen Tisch 250 Euro. Jeder durch eine Patenschaft übernommene Sessel bzw. Tisch wird mit dem Namen des Spenders versehen – damit ist garantiert, daß jedermann ersehen kann, wer der Pate ist.

Und sollte nach Abzug der noch offenen Kosten Geld übrig sein, dann wird dieses für Anschaffungen wie Bildwerfer und sonstige notwendige Geräte sowie allfällige Reparaturen verwendet bzw. zurückgelegt. So möchten wir für eine geregelte Zukunft sorgen, was ja wohl auch in Ihrem Sinne ist.

Ein Sonderkonto steht zur Einzahlung zur Verfügung: Konto-Nr.: 7946291, Sudetendeutsche Landsmannschaft in Österreich, in 1030 Wien, bei der PSK, BLZ. 60000.

Beim Verwendungszweck bitte unbedingt angeben: „Patenschaft für 1 (oder...) Stück Sessel bzw. 1 (oder...) Stück Tische“. Bitte nicht vergessen! Wir senden Ihnen aber auch gerne einen entsprechenden Zahlschein zu. Wenden Sie sich an uns: SLÖ, Steingasse 25, 1030 Wien, Tel./Fax: (01) 718 59 19.

Unterstützen Sie bitte diese Aktion.

Mit besten landsmannschaftlichen Grüßen: Sudetendeutsche Landsmannschaft Österreich

Historiker suchen Hilfe

Die ö. Landesregierung hat, nach der Öffnung der europäischen Archive, dem ö. Landesarchiv den Auftrag erteilt, mit einem Team von namhaften Historikern die Geschichte von Oberdonau (1938 bis 1945) in Themenkreisen neu zu bearbeiten. Zum ersten Mal sollten dabei auch die inkorporierten Kreise Kaplitz und Krummau ihren Platz finden.

Krummauer und Kaplitzer des Bundes der Böhmerwälder in Oberösterreich, haben uns, Univ.-Doz. Dr. G. und Prof. W. Strobl, durch ihre Schilderungen und Berichte Mut gemacht, uns diesem Mammutunternehmen anzuschließen und ihre beiden Kreise historisch aufzuarbeiten.

Dazu bedürfen wir, neben der Kooperation von Archiven und Bibliotheken in Österreich, Deutschland und Tschechien, auch Ihrer aktiven Mithilfe. Alles, was Sie uns über den relevanten Zeitraum berichten können – schriftlich und weitgehend dokumentiert (zum Beispiel: Auszüge aus Tagebüchern, Briefverkehr von damals, Bildmaterial und Urkunden, Berichte über Wirtschaftsbetriebe, Straßenbau, politische Ereignisse aus Ihren Gemeinden, Vereinsleben...) –, aber auch weitere Kontaktanschriften können ein zusätzliches Mosaiksteinchen für unser zaghaft entstehendes Geschichtsbild abgeben. – Bitte vergessen Sie bei Ihrem Briefverkehr nicht Ihre persönliche Anschrift, Telefon- und Faxnummer.

Unsere Kontaktanschrift: Prof. Werner Strobl, A-4020 Linz, Lüfteneggerstr. 4/12, Tel./ Fax: 0 73 2 / 79 14 79.

Vorweihnachtliche Handarbeitsschau

Der Frauenkreis der Siebenbürger Sachsen lädt Landsleute und Freunde herzlich zur „Vorweihnachtlichen Handarbeitsschau“ mit Verkauf, am Freitag, 28. 11., von 12 bis 18 Uhr und Samstag, 29. 11., von 10 bis 18 Uhr (durchgehend), ins „Haus der Heimat“, Wien 3, Steingasse 25, Hoftrakt, 1. St. (Siebenbürger), ein!

Wir freuen uns auf den Besuch unserer sudetendeutschen Landsleute und aller Freunde der Siebenbürger Sachsen.

Ein ideales Weihnachtsgeschenk für junge Leute

Sie suchen ein ideales Weihnachtsgeschenk für junge Leute? Da können wir Ihnen gerne helfen! Wir machen sehr viel in Öffentlichkeitsarbeit, wozu zum Beispiel auch die Auftritte unserer Zeitzeugen in Schulen zählen. Dennoch gibt es hier bei den jungen Leuten eine Informationslücke.

Darüber hinaus ist das heutige Freizeitangebot so breit gefächert wie noch nie, und da ist eben die Befassung mit unseren Themen in den Hintergrund gerückt. Erst bei Veranstaltungen, durch besondere Anfragen, zum Beispiel über die Herkunft der eigenen Familie, durch die öffentliche Diskussion über die Beneš-Dekrete in den Medien u. v. a. m. kommen dann die jungen Leute und stellen Fragen, zu deren schnellen Beantwortung fast keine Zeit bleibt, da ja das Thema sehr umfangreich ist.

Hier können wir Ihnen helfen! Es wurde von uns eine CD-Rom über die Sudetendeutschen (Titel: 50 Jahre sudetendeutsche Jugendarbeit in Österreich) herausgebracht. Das ist unsere Antwort auf die Herausforderungen der Gegenwart. Noch vor wenigen Jahren wäre diese Dokumentation in Buchform erschienen. Aber wir haben uns niemals gegen Fortschritt und Errungenschaften der modernen Medien wie Telekommunikation und Computer gestellt, sondern es vielmehr als eine Bereicherung für die eigene Arbeit verstanden.

So entstand eine CD-Rom, die einen breit angelegten Querschnitt aus der reichhaltigen Geschichte, den kulturellen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und anderen Leistungen der Sudetendeutschen präsentiert (u. a. sind auch die Beneš-Dekrete angeführt und es sind alle Landschaften des Sudetenlandes sowie zahlreiche Städte in Bild und Ton vorgestellt!). Die Beiträge sind thematisch und chronologisch so gestaltet, daß das Schaffen der Sudetendeut-

3. Nordtreffen der Riesengebirgler: „Beneš-Dekrete gehören nicht in die EU“



CDU-Landes- u. Fraktionsvorsitzender Eckhardt Rehberg bei seinem Grußwort.

Etwa 350 Riesengebirgler – sowohl von der böhmischen als auch von der schlesischen Seite – trafen sich kürzlich an einem Wochenende zu dem vom Riesengebirgler Heimatkreis Trautenau organisierten Nordtreffen in der Hansestadt Rostock. Bei der Eröffnung begrüßte Rübezahl mit seinen Zwergen die Gäste. Im Anschluß trafen sich die Heimatortsbetreuer zu einer Gesprächsrunde, die Sangesfreudigen zu einem Singkreis, während im Saal die ersten persönlichen Begegnungen stattfanden.

Als prominentester Ehrengast der Festveranstaltung am Samstag nachmittag konnte Peter Barth, Vorstandsmitglied des Heimatkreises Trautenau, den CDU-Landes- und Fraktionsvorsitzenden von Mecklenburg-Vorpommern, Eckhardt Rehberg, begrüßen. In seinem Grußwort stellte Rehberg – ebenso wie der Vorsitzende des Riesengebirgler Heimatkreises Trautenau, Oberst a. D. Werner Haase, in seiner Festrede – fest, daß die Enteignungs- und Vertreibungsdokumente des damaligen Präsidenten Beneš, von denen sich auch die heutige Tschechische Republik nicht distanziert, nicht mit den Prinzipien der EU vereinbar sind. Rehberg würdigte das Verhalten der deutschen Vertriebe-

nen, die bereits 1950 in ihrer Charta auf Rache und Vergeltung verzichteten, aber auch heute noch vergeblich auf eine Resonanz der Vertreiberstaaten warten.

In seiner Festrede ging Haase hart mit Bundeskanzler Gerhard Schröder und Außenminister Joschka Fischer ins Gericht. Sie kämen in keiner Weise ihrer Obhutspflicht gegenüber den deutschen Vertriebenen nach. Man könne fast meinen, daß mehr die tschechischen und polnischen Interessen vertreten werden, als die des eigenen Volkes. Nur durch dieses deutsche Desinteresse ist es erklärlich, daß das Europäische Parlament von der ursprünglichen Ablehnung der Beneš-Dekrete später abwich. Haase stellte sich auch klar hinter die Forderungen des Bundes der Vertriebenen, das „Zentrum gegen Vertreibungen“ in Berlin zu errichten – auch hier keinerlei Unterstützung durch die deutsche Regierung, im Gegenteil, man solle es im Ausland, beispielsweise in Breslau / Wrocław, errichten. Viele Versöhnungsgesten der Sudetendeutschen werden zwar von einem Teil der

Bevölkerung, nicht aber seitens der Regierung wahrgenommen. Und Haase abschließend: „Wir Riesengebirgler stehen fest zu unserer Heimat, wer auch immer jetzt dort wohnt. Sie mögen es auch ihre Heimat nennen. Es wird die Zeit kommen, da die jetzt dort Wohnenden und wir von dort Vertriebenen miteinander in einer gemeinsamen Heimat leben werden. Dann ist Europa, wie ich es mir vorstelle, Wirklichkeit geworden.“ Seinen Abschluß fand der festliche Teil mit den gemeinsam gesungenen „Blaue Berge, Grüne Täler“, sowie dem Schlesierlied.

Im kulturellen Teil der Festveranstaltung, gestaltet vom Chor der Sudetendeutschen Landsmannschaft Stralsund, in einer Mundartstunde mit Vertretern der böhmischen und schlesischen Seite, am Abend beim Ball der Riesengebirgler, wurde das Anliegen der Heimatkreise deutlich, das kulturelle Erbe der Heimat zu erhalten und zu pflegen. Am Sonntag bestand die Möglichkeit der Teilnahme an einem Erntedankgottesdienst in einer Nachbargemeinde.

Peter Barth



Rübezahl mit seinen Zwergen bei der Eröffnung.

Fotos: Joachim Kruske, Stralsund

Weihnachtsmarkt und Buchausstellung in Wien

Die Sudetendeutsche Jugend lädt herzlich ein: Heuer bieten wir Ihnen an:

- * Viele selbstgefertigte Dinge, wie Gestecke, Schmuck für den Advent- und Weihnachtstisch, Kerzen, Modeschmuck, Weihnachtskarten, Stickereien, Häkelarbeiten, bemalter Glasbehälter, Keramikarbeiten usw.
- * Weihnachtsbäckereien.
- * Eine große Buchauswahl! (Ausgestellt sind Bücher sudetendeutscher, karpatendeutscher, siebenbürgischer, donauschwäbischer und natürlich auch zeitgenössischer Autoren!) Daneben gibt es auch wieder den beliebten Bücher-Flohmarkt!
- * Färbige Wappenbilder sudetendeutscher Städte und Orte, gefaßt in einem Naturbilderrahmen.

* Färbige Wappenbilder karpatendeutscher Städte und Orte.

* Sudetenland-Feuerzeuge, Autokleber und Kleingeschenke.

* Die CD „50 Jahre sudetendeutsche Jugendarbeit in Österreich“.

* Die Videokassetten „Sudetendeutsche Tage 1977 und 1983 in Wien“.

Zeit: Sonntag, 30. November, von 11.00 bis 16.00 Uhr. **Ort:** „Haus der Heimat“, Wien 3, Steingasse 25 (Hoftrakt, 2. Obergeschoß), zu erreichen mit der Straßenbahnlinie 71 – Haltestelle Kleistgasse.

Wir freuen uns sehr auf Ihren werten Besuch und laden dazu natürlich auch Ihre Freunde ein! Sie sind herzlich zu einer Tasse Kaffee und Gebäck eingeladen!

Sudetendeutsches Priesterwerk (SPW): Jahrestreffen in St. Pölten

Am 3. und 4. November d.J. trafen sich Vertreter des SPW und der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Österreich (SLÖ) im Bildungshaus St. Hippolyt.

Die Jahrestagung stand unter dem Thema „Mit den Beneš-Dekreten in die EU?“ Am Abend des 3. und nach dem Gottesdienst am 4. November wurden die für beide Organisationen wichtigen Weichenstellungen besprochen. Der Beschluß des Beitritts der CR zur EU schafft neue politische und gesellschaftliche Ausgangspositionen und neue völkerrechtliche Bedingungen und Aspekte.

Die Situation der katholischen Kirche im besonderen und die Gesamtlage im allgemeinen in unserem Nachbarland bieten noch keine ausreichende Hilfestellung zur Bewältigung anstehender Probleme im EU-Raum.

Voraussetzung einer gedeihlichen Zusammenarbeit der beiden Völker nach dem Wertmaßstab der EU ist eine Aufarbeitung der gemeinsamen ungelösten Probleme.

Mit einem Besuch der naheliegenden Heimats-tube in der Herrenhof-Passage der SLÖ-Berzirksgruppe St. Pölten schloß die anregende Begegnung.

Wirtschaftsehrung der Landsmannschaft für erfolgreichen Reifenhändler Walter John

Der Bundesverband der Sudetendeutschen Landsmannschaft in München ehrte kürzlich im Rahmen einer Feierstunde den Unternehmer Walter John aus Tetschen-Bodenbach mit Zustimmung des Staatsministers für Wirtschaft, Verkehr und Technologie des Freistaates Bayern in Anerkennung seiner Verdienste um den Aufbau unserer Wirtschaft mit der Ehrenurkunde.

Seit 1982 gibt es diese „Wirtschaftsehrung der SL“. Die Urkunde unterzeichnet jeweils der Sprecher der Sudetendeutschen und der Wirtschaftsminister des jeweiligen Bundeslandes.

Walter John ist Geschäftsführer der Firmengruppe John, die auf dem Gebiet der Reifen einen guten Namen in Deutschland und Österreich hat. Von den 27 Filialbetrieben befinden sich 18 in Österreich. Beschäftigt sind 300 Mitarbeiter. Das zweite Standbein – mit 180 Mitarbeitern – ist die Kunststoffproduktion von Spiel- und Sportartikeln, vor allem von Bällen.

Ein Blick zurück

1926 gründete Albin John in Tetschen-Bodenbach einen Betrieb mit Handel und Reparatur von Auto-Bereifungen. 1935 wurde die Produktion von runderneuerten Reifen aufgenommen. 1948 – nach der Vertreibung aus dem Sudetenland – startete Albin John zum zweiten Mal in Freilassing / Bayern mit Reifen John. Der Kunststoffbereich mit der Produktion von Spiel- und Sportartikeln begann 1954. Und 1965 wagte man den Schritt der Gründung von Reifen John Österreich in Salzburg. Schließlich übernahmen 1972 die Söhne, Hans und Walter John, die Betriebe. 1983 wird Reifen John Mitgesellschafter der Team-Reifen-Union / BRD. Die Eröffnung des neuen Runderneuere-Werkes in Freilassing folgte 1997 und 2001 konnte das gesunde Familienunternehmen das 75-Jahr-Jubiläum feiern.

SLÖ-Vertretung gratulierte

SLÖ-Bundesobmann Gerhard Zeihsel und Bundeskulturreferent Dr. Dkfm. Günther Heimradtke ließen es sich nicht nehmen, als Österreich-Vertreter an der erhebenden Feier in Freilassing teilzunehmen. Aber auch Lm. Herbert Mai, der SLÖ-Landesobmann vom Landesverband Salzburg, der beste Kontakte mit den angrenzenden bayrischen SL-Gruppen hält, reihte sich in der zahlreich gekommenen Gratulanten-schar ein. Eine zünftige bayerische Stubenmusik führte durch die Feierstunde, die Obmann Peter

Mühlbauer von der SL-Traunstein eröffnete und die Treue der Familie John zur SL und zur Heimat dankbar würdigte.

Der 1. Bürgermeister von Freilassing, Josef Flatscher, würdigte das wirtschaftliche und gesellschaftliche Engagement der Johns seit über fünf Jahrzehnten in der Stadt. Die Sudetendeutschen haben sich die Bezeichnung als vierter Stamm Bayerns mit viel Arbeit und Fleiß verdient.

Der Staatssekretär für Wirtschaft, Hans Spitzner MdL, betonte in seiner ausgezeichneten Rede, daß in den fünfziger Jahren jeder 6. Industriebetrieb in Bayern von Vertriebenen – und meist Sudetendeutschen – gegründet wurde. Er erinnerte an die mit der heutigen Zeit unvergleichlich viel aussichtsloseren Ausgangsbedingungen und den großen Optimismus, den diese Pioniere für die Wirtschaft aufbrachten. Und dazu gehörte auch Albin John. Als vorbildlich bezeichnete er auch die gelöste Nachfolgerfrage durch die Einbindung der dritten Generation – heutzutage schon keine Selbstverständlichkeit mehr.

Die Laudatio hielt Bernd Posselt, MdEP und

Bundesvorsitzender der SL in Deutschland, brillant und kompetent. Er stellte den sudetendeutschen Unternehmergeist, der sich bei der Unternehmerfamilie John beispielhaft zeigt, in den Vordergrund. Aber auch der stete Kontakt zur Volksgruppe und zur SL bezeichnete er als vorbildhaft. Dann folgte eine weite heimatpolitische Betrachtung der Lage der Volksgruppe, im Angesicht der Aufnahme der Tschechischen Republik in die EU.

Anschließend die Übergabe der Ehrenurkunde an Walter John, der sich in seiner Dankesrede im Namen der Familie und im Gedenken an den verstorbenen Vater Albin und Bruder Hans freut. Die Verbindung zur SL, der Kunde als König und der Zusammenhalt der Familie bleiben die Verfolgung einer bewährten Tradition. Es folgte ein gemütliches Beisammensein beim Mittagessen, wo man auch die Möglichkeit des Kontaktes mit der charmannten Salzburger Gattin des Chefs und anderen Familienmitgliedern nützte.

Die Frage zum Abschluß: Wird es so etwas auch in Österreich geben? Erfolgreiche sudetendeutsche Betriebe gäbe es!



Wirtschaftsehrung Walter John, Freilassing – Urkundenübergabe. Walter John (M.), Hans Spitzner (r.), Bernd Posselt (l.). Im Hintergrund auf der Staffelei Albin John † (r.) und verdeckt Hans John † (l.).

Ausstellung: Gregor J. Mendel, der Begründer der Vererbungslehre

An der Universität für Bodenkultur beim Institut für Pflanzenzüchtung, 1190 Wien, Gregor-Mendel-Straße 33, ist bis 30. November eine Ausstellung über den Begründer der Vererbungslehre, Gregor Johann Mendel, zu sehen. Die während der Dienststunden geöffnete und von der Wiener Gregor-Mendel-Gesellschaft betreute Ausstellung ist zweisprachig – Deutsch und Tschechisch.

Gregor Mendel ist einer der berühmten Söhne des viel weniger bekannten Kuhländchens, einem Landstrich im nördlichen Mähren und südlichen Sudetenschlesien. Als Mendel im Jahre 1822 geboren wurde, war ihm der spätere Ruhm nicht in die Wiege gelegt. Ein Unfall seines Vaters zwang zur Aufgabe des elterlichen Bauernhofes, die Ausbildung des begabten Sohnes überstieg die nun beengten Finanzverhältnisse. Johanns Schwester Theresia verzichtete auf einen Teil ihres Erbes und eröffnete ihm damit den Weg zu einer fundierten Ausbildung. Gregor Mendel hat ihr dies nie vergessen und seinerseits ihren Söhnen das Studium ermöglicht.

Mendel trat 1843 dem Augustinerorden in Brunn bei. Das Kloster war ein Hort der Wissenschaft und Forschung, die ideale Umgebung für den wißbegierigen jungen Mann. Das Wissen von der Vererbung war zu seiner Zeit vage und weitgehend spekulativ. Mendels großes Verdienst war es, mit systematischen Versuchsreihen und exakten Beschreibungen Gesetzmäßigkeiten festzustellen. Ohne es so zu benennen, entdeckte er die Existenz der Gene. Doch die Zeit war noch nicht reif für Mendels Erkenntnisse, seine Forschungen wurden nicht rezipiert.

1868 wurde Mendel zum Abt und Prälaten des Augustinerklosters gewählt und beendete seine wissenschaftlichen Forschungen weitgehend. Bis zu seinem Tod im Jahre 1884 war er stark von den politischen und gesellschaftlichen Verpflichtungen seines neuen Amtes beansprucht.

Erst 1900 stießen zeitgleich und unabhängig voneinander drei Wissenschaftler auf seine Arbeiten und erkannten ihren Wert. 1909 wurde der Begriff „Gen“ für die Mendelschen „Merkmale“ eingeführt, hundert Jahre nach Mendels Tod wurde die chemische Natur des Gens, die DNA, nachgewiesen.

Heute werden in die Genetik große Hoffnungen gesetzt; zugleich aber ruft sie wie kaum eine andere Wissenschaft zahlreiche Ängste hervor. Vom Umgang des Menschen mit der neuen Fähigkeit zur Genmanipulation wird das Schicksal von Millionen abhängen. Da kann es durchaus hilfreich sein, sich an den bescheidenen Mönch zu erinnern, der am Anfang dieser neuen Wissenschaft stand und sich zu fragen, wie er zu den aktuellen Entwicklungen stehen würde?

Das Geburtshaus Mendels in Heinzendorf / Vrané steht noch. Eine tschechisch-deutsche Stiftungsinitiative hat das Haus gekauft, ein kulturelles Zentrum für die Region soll dort entstehen. Das Haus soll eine Ausstellung über das Kuhländchen und eine über Gregor Mendel beherbergen, darüber hinaus aber Platz bieten für Sonderausstellungen und für Veranstaltungen, von Konzerten bis zu Diskussionsrunden.

Die Wanderausstellung „Gregor Johann Mendel“ kann kostenlos entliehen werden. Informationen beim SLÖ-Bundesverband.

Tschechen schnallen den Gürtel enger

Den Gürtel enger schnallen sollen künftig auch die Tschechen. Die Tschechische Republik ist verschuldet, eine Reform der öffentlichen Finanzen soll Linderung bringen. Das Reformpaket sieht eine Änderung der Altersgrenze für den Rentengang der Frauen von bisher 60 auf 63 Jahre vor. Die Zeit des Studiums soll künftig nur noch zu 80 Prozent auf die Rente angerechnet werden und nur bis zu sechs Jahren nach Vollendung des 18. Lebensjahres, das Erziehungsgeld sowie die Lohnfortzahlungen im Krankheitsfall sollen gesenkt werden.

5. Niederösterreichischer Jugendkongreß in St. Pölten

Am Mittwoch, dem 3. Dezember, findet in den Sälen des Landhauses in St. Pölten der 5. Niederösterreichische Jugendkongreß, mit Beginn um 8.30 Uhr, Ende um 16.30 Uhr, statt. Eingeladen sind dazu junge Leute zwischen 14 und 19 Jahren (die Fahrtkosten für öffentliche Verkehrsmittel werden ersetzt: Wiesel-Bus-Info: 0 27 42 / 36 09 92, ÖBB-Info: 05 / 17 17 und Bus-Info: 01 / 71 1 01. Dringende Anmeldungen (mit Geburtsdaten, Beruf, Schule) bis spätestens 21. November, an die niederösterreichische Landtagsdirektion, Landhausplatz 1, 3109 St. Pölten, bzw. via E-mail: post.landtagsdirektion@noel.gv.at (spätere Anmeldungen – dazu bitte unbedingt dort unter der Tel.-Nr. 0 27 42 / 90 05 / 12 4 31 erfragen!) Nach der Eröffnung gibt es verschiedene Arbeitsgruppen (Was bringt uns die EU? – Werte und Grundrechte in der Europäischen Verfassung; Zukunftschancen und Niederösterreich in der EU und was

Krampuskränzchen im „Haus der Heimat“

Am Samstag, dem 6. Dezember, findet das bei jedermann sehr beliebte Krampuskränzchen im „Haus der Heimat“, Wien 3, Steingasse 25, Hoftrakt, Großer Festsaal (Erdgeschoß), statt. Beginn ist um 20 Uhr, Einlaß ab 19.30 Uhr, Ende um 1 Uhr.

Zum Tanz spielt uns diesmal der „Evergreen-Hans“. Es gibt warme und kalte Speisen sowie Getränke zu moderaten Preisen.

Wir laden dazu alle tanzbegeisterten älteren Landsleute, die mittlere Generation, die jungen Leute und insbesondere auch die früheren Mitglieder der Sudetendeutschen Jugend und der Sudetendeutschen Jungmannschaft – jetzt Arbeitskreis Südmähren – recht herzlich ein und freuen uns auf recht zahlreichen Besuch.

Der Krampus kommt auch heuer wieder bestimmt und verteilt die Päckchen (bitte solche für Freunde und Angehörige mitbringen und deutlich mit dem Namen des zu Beschenkten versehen!).

Aus Vorbereitungsgründen wird unbedingt um Platzreservierung bei der Sudetendeutschen Jugend, 1030 Wien, Steingasse 25, Telefon und Fax: (01) 718 59 13, beziehungsweise persönlich bei den Jugendfunktionären (zum Beispiel bei Rogelböck, Tel. / Fax: (01) 888 63 97, von 17 bis 19 Uhr) ersucht.

Auch sind alle Freunde von Euch und aus der Umgebung Wiens recht herzlich eingeladen. Der Krampus rasselt schon!

Ein Abend mit Adalbert Stifter

Das Adalbert-Stifter-Jahr 2005 kündigt sich an. Adalbert Stifter wurde vor zweihundert Jahren in Oberplan im Böhmerwald, geboren. Mit seinen zwei Bänden des Romanes „Witiko“ schuf Stifter ein Werk, das auch heute noch seine Wurzeln, seine Liebe zur deutschen Heimat im Böhmerwald und zu seinem deutschen Volksstamm, zeigt.

In Verbundenheit zu Stifters Wirken und als Träger des Namens Witiko, führte der Witiko-Bund AKOÖ am Dienstag, dem 28. Oktober 2003, im Linzer Ursulinenhof einen Adalbert-Stifter-Abend mit dem Sudetendeutschen Singkreis durch.

Der literarische / musikalische Abend über Stifter und seine Böhmerwaldheimat wurde durch Frau Konsulent Liselotte Sofka-Wollner vorbereitet und vom Sudetendeutschen Singkreis sehr stimmungsvoll mit einem Liederzyklus aus dem Böhmerwald umrahmt.

Des Dichters Werke und sein Leben wurde in Prosa und in Gedichten aus Stifters „Die Mappe meines Urgroßvaters“ durch Prof. Horst Rudolf Übelacker mit einer ausgezeichneten Lesung gewürdigt.

Als Obmann des Witiko-Bundes AKOÖ, konnte GR Robert Hauer zahlreiche Gäste, darunter die FPÖ-Gemeinderäte OSR, Prof. Starzengruber und Dr. Traxlmayr begrüßen, sowie Kam. Zahorka zu seinem 80. Wiegefest gratulieren.

Mit zwei Gedichten von Michael Wollner, vortragen durch Josef Nohel, über Adalbert Stifter aus den Jahren 1938 und 1948, fand dieser bis auf den letzten Platz besetzte Adalbert-Stifter-Abend des Witiko-Bundes AKOÖ seinen Ausklang.

haben wir der EU zu sagen?). Hier ist für uns die erste Arbeitsgruppe wichtig, geht es doch hier um Menschenrechte und Werte – stehen da die Beneš-Dekrete einer Aufnahme Tschechiens und der Slowakei entgegen? Dies als kleiner Hinweis. Um 12 Uhr gibt es einen Empfang durch Präs. Mag. Freibauer. Anschließend kann man mit den einzelnen Vertretern des Landtages diskutieren. Der Tag endet mit einem Plenum über die Beratung der Ergebnisse und einer Diskussion und eine Beschlußfassung. Um 16.45 Uhr ist Heimreise.

Wir sind sehr daran interessiert, daß sich auch aus unseren Reihen und aus den Reihen der Kinder bzw. Enkelkinder der Landsleute sowie aller am sudetendeutschen Problem interessierten jungen Leute dazu anmelden – in der Schule bekommt man dazu entsprechend frei. Gebt uns nach dem Kongreß bitte die Ergebnisse und Eure Meinung dazu bekannt!

Sommerlager 2004 in Kaindorf bei Hartberg in der Steiermark

Allen interessierten Landsleuten und Eltern, deren Söhne und Töchter sowie allen jungen Leuten können wir schon jetzt mitteilen, daß das Sommerlager 2004 vom 10. bis 27. Juli in Kaindorf bei Hartberg in der Oststeiermark, nahe des Stubenbergsees, stattfinden wird.

In dieser bestimmt sehr schönen Landschaft steht uns eine Schule, wo wir alle untergebracht sind, zur Verfügung. Es werden auch wieder Zelte für die Zeltbegeisterten aufgestellt. Für Romantik ist wieder bestens gesorgt und wir werden dort bestimmt eine erlebnisreiche Woche durchführen.

Der Lagerbeitrag wird etwas günstiger als heuer liegen (zirka € 145,-), es wird versucht, die Fahrtkosten mit der Bahn und dem Bus zu ersetzen. Eingeladen sind wieder Kinder und junge Leute im Alter von zirka 7 bis 16 Jahre aus ganz Österreich – auch die Freunde der Kinder können mitmachen!

Schon jetzt kann man sich dafür anmelden: Bei der Sudetendeutschen Jugend Österreichs, Steingasse 25, 1030 Wien, Telefon / Fax: (01) 718 59 13, mit Angabe der Geburtsdaten und einer telefonischen bzw. Fax-Erreichbarkeit.

Es werden wieder sudetendeutsche Kinder aus Böhmen und Mähren, karpatendeutsche Kinder aus der Zips / Slowakei und siebenbürgisch-sächsische Kinder aus Siebenbürgen / Rumänien zur Teilnahme von uns eingeladen.

Für die fünf Kinder und eine erwachsene Begleitperson aus Siebenbürgen suchen wir wieder Gasteltern, die bereit sind, diese für eine Woche (vom 17. bis 24. Juli) aufzunehmen. Alle sind krank- und unfallversichert. Bitte um dringende Meldungen bei uns – die Vorbereitungen müssen schon jetzt getätigt werden.

Wir erwarten uns aus jedem Bundesland und von jeder sudetendeutschen Gliederung Teilnehmer an unserem Sommerlager 2004.

Sudetendeutscher Advent – Adventsingens

Der seit Jahren bei jedermann sehr beliebte „Sudetendeutsche Advent“ – eine schöne, kulturell-besinnliche Veranstaltung – wird heuer am Sonntag, dem 30. November, im Großen Festsaal, im Erdgeschoß des „Hauses der Heimat“, in Wien 3, Steingasse 25, begangen. Begleiten Sie uns in eine besinnliche Stunde ohne dem sonst üblichen Advent-Kitsch!

Am gleichen Tag laden die Sudetendeutsche Landsmannschaft und die Sudetendeutsche Jugend zum Adventsingens ein. Im Großen Saal, Erdgeschoß, Beginn ist um 16 Uhr – Einlaß ab 15.30 Uhr.

Ab 11.00 Uhr ist im 2. Stock der Adventmarkt der Jugend und der Flohmarkt des Frauenarbeitskreises geöffnet.

Der Eintitt ist frei, Spenden werden erbeten.



Bund der Nordböhmern und Riesengebirge in Wien

Am 13. September fand für uns die erste Zusammenkunft nach der Sommerpause statt. Obmann Dieter Kutschera begrüßte mit Elan und Humor die erschienenen Landsleute und überbrachte die Grüße der am Kommen Verhinderten. Nach der Verlautbarung der wichtigen Termine für die nächste Zeit, wie die Sudetendeutsche Woche in der Lugner-City und den Sudetendeutschen Heimattag in Klosterneuburg, verlas er die Geburtstagskinder der Sommermonate und vom September. Da Frau OSR Augusta Wohl ebenfalls unter den Beglückwünschten war, brachte sie uns sogleich ein Gedicht über das Älterwerden von Trude Marzik zu Gehör. Dann aber stand dem Plaudern und Erzählen nichts mehr im Wege und das gemütliche Beisammensein dauerte bis in die frühen Abendstunden. Der „harte Kern“ aber hielt noch etwas länger durch, um einige Geburtstagskinder bei einem Gläschen Wein hochleben zu lassen. – Sudetendeutsche Woche im Einkaufszentrum Lugner-City in Wien: Am Samstag gab es eine Trachtenschau, Volkstanzvorführungen und eine literarisch-musikalische Reise durch das Sudetenland. Auch in der darauffolgenden Woche machten wir die Besucher nicht nur durch die Ausstellung, sondern auch mit Klöppeln und Eierkratzen und jeden Abend mit der Vorstellung einer unserer Heimatgruppen auf uns aufmerksam. Nordböhmern war am Mittwoch an der Reihe, und Susanne Svoboda präsentierte die einzelnen Landschaften, vom Mittelgebirge über Elbetal, Niederland, Iser- und Riesengebirge, bis zum Braunauer Ländchen, mit ihrer Tochter Inge Oehler, Mag. Susanna Hoffmann und Klaus E. Adam mit kurzen Geschichten, Gedichten und Anekdoten. Ein Chor sang dazwischen Volkslieder aus Nordböhmen, und auch die Trachten der verschiedenen Landschaften wurden vorgestellt. – Angefangen bei der Zusammenstellung der Ausstellung, über Trachtenschau bis zur Gestaltung einiger Abende, war Susanne Svoboda federführend. Am Sonntag, 21. 9., fand in Klosterneuburg der Sudetendeutsche Heimattag statt und in dessen Verlauf wurde unserer Susanne Svoboda für ihre langjährige verdienstvolle Arbeit als Referentin für Trachten- und Volkstumspflege die Dr.-Lodgman-Medaille, die höchste Auszeichnung der SL, von RA Dr. Reinfried Vogler, dem stellv. Bundesvorsitzenden der SL, verliehen. Wir gratulieren Susanne ganz herzlich zu dieser Ehrung und freuen uns mit ihr. – Heimatabend am 11. Oktober. Heute konnte der schon einmal

angesetzte Vortrag von Prof. Kirchberger „Mit dem Postschiff nach Norden“ gehalten werden, nachdem wegen Erkrankung von Prof. Kirchberger der Vortrag verschoben werden mußte. Obmann Dieter Kutschera begrüßte den Vortragenden und ebenso alle Besucher und Gäste des Heimatabends. Außerdem ergingen Glückwünsche an die Geburtstagskinder im Monat Oktober. – Mit dem Postschiff nach Norden (Prof. Kirchberger): 1893 wurde eine Schifffahrtlinie von Bergen nach Norden eingerichtet. Das erste Dampfschiff, die Vesteraalen, verließ Trondheim am 2. Juli 1893 in Richtung Hammerfest (der nördlichsten Stadt Europas). Für die Menschen entlang der norwegischen Küste war dies eine wesentliche Erleichterung ihrer Situation. Vorher konnte es bis zu drei Wochen im Sommer und fünf Monate im Winter dauern, bis ein Brief von Trondheim nach Hammerfest gelangte, heute dauert es einen Tag. Über 70 verschiedene Schiffe sind im letzten Jahrhundert diese Route gefahren. In der Anfangszeit verkehrten die Schiffe nur im wöchentlichen Rhythmus. Später wurden immer mehr Häfen der Route hinzugefügt und seit 1936 starten täglich Schiffe von Bergen bis Kirkenes. Norwegen kann man auch mit dem Postschiff erleben. Diese Reise gilt als die schönste Seereise der Welt. Die Fahrt beginnt in der alten Hansestadt Bergen und endet in Kirkenes, dem Wendepunkt der Seereise nahe der russischen Grenze. Im Verlauf der Reise werden interessante Attraktionen angelaufen, wie zum Beispiel der „Geirangerfjord“ mit dem Wasserfall, genannt die „Sieben Schwestern“ und den „Troll Stigen“. Der Polarkreis wird bei Bodø überquert und ein Ausflug zum „Svatisen“, dem zweitgrößten Gletscher Norwegens, ist möglich. Die Lofoten, eine wunderschöne Inselwelt, Hammerfest, die nördlichste Stadt Europas und auch die Insel Magaröya mit dem Nordkap werden angelaufen. Auf dieser Reise ist die Hauptattraktion die unvergleichbare Natur der norwegischen Landschaft, die vom Schiff aus sehr angenehm betrachtet werden kann. Das Schiff fährt stets in Küstennähe. Durch den milden Golfstrom kann das ganze Jahr über gefahren werden, alle Häfen sind eisfrei. Im Sommer ist die Hauptattraktion die Mitternachtssonne, im Winter kann mit etwas Glück das mystische Nordlicht beobachtet werden. Die Hurtigrouten-Flotte betreiben derzeit elf Schiffe. Der Vortrag zeigte eine Reihe Dias mit den genannten Attraktionen, die einen guten Einblick in die norwegische Landschaft während der Schiffsreise gewährte. Dieter Kutschera bedankte sich beim Vortragenden und beendete den Heimatabend. – Beim Heimatabend am 8. November wurden die Gäste, insbesondere Frau Dr. Janisch und Bundeskulturreferent Günther Heim-Radtke, von Obmann Dieter Kutschera begrüßt. Glückwünsche ergingen an die Geburtstagskinder im Monat November. – Wichtige Termine: 29. 11., 16 Uhr, „Haus der Heimat“, 1030 Wien: Peter Barton von der Geschäftsstelle Prag der Sudetendeutschen Landsmannschaft in München spricht über seine Begegnungen und Erfahrungen bezüglich der SL in Prag. – 30. 11., ab 11 Uhr, im „Haus der Heimat“, 1030 Wien, Adventnachmittag – 11 Uhr: Flohmarkt, 16 Uhr: Adventsingens mit Susanne Svoboda. – 6. 12., „Haus der Heimat“, 1030 Wien: Krampuskranzchen der Sudetendeutschen Jugend. – 13. 12., 15 Uhr, im Gasthaus Eder: Vorweihnachtliche Stunde. – Als Intermezzo zum Vortrag von Mag. Susanna Hofmann las Frau OSR Wohl aus „Gedanken über den Kaffee“ von Trude Marzik. – Emailbilder von Mag. Susanna Hofmann: Email ist ein Glasfluß aus Silikaten zusammengestellt und wird auf Metall in Pulverform aufgetragen. Im Umgang mit den Bildern muß man sehr vorsichtig sein. Fällt ein Bild auf den Boden, springt der Email ab und das Bild ist kaputt. Die älteste Technik ist der Grubenschmelz, wobei in Kupfer Gruben gestochen werden, die aber eine starke Belastung für die Hände darstellt. Mag. Susanna Hofmann macht vorwiegend Corsomär-Email, auch Zellenschmelz genannt. In Linien werden die Metallfäden eingearbeitet. Davon gibt es zwei Ausführungen. In der einen sind die Metallfäden stehend, das heißt die Zellen sind sichtbar und die Metallstäbe sind nicht geschliffen. Es gibt Opake, undurchsichtige Farben und durchsichtige Farben. Eine weitere Ausführung ist ohne eingelegte Stäbe mit gelegtem Pulveremail. Gebrannt wird mit 880 bis 1000 Grad Celsius in verschiedenen Schichten. Auch die Rückseite muß wegen des Spannungsausgleiches emailiert sein. Emailiert wird auf Elektrolyt-Kupfer, das hochwertigste Kupfer, oder auf Silber, besser auf Feinsilber, um das Schwarzlaufen zu vermeiden, oder mindestens 22 Karat Gold. Auch in den Farben sind Gold oder andere teure Materialien enthalten. Daraus erklärt sich der hohe Preis der Bilder. Das Email-Kunsthandwerk ist ein elitäres Kunsthandwerk und wird in der ganzen Welt geschätzt. Es ist mehr als 3000 Jahre alt, ausgehend von Ägypten, China, Japan und Indien. In Österreich ist dieses Handwerk rückläufig und wird an der Universität nicht mehr gelehrt. – Mag. Susanna Hofmann ist bildende Künstlerin und gestaltet Emailbilder. Sie gehört der Gruppe „Kreativ International“, einer internationalen Vereinigung mit über hundert Emailkünstlern an, mit Sitz im Kloster Himmarot, Nähe Trier. Diese Gruppe wurde vom Bürgermeister in St. Petersburg eingeladen, um ihre Werke in einer Ausstellung zu zeigen. Im Rahmen dieser Ausstellung war es möglich,

St. Petersburg sehr genau zu besichtigen und ein Video zu gestalten, welches uns von Mag. Hofmann gezeigt wurde. Das Video zeigt viele Details innerhalb der wunderbaren Bauwerke von St. Petersburg, die man nur mittels Führungen zu Gesicht bekommen kann. Mag. Susanna Hofmann zeigte einige sehr detailliert gestaltete Arbeiten unterschiedlicher Techniken von höchster Präzision in der Ausführung. Obmann Dieter Kutschera dankte der Künstlerin für ihren Vortrag.

Herta Kutschera / Ing. Friedrich Schebor

Zwittauer und Müglitzer in Wien

Unser erster Heimatabend nach der Sommerpause war, wie alljährlich, im Oktober. Am 24. 10. waren noch mehrere Mitglieder teils im Süden am Meer, sowie auch in ihren Sommerwohnungen in Niederösterreich. Erst zu Allerheiligen kommen alle nach Wien zurück. Obmann Dir. Karl Fordinal berichtete über den Sudetendeutschen Heimattag, der am 21. September in Klosterneuburg stattgefunden hatte – die Ansprache hielt RA Vogler aus Deutschland. Die Präsidentin der Deutschen in Böhmen, Irene Kunc, hatte bei der Landesversammlung gesagt, daß die Aufhebung der Benes-Dekrete nicht mehr im Vordergrund steht. (Die Gedanken sind frei!) Eine kleine Entschädigung sollte bei den Pensionszeiten bei den Heimatverbliebenen angerechnet werden. – Termine: Am 26. 11. sollte bei unserem Heimatabend der Film: „700 Jahre Schönhengstgau, Schicksal in der Mitte Europas“ gezeigt werden. Diese Veranstaltung wurde auf das Frühjahr 2004 verschoben. Im „Haus der Heimat“ findet am Samstag, dem 30. 11., um 16 Uhr, das Adventsingens statt. Unsere Weihnachtsfeier, zu der alle Landsleute herzlich eingeladen sind, ist Samstag, dem 13. 12., wie immer im Vereinslokal. Freunde und Gäste sind herzlich willkommen. – Geburtstag feiern folgend angeführte Landsleute, wir gratulieren und wünschen vor allem Gesundheit und Zufriedenheit: Frau Wilma Elschka (Dittersbach), 81 Jahre am 1. 12.; Frau Frieda Aigner, (Ob. Heinzendorf), 87 Jahre am 3. 12.; Lm. Stephan Fauska (Bohnau), 84 Jahre am 3. 12.; Frau Maria Ille (Müglitz / Wien), 82 Jahre am 5. 12.; Frau Helene Fibinger (Zwittau), 84 Jahre am 6. 12.; Frau Aloisia Both (Triebsitz), 81 Jahre am 19. 12.; Frau OSR. Gertraud Lorenz (Zwittau), 82 Jahre am 19. 12.; Frau Dir. Elisabeth Hueber (Wien), 75 Jahre am 21. 12. Frau Ida Schmid (Wien / Rothmühl), 84 Jahre am 24. 12. – Wir freuen uns, zwei Jubelpaaren gratulieren zu können, die wir hochleben lassen und auf deren Gesundheit wir das Glas erheben! OSR. Robert Schmid aus Oberheinzendorf und Ehefrau Ida, geb. Haberhauer, aus Rothmühl, sind seit 60 Jahren verheiratet. Sie feiern am 29. 11. die Diamantene Hochzeit. Und D. H. Werner Johann mit Gattin Luise aus Mohren haben die Diamantene Hochzeit am 25. 10. gefeiert. – Trauerfall: Das aus Müglitz stammende Mitglied Frau Martha Bertgen, geb. Cubitschek, verstarb im 97. Lebensjahr in Kritzendorf und wurde im Familiengrab auf dem Friedhof Stammersdorf beigesetzt. Sie ruhe in Gottes Gnade und Frieden. Waltraut Herwei

Mährisch Trübauer in Wien

Obwohl der Heimatabend am 16. Oktober nur einige Tage nach unserem Herbstausflug stattfand, waren alle gekommen, um wieder ein paar gemeinsame Stunden in gemütlicher Runde zu verbringen. Nach der Begrüßung durch unseren Obmann OProk. Franz Grolig las Lm. Ing. Anton Grolig ein Gedicht von Nikolaus Lenau, eines von Peter Dint und das tröstliche „Gebet“ von Marianne Kohler. Es war der Übergang zu einem kurzen Nachruf zum plötzlichen Tod am 2. 10. 2003 zu unserer Hanni Zoubek, geb. Truppler. Wie unfassbar es für uns alle ist, bewiesen die vielen Freunde und Bekannten, die sie auf ihrem letzten Weg begleiteten. Das fröhliche Lachen und ihre muntere Lebensart werden uns sehr fehlen. – Nach einigen besinnlichen Augenblicken ging der Obmann wieder zum offiziellen Teil über und beglückwünschte unsere Geburtstagsjubilare zu ihrem Ehrentag: Dipl.-Ing. Harald Haschke (2. 10. 1938), Med.-Rat Dr. Walter Honisch-Wachter (7. 10. 1922), Dr. Günter Tschepel (20. 10. 1941), unsere Edith Keck, geb. Korkisch (21. 10. 1926), sowie unsere Maria Neubauer, geb. Rauscher, sie feierte am 12. 10. ihren 85. Geburtstag und erhielt zu diesem Festtag ein süßes Präsent. Anschließend sprach der Obmann über das erfolgreiche 58. Treffen der Porstendorfer Heimatgruppe in der Bundesrepublik, über die Totenandacht am 1. 11. in der Augustinerkirche, das am 8. 11. in Klosterneuburg stattfindende Niederösterreichisch-Sudetendeutsche Volkstanzfest und empfahl das von unseren Priestern verfaßte Buch über die Vertreibung im Schönhengstgau. Ein für uns besonders wichtiger Termin ist jedoch der 28. 11.: Da kommt eine Abordnung aus Göppingen nach Wien, um uns den sehenswerten Film „700 Jahre Schönhengstgau in der Mitte Europas“ vorzuführen. Zum Abschluß unseres Heimatabends las Prof. Franz Negru über Reichenau, das 1750 zum Wallfahrtsort erhoben wurde und seine Gattin Ilse gab „Heiteres“ über das Gnadenbild in Reichenau zum Besten.

Gedenken an Gerald Hellebrand



Gerald Hellebrand ist am 25. Oktober 2003 verstorben.

Im Jahr 1926 wurde er in Tetschen an der Elbe bei Mährisch Trübau geboren und wurde, so wie die ganze Familie, nach 1945 aus der angestammten Heimat vertrieben.

Die Familie kam nach verschiedenen Stationen in Österreich nach Sankt Florian bei Linz und Gerald nach seinen Studien in Innsbruck und Wien 1958 nach Wels. Er heiratete seine Hanna, die in unserer Musik- Tanz- und Spielschar aktiv war und gründete eine Familie. – Seine Kinder bereiteten ihm große Freude.

Als Mittelschulprofessor am Welser Gymnasium fand er seine neue Tätigkeit. Durch seine musikalische Begabung erwarb er sich bald große Anerkennung, sowohl im Gymnasium als auch privat, und hier fand er viel Freude, sowohl im Kammerorchester als auch in der Schönhengster Sing- und Spielschar. Viele Musik- und Liedsätze der Volkskunst aus unserer Heimat tragen seinen Namen.

Mit seiner Schwester Trude Derschmidt und mit Prof. Josef Lidl gründete er 1954 die Schönhengster Sing- und Spielschar, die 2004 das fünfzigjährige Jubiläum feiert. Diese Initiative ist bis heute das Fundament dieser Gruppe. Die Nachkommen in der zweiten und dritten Generation pflegen nach wie vor Lieder, Volkstänze und Musikstücke aus unserer Heimat Sudetenland. Ganz besonders sind uns die gemeinsamen Auftritte bei den Sudetendeutschen Tagen, bei verschiedenen internationalen Veranstaltungen in Österreich, in Deutschland, Schweden und England in Erinnerung, wo Gerald mit seinem musikalischen Talent diese Auftritte umrahmte und bereicherte.

Nicht nur in unserem Welser Freundeskreis hinterläßt Du eine Lücke, auch im Schönhengster Heimatbund. Bei vielen Themen und Gesprächen gabst Du uns Halt für die Anforderungen der heutigen Zeit und in vielen Diskussionen lebte Deine positive Haltung für die Zukunft. So suchtest Du in den letzten Jahren öfters Deine ehemalige Heimatstadt Mährisch Trübau im Schönhengstgau und knüpfst auch Kontakte mit den dort verbliebenen Landsleuten und dort Lebenden in der Begegnungstätte.

Lieber Gerald, Du bist von uns gegangen, aber nicht aus den Herzen. Wir danken Dir für all Deinen Einsatz und für Deinen Beitrag zur Erhaltung der kulturellen Werte unserer Volksgruppe, unserer Gemeinschaft und unserer Freundschaft.

Dein Geist lebt! Gerald, wir danken Dir!

Othmar Schaner

Herbstausflug. Reiseziel für unseren Herbstausflug war das nördlichste Waldviertel. Zuerst ging es durch das weitläufige Weinviertel, das sich mit den abgeernteten Feldern in herblicher Stimmung zeigte, Richtung Horn. Dann schwenkten wir in das romantische Engtal des Kamp mit den Burgsiedlungen ein und hörten Wissenswertes über die Wallfahrtskirche Maria Dreieichen. Leicht erklommen wir – erstmals unter der geschickten Führung einer Frau am Steuer des Busses – den Manhartberg und strebten über das wellige Urgesteinsplateau Raabs an der Thaya zu. Nur kurz erfuhren wir vom Reiseleiter von der wechselvollen Geschichte der auf einem Fels am Zusammenfluß der deutschen und der mährischen Thaya thronenden Burg. Im Prämonstratenserstift Geras, das wir schon von einer früheren Fahrt her kannten, genossen wir eine fachkundige Führung durch die Prunkräume und konnten die weiträumige Anlage, an dessen Kunstwerk Mungenast und Troger mitwirkten, bewundern. Genau wurde die Geschichte des Ordens und die wirtschaftliche Nutzung der großen Besitzungen des Stifts erörtert. Die Fahrt ging anschließend durch das naturgeschützte Thayatal zum Städtchen Drosendorf. Der Grenzzort ist eine Dreiangersiedlung mit erhaltener mittelalterlicher Befestigungsanlage und engen, alten Stadtoreinfahrten zum Marktplatz, den barocke Bürgerhäuser zieren. Die Mittagsrast hielten wir in einem Landgasthof. Den nächsten Kunstgenuß erlebten die 25 unentwegten Landsleute nach der Fahrt entlang der tschechischen Grenze bei schönstem Herbstwetter in der alten Grenzfeste Riegersburg. Das Geschlecht der Khevenhüller herrschte hier lange. Und schon neigte sich der schöne, erlebnisreiche Tag dem Ende zu, als wir zügig über den Weinort Pulkau, die Bezirksstadt Eggenburg, mit mittelalterlichen Bauresten, dem Sgraffitohaus und dem bekannten Krahuletzmuseum mit prähistorischen Sammlungen, heimwärts strebten. In Maissau hielten wir noch einmal Rast und genossen bei einer Brettjause in geselliger Runde ein Gläschen Wein. Unserem Obmann sei für Vorbereitung und reibungslose Durchführung der interessanten Veranstaltung aufrichtiger Dank gesagt.

Gertrud Irlweck / Prof. Franz Negrin

Mähr. Ostrau – Oderberg, Friedek und Umgebung

Allen unseren Mitgliedern und Freunden der Heimatgruppe gebe ich heute bereits bekannt, daß die diesjährige „Vorweihnachtliche Stunde“ am Donnerstag, 4. Dezember, um 16 Uhr, im „Haus der Heimat“, Steingasse 25, 1030 Wien, stattfindet. Das „Haus der Heimat“ erreichen Sie mit der Straßenbahnlinie 71 bis zur Kleiststraße und gehen zur Steingasse vor. Unsere Feier wird im 2. Stock, im großen Saal, abgehalten. Mit dem Aufzug zu erreichen. Wir wollen Ihnen auch heuer wieder mit Gesang, Adventgedichten und Lesungen einen feierlichen, schönen Nachmittag bereiten und hoffen auf zahlreichen Besuch. Lm. Seidler wird uns wieder mit Speisen und Getränken an die Hand gehen. Die Landsleute bitten wir um Bäckerreien und Obst. Danke im voraus. – Auf Ihr Kommen und ein Wiedersehen freuen sich Johanna von Etthofen und der übrige Vorstand.

Nordmähren

Nach der Sommerpause fand im Oktober wieder ein Heimatnachmittag statt. Die Veranstaltung war gut besucht und Obmann Ing. Baschny konnte außer Mitgliedern auch Gäste, wie die Schriftstellerin Frau Marie Elbe mit Gatten und einige Herren vom Magistrat, begrüßen. Auch die Gattin des Bundesobmannes verbrachte den Nachmittag bei uns. Wir hoffen, es hat unseren Gästen gefallen und sie kommen wieder. – Herr Horst Mück (Sudetendeutsches Dokumentationsarchiv Wien) und Bundeskulturreferent Dr. Heim-Radtke gaben einen genauen Bericht über die zahlreichen Veranstaltungen in der Lugner-City während der „Sudetendeutschen Woche“, über den Heimattag in Klosterneuburg sowie über die Gedenkstunde im Parlament anlässlich des 85. Jahrestages der Provisorischen Nationalversammlung im Jahre 1918, bei der Reichsratsabgeordnete aus Böhmen, Mähren und Schlesien ihr Bekenntnis zu Österreich ablegten. – Nach der Politik folgte noch ein gemütliches Beisammensein mit Bewirtung. Bedanken möchten wir uns noch bei Frau Elbe für den selbstgemachten Apfelstrudel, der allen Anwesenden gut schmeckte. – Wir treffen uns wieder am 24. November, im „Haus der Heimat“, in 1030 Wien, Steingasse 25, um 15 Uhr. E. L.

NIEDERÖSTERREICH

St. Pölten

Freitag, 21. November, ab 14 Uhr, im Gasthaus Graf, St. Pölten, Bahnhofplatz, traditioneller literarischer Nachmittag mit Gastautorin Helga Panagl, Kirchstetten. Eintritt frei. (Eine gute Gelegenheit, von der Autorin signierte Bücher zu erwerben – zum Beispiel für Geschenkzwecke.) Im Anschluß daran, um

18 Uhr, Gedenkgottesdienst an die Opfer der Vertreibung 1945/46 in der Prandauerkirche in St. Pölten. – Vorschau auf die SLÖ-Adventfeier in St. Pölten: Freitag, 19. Dezember, ab 14 Uhr, im Pfarrsaal der Josefskirche in St. Pölten-Süd, Eingang Kranzbichlerstraße. Da die Stadtäle derzeit geschlossen sind und das Raumangebot im Gasthaus Graf für unsere Feierstunde zu klein ist, weichen wir dieses Jahr in den genannten Pfarrsaal aus. Kaffee, Getränke und kleine Imbisse werden zum Selbstkostenpreis abgegeben. Alle Damen, die bei der Ausrüstung unserer Adventfeier (Tische decken, Kaffee kochen, servieren, etc.) mithelfen wollen, melden sich bitte rechtzeitig bei Familie Schaden, Tel. 0 27 42 / 71 9 67.

OBERÖSTERREICH

Vöcklabruck

Liebe Landsleute, zum Treffen am 12. Oktober kamen fast alle unsere Getreuen. Darunter auch Lm. DDR. Oberwandling, der u. a. als Obmann des Heimatmuseums die Verdienste unseres Obmannes Willi Stiedl für das Museum hervorhob, welche durch die Verleihung der Ehrenmitgliedschaft des Heimatmuseums besonders belohnt wurden. Näheres wolle aus dem Bericht in der „Sudetendpost“ Nr. 20 dieses Jahres, Seite 10, entnommen werden. Den Dankesworten wollen wir uns alle anschließen und auch Herrn DDR. Oberwandling für seine Ausführungen herzlich danken. Bevor zum gemütlichen Teil übergegangen wurde, gratulierte Willi unter Applaus noch den Oktober-Geborenen: Lm. Ulli Burger am 1., Lm. Gudrun Mathura am 3., Lm. Olga Sprinzi am 5. und Lm. Anna Hanreich am 19. – Das nächste Treffen fand am Sonntag, dem 9. 11. statt. Als Termin für die Weihnachtsfeier wurde Montag, der 8. 12. (Maria-Empf.) geplant. – Zunächst aber auf Wiedersehen am Sonntag, dem 9. 11., im Gasthaus Obermeier. HK

Gmunden

Wie alljährlich, trafen wir uns zu Allerseelen bei der Gedenkstätte am Platz der Sudetendeutschen, um der Toten zu gedenken, wo sie auch immer ruhen. Eine Kerze wurde entzündet! Ing. Siegfried Kletzander erwähnte in seiner Rückschau die beiden Verstorbenen, welche wir im heurigen Jahr zu beklagen haben. Weiters auch die 54 Toten, die bei einer friedlichen Demonstration für das Selbstbestimmungsrecht am 4. März 1919 erschossen wurden, die Gefallenen beider Weltkriege und die 241.000 Opfer, die bei der gewaltsamen Vertreibung 1945/46 ihr Leben lassen mußten. Mit einem „Vaterunser“ und dem Zitat „Ein gütiger Gott hat uns in die Freiheit geführt“ wurde die Gedenkstunde beendet. – Zur Adventfeier am Donnerstag, dem 11. Dezember, um 14 Uhr, im Festsaal des Josefsheimes, laden wir alle recht herzlich ein. Bereits am Vortag werden die Tische festlich geschmückt und die notwendigen Vorbereitungen zum Gelingen des vorweihnachtlichen Nachmittages getroffen. Wir hoffen auf zahlreichen Besuch. Herlinde Lindner

Verband der Böhmerwälder in Oberösterreich

Am 17. Oktober 2003 ist Frau Hildegard Hofko, Gattin unseres langjährigen Ausschußmitgliedes Josef Hofko in Pasching, Langholzfeld, im 83. Lebensjahr nach schwerer Krankheit verstorben. Sie blieb ihrer Böhmerwaldheimat stets verbunden und hat zusammen mit ihrem Gatten immer gerne an allen unseren Veranstaltungen teilgenommen. Wir danken ihr für diese Heimmattreue.

Freistadt

Zu unserem Heimatnachmittag im Gasthof Deim in der Böhmergasse am Sonntag, dem 26. Oktober, konnte unser BOM HR Dipl.-Ing. Walter Vejvar wieder viele Mitglieder, Gäste und Freunde begrüßen. Es ließen sich einige Mitglieder entschuldigen. Zu Beginn hatte der BOM noch einige Mitteilungen: Am 29. November, um 10 Uhr, findet die Landeshauptversammlung in Linz statt. – Wie bereits in der „Sudetendpost“ angekündigt, findet in Linz, im Ursulinenhof, in der Zeit vom 20. bis zum 30. November die Ausstellung „Odsun – die Vertreibung der Sudetendeutschen“ statt. – Unsere Adventfeier findet am 8. Dezember, um 14 Uhr, im Gasthaus Deim statt. Eigene Einladungen folgen. – Unser Stammtisch (jeweils am 2. Mittwoch im Monat, ab 19 Uhr) war am 12. November im Gasthaus „Zum Pinguin Paul“. – Es lagen Einladungen der Zitherrunde für das Konzert am 9. November, um 16 Uhr, in der Arbeiterkammer, auf. Nach der Debatte über die letzten politischen Meldungen verlas unser BOM die Geburtstage vom Oktober und November. – Der Videofilm von Johann Gärtner „Kein schöner Land – die Geschichte der Sudetendeutschen“ war sehr interessant. Er brachte die Geschichte Böhmens von der Gründung bis zur Vertreibung der Sudetendeutschen, sachlich und ohne Haß. Die anschließende Diskus-

sion war rasch im Gange, da ja genug eigene Erlebnisse aus Kriegstagen und der anschließenden Vertreibung zu erzählen waren. Das dann folgende gemütliche Zusammensein war etwas kurz. Mit den besten Wünschen fürs Heimkommen und die Zukunft war auch dieser Nachmittag zu Ende. Helga Kriegel

Steyr



Jedes Jahr – seit 1961 – findet an der Gedenkstätte für die Toten der Heimatvertriebenen am Allerheiligentag eine Feier statt. Dieses Mahnmal wurde damals unter der Obmannschaft unseres Ing. Leo Rollinger von der Stadtgemeinde Steyr errichtet. Die Bezirksamtsgruppe der Sudetendeutschen Landsmannschaft Steyr hat seither die Erhaltung und Pflege übernommen. Wir erinnern uns noch gut an die Feiern, bei denen der Sudetendeutsche Männerchor Steyr an der Gestaltung mitwirkte. Unser Dank gilt auch der Stadtgemeinde Steyr, die unsere Feier immer wieder durch die Teilnahme ihrer VertreterInnen würdigte. Eine große Bereicherung ist aber die traditionelle – seit über vierzig Jahren – musikalische Umrahmung durch die Stadtkapelle Steyr, für die ihre Teilnahme offensichtlich als Ehrenpflicht gilt. Seit der Angliederung der Gruppe Steyr an die Sudetendeutsche Landsmannschaft Enns-Neubronn kommen auch Landsleute von dort zu unserer Feier. Seit einigen Jahren hat sich jedoch noch eine weitere Tradition eingeführt. Herr Alfred Bäcker, Bundesobmann-Stellvertreter der Sudetendeutschen Landsmannschaft Österreich und Geschäftsführer des Felix-Ermacora-Instituts in Wien, hält die Gedenksprachen, die bei den Anwesenden auf großes Interesse stoßen. Er und seine liebe Frau pflegen auch immer wieder Kontakte zum hiesigen Kameradschaftsbund, zu Vertretern des Österreichischen Bundesheeres und der Studentenverbindungen Eysn zu Steyr, die unsere Feiern besuchen und bereichern. – Werden die Feiern auch noch stattfinden, wenn es die Erlebnisgeneration nicht mehr gibt? Wer gedenkt dann der Toten der Heimatvertriebenen? Norbert J. Fischer

Wels

Herzliche Glückwünsche allen unseren Geburtstagskindern im Monat November: Frau Helma Maria Reim, geb. am 1. 11. 1931; Frau Irene Wuschko, geb. am 2. 11. 1922; Frau Elisabeth Matejka, geb. am 5. 11. 1925; Frau Berta Wimmer, geb. am 9. 11. 1925; Herrn Walter Gross, geb. am 10. 11. 1921; Frau Leopoldine Schwarz, geb. am 10. 11. 1910; Frau Katharina Weber, geb. am 12. 11. 1917; Frau Maria Sadleder, geb. am 14. 11. 1919; Frau Maria Bregartner, geb. am 28. 11. 1927. Alles Gute, Gesundheit und eine erfüllte Zeit.

KÄRNTEN

Villach

Frauen- und Familienkreis: Wir trafen uns am 5. Oktober im Hotel „Post“ und gedachten unserer Toten mit einem einfühlsamen Gedicht und einer in unsere Heimat führenden Geschichte. Die Gedenktage betrafen den zwar in Wien geborenen, aber sudetendeutscher Herkunft, weltweit bekannten Verhaltensforscher Konrad Lorenz, gleichermaßen den Komponisten Franz Schubert, den Böhmerwaldlicher Hans Watzlik, den Brückenbauer Franz Gebauer und die Gründung des Deutschen Kulturverbandes in der CSR. Bei den aktuellen Themen ging es um den Fall Oldrich Stransky, der seiner Ämter enthoben wurde, weil er zu freundlich zu uns Sudetendeutschen war, aber auch um das sehr positiv bewertete Buch von Peter Glotz „Böhmen als Lehrstück“, und um verschiedene noch heuer stattfindende Ausstellungen. Lebhaftige Diskussionen folgten. – Unsere nächste Zusammenkunft ist am Mittwoch, dem 3. Dezember, wieder um 14.30 Uhr, im Hotel „Post“. Dazu und zur Samstag, dem 13. Dezember, 14.30 Uhr, in der Orangerie des Hotels „Post“ stattfindenden Adventfeier sind alle Landsleute und Freunde herzlich eingeladen. D. Thiel

Klagenfurt

Trachtengruppen und Fahnenabordnungen der Sudetendeutschen, Donauschwaben, Untersteirer und Mießtaler, Gottscheer, Kanal-

taler und Siebenbürger Sachsen nahmen in der bis auf den letzten Platz besetzten Heiligengeistkirche vor dem Altar zu ihrem 39. Dank- und Gedenkgottesdienst aufstellung. Prälät Dr. Stanislaus Cegovnik begrüßte die Landsmannschaften und stellte seine Predigt unter das Motto „Eine Botschaft des Friedens“. Er sprach von der Sehnsucht nach der Geborgenheit in der alten Heimat. Geborgenheit sei mit einem Füreinander verbunden. In der modernen Zeit sei aber nicht mehr der Platz für das Miteinander und Füreinander. Deshalb sei die Bereitschaft der Heimatvertriebenen umso höher einzuschätzen und zu würdigen, sich für die Gemeinschaft einzusetzen. Dr. Cegovnik wünschte, daß die Heimatvertriebenen nunmehr diese Geborgenheit in der neuen Heimat gefunden haben. Seine Fürbitten galten den vielen Menschen, die aus der Heimat vertrieben wurden, eine neue Heimat aber nie erreichten. Mit den Heimatvertriebenen gedachten u. a. Landtagsabgeordnete Dieline Kreutzer, GR. Peter Steinkellner, KLM-Obmann Konrad Ing. Sepp Prugger der vielen Opfer. Musikalisch umrahmt wurde der Gottesdienst vom Frauenchor „Harmonie“. Mit dem gemeinsam gesungenen Lob- und Danklied „Großer Gott, wir loben dich“ klang der feierliche Gottesdienst aus. Gerda Dreier

TIROL

Kufstein

Wie alljährlich am Sonntag nach Allerheiligen, fand auch am Sonntag, dem 9. November, um 8.30 Uhr, nach der heiligen Messe die Segnung aller Gedenkkapellen unterhalb des Kalvarienberges in Kufstein statt. Auf dem Kalvarienberg steht das Andreas-Hofer-Denkmal, rings um den Kalvarienberg die Gedenkkapellen von Bundesheer, Tiroler Kaiserjäger, Tiroler Schützen, Feuerwehr, Turnverein und der SLÖ-Ortsgruppe Kufstein. – Aufgrund des kalten Wetters, durch schwere Erkrankungen und der weiten Entfernung der Wohnorte einzelner Mitglieder – zirka 80 Prozent gehören der Erlebnisgeneration an – war die diesjährige Teilnehmeranzahl etwas geringer als in den Jahren zuvor.

Innsbruck



Ein großes Lob an unsere Frauenrunde in Innsbruck, die sich regelmäßig am letzten Donnerstag im Monat im Café Lamprechter in der Innsbrucker Altstadt trifft (siehe Foto oben). Bei Kaffee und Kuchen werden nicht nur die Veranstaltungen im Rückblick und vorausschauend besprochen, auch die Unterhaltung kommt nicht zu kurz. – Damit auch die Männer den Frauen nicht nachstehen, wurde eine Männerrunde gegründet, die sich nun immer zur gleichen Zeit im Café Sacher trifft. Leider ist der Besuch zur Zeit noch schwach, wir hoffen aber in Zukunft auch auf rege Teilnahme. Der nächste Termin ist am Donnerstag, dem 27. November, im Café Lamprechter für die Frauen, bzw. im Café Sacher für die Männer. Siegfried Schwarz

STEIERMARK

Bezirksgruppe Graz

Unser nächstes Treffen findet am 18. November 2003 in der „Gösser“ um 15.00 Uhr statt. Unsere Landsleute aus Graz und Umgebung sind herzlich dazu eingeladen. Dr. Helge Schwab

Judenburg

Am 18. November d. J. feiert Obfrau Traude Wallner, geb. Henke, gebürtig aus Schönlinde, Kreis Rumburg, dem ehemaligen Sudetenland, mit ihrem Gatten Hermann das Fest der „Diamantenen Hochzeit“. Das Jubelpaar hat sich in Schönlinde kennengelernt und hat im Jahre 1943 noch in der alten Heimat geheiratet. Wehrmachtangehörige, welche damals in Prag stationiert waren, sind für einen Kameradschaftsabend nach Schönlinde abkommandiert worden, um dort mit sudetendeutschen Landsleuten zusammenzukommen. Durch die Einquartierung im Haus Henke und den geselligen Abend haben sich Traude und Hermann gefunden. – Im Büro der Speditionsfirma ihrer Eltern

mußte Traude schon als junges Mädchen fleißig im Büro mitarbeiten. Dabei ist aber auch die Freizeit nicht zu kurz gekommen. Oft hat sie mit ihren Freundinnen einen Spaziergang auf den Steinhübel gemacht oder die Jugend ist ins Kino, oft aber auch ins „Deutsche Haus“ zum Tanzen gegangen. – Durch das Verständnis ihres Gatten hat sich die Obfrau stets für die Belange der Landsmannschaft eingesetzt und ist ihren Landsleuten immer mit Rat und Tat zur Seite gestanden. Durch ihre Heirat Österreicherin geworden, hat sie nach 1945 mit persönlichem Einsatz, mit Schwung und Elan, ihr Hab und Gut teilweise nach Österreich transportieren können. – Der Gatte ist nach dem Kriegseinsatz in Finnland und Carelien gesund wieder in die Steiermark zurückgekommen. Über Kapfenberg, Oberzeiring und Judenburg hat er 1957 als Dachdeckermeister seine Firma gegründet, was nach dem Krieg mit etlichen Schwierigkeiten verbunden war. Seine Gattin hat ihn dabei in allen Belangen, sei es im Büro, als auch in der Familie, tatkräftig und selbstlos unterstützt. Der Ehe entsprossen vier Söhne, drei Schwiegertöchter arbeiten im Betrieb und auf die neun Enkel und ein Urenkelkind sind die Großeltern besonders stolz. Vor etlichen Jahren legte das Ehepaar den Betrieb in die Hände ihrer drei Söhne (der vierte Sohn lebt und arbeitet in München), welche hier in Judenburg drei qualifizierte Unternehmen führen. Nun genießt das Ehepaar schon lange den wohlverdienten Ruhestand. Die Bezirksgruppe und ihre Mitarbeiter gratulieren recht herzlich zum sechzigsten Ehejubiläum. Mit einem kräftigen „Glück auf“ für weitere schöne Lebensjahre – die Judenburger Landsleute! – Bei unserem am Donnerstag, dem 6. November stattgefundenen Heimatnachmittag fand die offizielle Ehrung im Kreise unserer Landsleute statt. Mit einem berührenden Gedicht, vorgetragen von Eva Maria Strieder, die erst vor kurzem mit ihrer Mutter Maria Theresia Kampe / Anderlik, geb. in Lauterbach bei Zwittau, zu uns gestoßen ist und eine Verjüngung für unsere Bezirksgruppe ist.

DEUTSCHLAND

Nikolsburg-Geislingen

Allen Geburtstagskindern im Monat Dezember herzliche Glückwünsche, besonders unseren Jubilaren: (92) am 31. 12. Ignaz Schulreich. (90) am 13. 12. Dr. Hans Schmeidl. (75) am 6. 12. Franz Surger, am 22. 12. Maria Pretsch (Fritsch). (70) am 12. 12. Eberhard Ruthardt. (50) am 10. 12. Rudolf Wojatschek. (45) am 8. 12. Klaus Rieder. – Diamantene Hochzeit feiern am 31. 12. Ludwig und Elisabeth Keller. Ludwig kommt aus Neuß am Rhein und Elisabeth, eine geb. Friedrich, aus der Schweinbarther Straße 42. Geheiratet wurde 1943 in Nikolsburg. Die heutige Anschrift: Birkenstraße 36, D-41466 Neuß am Rhein. Die Nikolsburger wünschen noch viele schöne gemeinsame Jahre!

Sektion Sudeten des Deutschen Alpenvereins e. V.

Zum diesjährigen Jahresabschluß der Sektion Sudeten Ende Oktober hatte unser Hüttenwirt Friedel Warolly in sein Haus „Seerose“ in St. Ulrich am Pillersee (Tirol) eingeladen. Das Pillerseetal hatte sich zum Empfang der Teilnehmer in ein Winterparadies verwandelt. Herrlicher Sonnenschein, eine geschlossene Schneedecke bei Temperaturen unter Null, ließ die Herzen der Wintersportfreunde schon zu dieser Jahreszeit höher schlagen. Die Teilnehmer ohne Funktion kleideten sich winterfest, schnürten ihre Wanderstiefel und konnten die Lofers Steinberge erkunden. Bei den Vorstandsmittgliedern ging es gleich zur Sache. Jahresabrechnung mit dem Hüttenwirt und Planung für das kommende Jahr waren Hauptthemen. Erfreulich für die Sektion, daß der „Jahrhundert-Sommer“ so viele Besucher auf die Hütte lockte, daß fast die Kapazitätsgrenze erreicht wurde. – Die Besprechungen konzentrierten sich dann auf die zwei wichtigsten Ereignisse: „Jahreshauptversammlung am 20. März 2004 mit Neuwahlen in Esslingen und das 75jährige Hüttenjubiläum vom 23. bis 25. Juli 2004 in Kals am Großglockner und auf unserer Hütte. – Während zum „Ersten“ alle wieder ins Boot finden, steht auch der Rahmen für das Jubiläum. Beginnend mit einer Feierstunde am Freitag, dem 23. Juli, in Kals mit vorgeschaltetem Diavortrag „75 Jahre Sudetendeutsche Hütte“, am Samstag eine Meß- und Gedenkfeier mit anschließendem Hüttenaufstieg zur sonntäglichen Bergmesse und danach mit geselligem Abschluß. Eine Festschrift mit Bildern und als Führer in der Region wird in größerer Stückzahl aufgelegt und angeboten. Erfreulich ist auch auch, daß der Hüttenwirt weiter dabei ist und daß der Anbau und die Technik sich bewährt haben. Größere Anstrengungen erfordert aber noch das Wegenetz, das durch die vergangenen Unwetter stark gelitten hat. Bestens umsorgt, nach einer gemeinsamen Wanderung, sagte man dem „Haus Seerose“ und dem schönen Pillerseetal am Sonntag nachmittag Adieu.
Herbert Sieber



DIE JUGEND BERICHTET

Jugendredaktion 1030 Wien, Steingasse 25, Tel. / Fax 01 / 718 59 13
Internet: www.sdjoe.at E-Mails: office@sdjoe.at

Bundesverband

Der sozialdemokratische Ministerpräsident von Tschechien, Vladimir Spidla, hat erklärt, daß auch künftig nicht mit der SL verhandelt wird, und die Eröffnung des SL-Kontaktbüros in Prag bezeichnete er als „kontraproduktiven“ Schritt. Diese Haltung kann nicht als demokratisch bezeichnet werden – diese ist mehr als chauvinistisch. Davon sollte man aber in Tschechien schon die Nase voll haben – die zwanziger- und dreißiger Jahre des vorigen Jahrhunderts, mit Masaryk, Benes und Konsorten, sind doch eigentlich längst vorbei. Oder doch nicht? Leider hat der „Demokrat“ Spidla nichts aus der Geschichte gelernt – für ihn sollte das mehr als bedauerlich sein und damit auch für sein Land! Wenn man einen gerechten Ausgleich haben will – und die Betonung liegt auf „gerecht“ –, dann muß man für alle Seiten offen sein, aber das scheint sich bis Prag noch nicht herumgesprochen zu haben. Aber daß man das Geld von der EU nach dem Beitritt nehmen wird – und da ist auch Etwas von den vertriebenen sudetendeutschen Landsleuten dabei – das geniert Herrn Spidla nicht, es stinkt ja nicht und hat kein Mascherl! Norwegen und Island haben sich gemeinsam mit Liechtenstein gegen eine Aufnahme Tschechiens in den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) – es ist dies der wirtschaftliche Zusammenschluß der 15 EU-Mitgliedsstaaten und den restlichen EFTA-Staaten mit allen Vorteilen usw. – ausgesprochen. Es stehen da noch die Benes-Dekrete im Weg, die zum Beispiel die Nichtherausgabe der liechtensteinischen Besitzungen betreffen. Norwegen und Island haben damit mehr Mut bewiesen als zum Beispiel Deutschland und zum Teil auch Österreich, von den anderen EU-Mitgliedsländern ganz zu schweigen! Vielleicht gibt es deshalb noch ein wenig Umdenken, wir hoffen es, aber wir glauben nicht daran – denn es zählen nicht die Menschenrechte in der EU, sondern nur die wirtschaftlichen Vorteile. Ob man damit jemals auf einen grünen Zweig in Europa kommen kann? – Sommerlager 2004: Das Sommerlager für Kinder und junge Leute von sieben bis 16 Jahre aus ganz Österreich, findet vom 10. bis 17. Juli in Kaindorf bei Hartberg in der Steiermark statt, wo uns beste Möglichkeiten zur Verfügung stehen. Teilnehmerbeitrag 145 Euro, die Fahrtkosten mit einem Bus ab Wien werden ersetzt. Anmeldungen werden ab sofort bei der Sudetendeutschen Jugend, Steingasse 25, 1030 Wien, Tel./Fax: (01) 718 59 13, unter Angabe der Geburtsdaten, entgegengenommen! Werte Großeltern – hier ein guter Tip: Wie wäre es mit einem Sommerlagerplatz als Weihnachtsgeschenk für die Enkelkinder? – 21. und 22. Februar 2004: Schmeisterschaften der SdJÖ und SLÖ in Lackenhof am Ötscher in Niederösterreich, für Teilnehmer aus ganz Österreich! Bitte vormerken und rechtzeitig anmelden.

Landesgruppe Wien

Zusammentreffen jeden Mittwoch ab 19 Uhr im „Haus der Heimat“, Wien 3, Steingasse 25, Hoftrakt, 2. OG, für junge Leute aus ganz Wien. Da wir des öfteren zu unseren Veranstaltungen alle Generationen – das heißt auch die mittlere und ältere Generation – einladen, empfiehlt es sich, auch die Jugendspalte genau zu lesen und dann die „Sudettenpost“ an die eigene jüngere Generation in der Familie weiterzugeben. Nur so ist eine genau Information für die jungen Leute möglich. – Sonntag, dem 30. November, ist im „Haus der Heimat“ viel los: Von 11 bis 16 Uhr finden der Weihnachtsmarkt und die Buchausstellung im 2. Obergeschoß statt und ab 16 Uhr wird im Großen Festsaal im Erdgeschoß der „Sudetendeutsche Advent“ mit Adventsingen – mit Beteiligung der SdJ-Kinder- und Singgruppe – durchgeführt. Wir erwarten bei beiden Veranstaltungen zahlreichen Besuch! – Das Krampuskränzchen der Sudetendeutschen und deren Freunde findet am Samstag, dem 6. Dezember, im Großen Festsaal des „Hauses der Heimat“, Wien 3, Steingasse Nr. 25, statt. Der Krampus freut sich auf zahl-

reiche Beteiligung – um Tischreservierung wird gebeten. Jedermann ist herzlich eingeladen – wir verweisen auf die Ankündigung im Zeitungsinneren.

Landesgruppe Niederösterreich

Das Volkstanzfest in Klosterneuburg wurde wieder ein großer Erfolg – dazu mehr auf den Vorderseiten dieser Zeitung. – Wir sind zum Krampuskränzchen am 6. Dezember in Wien, im „Haus der Heimat“, recht herzlich eingeladen – alle Freunde aus unserem Bundesland, vor allem aus der Umgebung Wiens sind aufgerufen, dieser Einladung Folge zu leisten. Ein schönes Tanzfest steht Euch allen bevor. – Dies gilt auch für den Besuch des Weihnachtsmarktes und des „Sudetendeutschen Advents“ am 30. November! – Achtung, Achtung! Am Mittwoch, dem 3. Dezember, findet in den Sälen des Landhauses in St. Pölten der 5. Niederösterreichische Jugendkongreß von 8.30–16.30 Uhr statt. Eingeladen sind dazu junge Leute zwischen 14 und 19 Jahren (Die Fahrtkosten mit öffentlichen Verkehrsmitteln werden ersetzt. Dringende Anmeldungen (mit Geburtsdaten, Beruf, Schule) bis spätestens 21. November an die niederösterreichische Landtagsdirektion, Landhausplatz 1, 3109 St. Pölten, bzw. via E-mail: post.landtagsdirektion@noel.gv.at (spätere Anmeldungen – dazu bitte unbedingt dort unter der Tel.-Nr. 0 27 42 / 90 05 / 12 4 31 erfragen). – Nach der Eröffnung gibt es verschiedene Arbeitsgruppen. Um 12 Uhr gibt es einen Empfang durch Präs. Mag. Freibauer. Anschließend kann man mit den einzelnen Vertretern des Landtages diskutieren. Der Tag endet mit einem Plenum über die Beratung der Ergebnisse, Diskussion und einer Beschlussfassung. Um 16.45 Uhr Heimreise. – Wir sind sehr daran interessiert, daß sich auch aus unseren Reihen und aus den Reihen der Kinder bzw. Enkelkinder der Landsleute sowie alle am sudetendeutschen Problem interessierten jungen Leute dazu anmelden – in den Schulen bekommt man dazu entsprechend frei. Gebt uns nach dem Kongreß die Ergebnisse und dazu Eure Meinung bekannt. Bitte unbedingt die Ankündigung im Zeitungsinneren lesen! – Nochmals verweisen wir auf die Schach-Landesmeisterschaften für Schüler, Jugend und Junioren. Auskunft in Euren Schulen oder Gemeinden – oder auch bei uns!

Landesgruppe Oberösterreich

Vom 20. bis 30. November findet im Landeskulturzentrum im Ursulinenhof in Linz eine große Vertriebungs-Ausstellung statt. Die Ausstellung unter dem Namen „Odsun“ zeigt sehr eindrucksvoll das Schicksal der Vertriebung 1945/46 und findet im Ursulinenhof an der Linzer Landstraße, täglich von 10 bis 18 Uhr, bei freiem Eintritt statt. Jedermann – auch die junge und mittlere Generation – ist sehr herzlich zum Besuch eingeladen. Nehmt dazu auch Eure Freunde und Bekannten mit, interessiert andere Menschen dafür – es lohnt sich bestimmt. Für alle Anfragen werden Zeitzeugen zur Verfügung stehen, die all Eure und Ihre Fragen beantworten werden! – In allen Gruppen der Sudetendeutschen Landsmannschaft werden in den nächsten Wochen besinnliche Weihnachtsfeiern durchgeführt, wo sich sicherlich auch viele Kinder und junge Leute aktiv beteiligen werden. Wir hoffen, daß viele Landsleute zu diesen Veranstaltungen kommen werden. Wichtig sind aber diese Feiern auch für uns, denn wir benötigen unbedingt neue Anschriften von Kindern und Jugendlichen, um die Jugendarbeit entsprechend vertiefen zu können, wie zum Beispiel das Sommerlager. Alle Amtswalter sind aufgerufen, die Namen und Geburtsdaten sowie die Anschriften der teilnehmenden Kinder und jungen Leute – ab zirka fünf Jahre aufwärts – festzuhalten und dann an die Sudetendeutsche Jugend (an Rainer Ruprecht, Johann-Strauß-Straße 9, 4600 Wels, und eine Kopie an den Bundesverband der SdJÖ, Steingasse 25, 1030 Wien) zu senden. Vergessen Sie bitte aber nicht auf uns und auf

diese Aktion. Bitte vormerken: Die Volkstanzgruppe Böhmerwald Linz veranstaltet am Samstag, dem 24. Jänner 2004, ihr großes Volkstanzfest im Festsaal des neuen Rathauses in Linz-Urfahr!

Arbeitskreis Südmähren

Unsere Hauptversammlung ist sehr gut verlaufen und es wurden Weichen für eine gute Zukunft gestellt. Insbesondere wurden auch die kommenden Veranstaltungen vorgestellt und besprochen, und schon jetzt laden wir all unsere Freunde sowie alle Landsleute recht herzlich ein, daran teilzunehmen! Freitag, 21. November: Ball der Niederösterreicher in Wien – Leopoldfeier im Parkhotel Schönbrunn, Wien 13., bei der Kennedy-Brücke. – Merkt Euch folgende Termine vor: Sonntag, 30. November: Weihnachtsmarkt, Buchausstellung und „Sudetendeutscher Advent“ im „Haus der Heimat“. – Dienstag, 2. Dezember: Heimstunde im „Haus der Heimat“ unter dem Motto „Advent und Nikolo daheim“, Beginn um 19.30 Uhr. – Samstag, 6. Dezember: Krampuskränzchen im „Haus der Heimat“, Wien 3, Steingasse 25 – das ist ein Muß für alle Freunde! – Samstag, 13. Dezember: 16.30 Uhr, „99er-Gedenkmesse“ in der Votivkirche. – Dienstag, 16. Dezember: 19.30 Uhr: Letzte Heimstunde im Jahr – „Südmährische Weihnacht“!

Gutes Benehmen ist wieder gefragt

Mit netten Worten kann man meist mehr erreichen als mit starken!
1. Ich habe keine Zeit. – Geht es Ihnen auch so, daß die Zeit oft fehlt?
2. Krieg'n S' noch was? – Hätten Sie noch einen Wunsch?
3. Sagn's ... – Könnten Sie mir bitte sagen...
4. Höm's auf! – Vielleicht könnten wir eine kleine Pause machen.
5. Da werden die aber keine Freude haben! – Hoffentlich ist niemand enttäuscht!

SPENDENKONTO

Bankverbindungen: Österreich: Sparkasse Linz, Kto.-Nr. 28135, BLZ 20320
Deutschland: VR-Bank Passau Freyung eG, Kto.-Nr. 89869, BLZ 740 900 00.
Vermerk: „SPENDE“

Spenden für die „Sudettenpost“

- 4,40 Karl Halletz, D-Waging am See
- 4,40 Karl Nausch, D-Veitshöchheim
- 4,40 SL Waldkraiburg
- 4,40 Josef Türmer, D-Auerbach
- 10,75 Engelbert Lang, Wien
- 14,40 Harald Endler, D-Dossenheim
- 14,40 Maria Karger, D-Marxheim
- 17,00 Dir. Hanns Christian, Wien
- 24,40 Alfred Janka, D-Donauwörth
- 29,25 Dr. Gerold Jagenteufel, Maria Rain
- 30,75 Rudolf Brock, Elsam
- 30,75 Gertraud Streit, Wels
- 35,60 Erich Babinsky, D-Miesbach
- 38,80 Erwin Kammler, S-Oberkoldsvik
- 48,20 Hans Riemer, D-Buchen
- 50,00 Andreas Loquai, D-Pötmtes

Die „Sudettenpost“ dankt für die Spenden.

Redaktionsschluß

ist jeweils am Donnerstag, acht Tage vor dem Erscheinungstermin. Bis dahin müssen die Beiträge bei der Redaktion eingelaufen sein. Später eingelangte Berichte können nicht mehr berücksichtigt werden.

Folge 23	4. Dezember	Red.-Schluß	27. November
Folge 24	18. Dezember	Red.-Schluß	11. Dezember

Sudettenpost

Eigentümer und Verleger:
Sudetendeutscher Presseverein, Kreuzstraße 7, 4040 Linz, Ruf u. Fax: 0732 / 700592. Obmann: Karl Koplinger, Geschäftsführer: Ing. Peter Ludwig. Alle in 4040 Linz, Kreuzstraße 7. Druck: LANDESVERLAG Druckservice, 4600 Wels, Boschstraße 29. Die Zeitung erscheint zweimal monatlich. Jahresbezugspreis: Inland € 29,25, inkl. 10 Prozent Mehrwertsteuer, Deutschland und übriges Europa: € 35,60, Übersee: € 48,70; Einzelpreis: € 1,30; Postsparkassenkonto 7734.939, Bankkonto Allgemeine Sparkasse Linz, Konto-Nr. 0000-028.135. – Für die Bezieher aus Deutschland: Volksbank-Raiffeisenbank, Passau, Konto-Nr. 89869, Blz. 74090000. – Postanschrift und Anzeigenannahme: Kreuzstraße 7, 4040 Linz.

OFFENLEGUNG NACH § 25 MEDIENGESETZ:

Medieninhaber:
Sudetendeutscher Presseverein mit Sitz in Linz. Seine Tätigkeit erstreckt sich auf das Bundesgebiet Österreichs.
Grundlegende Richtung:
Der Verein bezweckt die Herausgabe und den Vertrieb von Pressezeugnissen, vor allem unter den Heimatvertriebenen in Österreich, insbesondere die Herausgabe der Zeitung „SUDETENPOST“, als Organ der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Österreich. Die Tätigkeit des Sudetendeutschen Pressevereins ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet und verfolgt ausschließlich gemeinnützige Zwecke im Sinne der Bundesabgabenordnung.

BESTELLSCHHEIN FÜR DIE Sudettenpost

Bestellschein bitte ausschneiden und einsenden an:
„Sudettenpost“, Kreuzstraße 7, 4040 Linz. Telefonische Bestellung: 0 73 2 / 70 05 92.

Ich abonniere die „SUDETENPOST“ für mindestens ein Jahr!

Name: _____
Straße: _____
PLZ: _____ Ort: _____ Telefon: _____

Die Zeitung erscheint zweimal monatlich. – Jahresbezugspreis: Inland € 29,25, inkl. 10 % Mehrwertsteuer, Deutschland und übriges Europa: € 35,60, Übersee: € 48,70. – Postsparkassenkonto Nr. 7734.939 Bankkonto Allgemeine Sparkasse Linz, Kontonummer 0000-028.135. – Für die Bezieher aus Deutschland: Volksbank-Raiffeisenbank Passau, Kontonummer 89869, Blz. 74090000. – Postanschrift und Anzeigenannahme: Kreuzstraße 7, 4040 Linz. – Telefon und Fax: 0 73 2 / 70 05 92.

Volksvertreter

Man streitet sich heute darum, wo das „Zentrum gegen Vertreibungen“ errichtet werden soll? Ein alter Mensch, der die Ursachen der Vertreibungen von Anfang an kennengelernt hat und ihre Auswirkungen am eigenen Leib zu verspüren bekam, kann heute nur noch den Kopf schütteln zu dem, was heute betroffene Länder und Völker – vor allem aber auch Politiker, hier vor allem deutsche, aber auch der anderen Staaten! – zu diesem Thema verlauten lassen.

Dieses Denkmal sollte nicht nur gegen, sondern „wegen der Vertreibungen“ in Berlin erstellt werden, als mahnende Erinnerung an die an uns begangenen Vertreibungsverbrechen! Warum kommen da von unseren Politikern nur Einwände gegen das „Zentrum gegen Vertreibungen“? Wenn sie schon etwas für Mahnmale übrig haben, dann sollten sie doch auch vor allem den eigenen Bürgern gegenüber die gleichen Rechte gelten lassen, anstatt den Einwänden der Vertreiberstaaten in kriecherischer Manier rechtzugeben!

Das ist nicht nur die ehrliche Meinung derer, die aus den Nachbarländern Tschechoslowakei oder Polen vertrieben wurden, sondern heute interessanterweise auch von Politikern und Politikwissenschaftlern dieser Länder, wie Bohumil Dolezal zum Beispiel. Da muß man doch den Kopf schütteln, wenn unsere angeblichen „Volksvertreter“ da ganz gegenteiliger Meinung sind. Es ist nicht nur der ehemalige DDR-Außenminister und jetzige Bundestagsobgeordnete Markus Meckel, sondern auch andere deutsche Politgrößen wie Rita Süßmuth, Wolfgang Thierse und Hans-Dietrich Genscher und auch Antje Vollmer, die mehr in der CR daheim ist als in Berlin. In einem wirklichen Rechtsstaat, wo Recht wirklich noch Recht bedeutet, anstatt nach rechts abgeschoben zu werden, würde man solche Leute zumindest umgehend abwählen und dann einer gerechten Strafe zuführen.

Wenn man schon denjenigen Ausländern, die allein nur uns als Kriegsverbrecher darstellen und alle Schuld zuweisen, nachfühlen kann, daß sie – nur um ihr eigenes, uns angehanes Unrecht zu verbergen! – so reden, dann sollte man aber den eigenen sogenannten „Volksvertretern“, die denen noch zustimmen, endlich klar zu verstehen geben, was Wahrheit und Lüge ist! Man sollte diesen „Spätgeborenen“, wie Kanzler Kohl sich und sie nannte, einmal ernsthaft nahelegen, erwachsen zu werden und die deutsche, wie auch die Geschichte Tschechiens und Polens einmal genau zu studieren, um die Ursachen unserer angeblichen Kriegsverbrechen im richtigen Licht zu sehen und endlich auf der Seite ihres Volkes zu stehen, statt zum Volksverräter zu werden.

Sepp Koppal, D-Großheubach

Gedanken zum Gedenken

Über zweihundert Gäste fanden sich am Vortag des wichtigen historischen Ereignisses vor fünfundsiebzig Jahren im Budgetsaal des Österreichischen Parlaments, ein. Vor vollem Hause konnte Klubobmann Scheibner hochrangige Persönlichkeiten, wie Ex-Vizekanzler Haupt, Justizminister Böhmendorfer, viele FPÖ-Nationalrats- und Wiener Landtagsabgeordnete und Bundesräte, sowie den polnischen Botschafter begrüßen. Scheibner betonte, daß aus dem geschichtlichen Bewußtsein heraus das heutige Österreich hinter den Sudetendeutschen stehen müßte. Nicht nur aus Dankbarkeit am Wiederaufbau Österreichs nach der Vertreibung. Der Obmann der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Österreich (SLÖ), LAbg. a. D. Gerhard Zeihsel, bedankte sich beim FPÖ-Klub für die Möglichkeit, im Parlament diese Gedenkveranstaltung zu können. Denn wie zu erfahren war, wurde das Ansuchen für diese Gedenkveranstaltung in den Räumlichkeiten des Parlaments, vom 1. Nationalratspräsidenten Dr. Andreas Kohl (ÖVP) abschlägig behandelt.

Da könnte man sich schon seine Gedanken machen!

Tribüne der Meinungen

Wo doch die ÖVP „für die Anliegen“ der vertriebenen Sudetendeutschen, gemäß eigenen Aussagen (meist vor Wahlen), so sehr eintritt.

In seinem Grußwort betonte Zeihsel den hohen Anteil der Reichsratsabgeordneten aus Böhmen, Mähren und Österr.-Schlesien, nämlich 92 von 208, die am Ende der Monarchie als Geburtshelfer an der Wiege der ersten demokratischen Republik Deutsch-Österreich standen. Daraus sollte sich eigentlich auch die Verpflichtung der heutigen politisch Verantwortlichen in Österreich ableiten, eine besondere Schirmherrschaft über die vertriebene Volksgruppe der Sudetendeutschen zu leben.

Wie sehr die heutigen Parlamentarier diese Verpflichtung ernst nehmen, zeigt die geschlossene Abwesenheit von Vertretern der ÖVP, SPÖ und den besonders „volksnahen“ Grünen.

Da macht man sich schon so seine Gedanken, als gebürtige Österreicher.

Ein Gedanke scheint schon zu stimmen! Die Freiheitlichen bleiben als einzige – trotz der Wahlniederlagen – bei ihrem Versprechen gegenüber den vertriebenen Sudetendeutschen.

Auch darüber sollte man bei den Vertriebenenverbänden nachdenken.

Robert Hauer, FPÖ-Gemeinderat, Linz

* * *

Im Juni d. J. hat die Sudetendeutsche Landsmannschaft in Österreich vorgeschlagen, einen „Gedenktag im österreichischen Parlament in Form einer Ausstellung oder einer Gedenkminute“ anlässlich des Jahrestages der 1. Tagung der Provisorischen Nationalversammlung am 21. Oktober 1918 zu veranstalten. Bei offiziellen historischen Veranstaltungen des Parlaments werden immer alle betroffenen Gruppen eingebunden, so daß solche Veranstaltungen einen sehr großen Rahmen einnehmen. Aus diesem Grund beschränken wir uns auf besondere (runde) Jahrestage außerordentlicher Ereignisse, und so sind wir dem Vorschlag der Sudetendeutschen Landsmannschaft nicht nachgekommen. Andererseits hat Präsident Dr. Andreas Kohl selbstverständlich die benötigten Räumlichkeiten für eine Veranstaltung des FPÖ-Klubs zu diesem Thema zur Verfügung gestellt, da die Klubs Gedenkveranstaltungen auch in einem kleineren Rahmen durchführen können.

Abschließend möchte ich festhalten, daß Präsident Dr. Kohl seit vielen Jahren in regelmäßiger und sehr gutem Kontakt mit der Sudetendeutschen Landsmannschaft und den anderen Mitgliedern des Verbandes der Volksdeutschen Landsmannschaften Österreichs steht.

Mag. Alexis Wintoniak
Leiter des Büros des Präsidenten
des Nationalrates

Giftige Früchte der „Reeducation“

Als vertriebener Deutschböhme interessiert mich verständlicherweise alles, was die Medien über mein Heimatland bringen. Nicht immer zu meiner Freude und Erbauung! Das sollen zwei Beispiele aus weitentfernten Politikerebenen erklären.

1. Aus der Kulturpolitik: Am 3. Juli 2003 erinnerte die Südtüringer Zeitung „Freies Wort“ auf ihrer Feuilletonseite anlässlich seines 120. Geburtstages in Wort und Bild an den Prager Schriftsteller Franz Kafka (1883 bis 1924) unter der merkwürdigen Überschrift „Franz Kafkas Verwandlung“. (Vermutlich sollte dies ein witziges Wortspiel mit dem Titel einer Erzählung Kafkas sein!) Der Autor nennt ihn einen „Deutsch schreibenden Tschechen jüdischen Glaubens“. In der ersten Hälfte seines Beitrags suggeriert er dem Leser die tschechische Nationalität Kafkas durch eine (viel zu lange) Betrachtung über die statistische Häufigkeit des Namens „Kaf-

ka“ in Tschechien und in der zweiten Hälfte über die Wandlungen in der Würdigung des Dichters durch das offizielle Prag. Es stört den Verfasser offenbar überhaupt nicht, daß er durch die Beschränkung der Bedeutung Kafkas auf den tschechischen Sprachraum dessen Dichterpersönlichkeit sehr verkleinert. Er unterschlägt, daß Kafka heute weltweit als einer der bedeutendsten deutschsprachigen Dichter des zwanzigsten Jahrhunderts gilt: „Erst mit Thomas Mann und Robert Musil, Franz Kafka und Hermann Hesse überschritt der deutsche Roman buchstäblich die Grenze zur Weltliteratur.“ (Illustr. Gesch. der deutschen Lit., Bd. V, von Salzer und Tunk.)

Bei bestem Willen kann ich an Franz Kafka, dem Sohn eines wohlhabenden deutschsprechenden Kaufmanns, der ein deutsches Gymnasium besucht hat und mit der Berlinerin Felice Bauer verlobt war, und dessen Dichtersprache „nur meßbar ist an J. P. Hebels und Kleists Deutsch (Max Brod)“, nichts, aber auch gar nichts Tschechisches entdecken.

2. Aus der Rechts- und Sicherheitspolitik. Dieses Beispiel kann schneller erledigt werden, da hier der deutschfeindliche Duktus noch deutlicher ist:

Am 20. Oktober 2003 erschreckte mich beim Lesen der „Südtüringer Zeitung“ die Überschrift: „Wenn die deutschen Männer kommen“ (UNICEF kämpft gegen Kinderprostitution in Tschechien.) – Diesmal kommen also die deutschen Männer nicht in Wehrmachts- und SS-Uniform, sondern als Sex-Touristen und Kinderschänder, zumeist in Sachsen und Bayern. Die Assoziation zu 1938/39 ist sofort da und sicher gewollt! – Achtmal werden in diesem Artikel die Deutschen als die Übeltäter dieser scheußlichen Verbrechen genannt. „Es sind Geschichten aus einer Welt, in der Eltern aus Armut oder Drogensucht zu Zuhältern werden und Mütter ihre Jüngsten den deutschen Sextouristen anbieten. Manchmal sind es noch Kleinkinder.“ Doch wer sind die Zuhälter und Mütter, die „ihre Kleinkinder den Deutschen ins Auto reichen“? Hier ist die Autorin sofort viel zurückhaltender. Wegen der mit Brutalität und gegen das Völkerrecht durch den „odsun“ erreichten Homogenität des gereinigten tschechischen Volkskörpers können es doch wohl nur Tschechen sein! Doch diesen Namen sucht man vergebens! Statt dessen: „Aus böhmischen und slowakischen Dörfern kommen sie, wo es nichts als Armut gibt.“ Also Massenarmut in Ländern, die demnächst der EU beitreten sollen! Interessant ist auch die Verwendung des Wortes „Böhmisch“ – heute in den politischen Beiträgen unserer Medien sonst verpönt! Und weit, sehr weit muß der Weg für die slowakischen Zuhälter sein, um an den „Strich“ zu kommen, liegt doch die slowakische Westgrenze gut 300 km vom Erzgebirge entfernt!

Verwerflich und in den Konsequenzen verheerend war die einstige überhebliche Einstellung vieler Deutscher, „daß am deutschen Wesen die Welt genesen“ solle. Ebenso verdammenswert – und schäbig dazu – ist aber der Haß auf die eigene Nation, jede Unterwürfigkeit und Liebedienerei mit verbogenem Rückgrat anderen gegenüber, „denn“, hier einig mit Bertolt Brecht, „nicht über und nicht unter andern Völkern wolln wir sein!“

Adolf Maria Svoboda, D-Schmalkalden

Abgesetzt

Zur Absetzung des Chefs des tschechischen NS-Opferverbandes, Oldrich Stransky, wegen eines freundlichen Briefes an den SL-Vorsitzenden Bernd Posselt (Ausgabe Nummer 21).

Warum soll es Stransky besser ergehen?

Als wir vor drei Jahren in Landskron ein Mahnmal für die Opfer des Massakers vom 17./18. Mai 1945 errichten wollten, wurden wir von der Prager Regierung und dem Parlament an die Stadtverwaltung von Landskron verwiesen. Der damalige Bürgermeister Meixner, wie auch der Stadtrat, stimmten die-

sem Antrag zu, unter der Bedingung, daß die „Freiheitskämpfer“ auch zustimmen. Ich schrieb an den Vorsitzenden dieser Regionalgruppe und erhielt von Herrn Dr. Kapoun eine wohlwollende Antwort. Das Denkmal wurde in Auftrag gegeben und die Einweihung für den 7. Juni 2001 festgelegt. Nach einigen Monaten erhielt ich vom Bürgermeister Meixner Nachricht, daß Dr. Kapoun abgesetzt wurde, weil er dem Mahnmal zugestimmt hatte und die ganze Angelegenheit damit in Frage gestellt sei. Ich informierte Bürgermeister Meixner, daß ich alle Senatoren, den Präsidenten der USA und einschlägige Medien über den Tatbestand unterrichten werde, falls dieses Mahnmal nicht planmäßig erstellt und eingeweiht wird. Daraufhin hat die Stadtverwaltung die „Freiheitskämpfer“ überstimmt und es kam zu Enthüllung und Weihe.

Der Bürgermeister gab unserer Delegation einen Empfang im Rathaus und kam zur heiligen Messe, jedoch nicht zur Enthüllung am Friedhof. Vorsorglich hatte er eine Polizeieinheit bereitgestellt, aber es gab keine Zwischenfälle.

Solange sich die Regierungen in Berlin, Prag und Warschau nicht zu den Menschen- und Völkerrechten bekennen wie es die Resolution des US House of Representatives No. 562 fordert, wird es zu keiner Harmonie in Europa kommen. Die deutschen Politiker haben es zu eilig, Zugeständnisse zu machen und die radikalen Nationalisten in der Tschechischen Republik und in Polen werden wieder, wie vor knapp hundert Jahren, die Vereinigung stören. Nicht nur das, sondern die Finanzierung der EU ist langfristig nicht durchführbar. Man sollte wissen, daß Öl und Wasser nicht langfristig im Gemisch bleiben – nicht einmal in der undurchsichtigen Milch.

Karl Hausner, Illinois, USA

Danaergeschenk

„Sudetenspost“, Folge 19, vom 9. 10. 2003, Vertretung der deutschen Minderheit in der Tschechischen Republik hat die Forderung nach einer Aufhebung der Beneš-Dekrete für kleine Entschädigung aus Mitteln des Deutsch-tschechischen Zukunftsfonds fallengelassen. „Quidquid id est timeo Danaos, et dona ferentes“, nach Vergils Aeneis II, 69. (Was es auch sei, so fürchte ich die D., auch wenn sie Geschenke bringen.)

Ewald A. Rust, D-Baden-Baden

Schwejkade

Ich gönne den Deutschen in Tschechien eine Entschädigung für das ihnen angetane Unrecht. Aber der Preis, den sie dafür zu bezahlen bereit sind, ist zu hoch. Denn eine Akzeptation der Beneš-Dekrete bedeutet die Aufgabe fundamentaler Menschenrechte. Solche Rechte, zu denen sie das Recht auf Leben, auf Freiheit und auf Streben nach Glück zählen, bezeichneten die Gründer der Vereinigten Staaten vor über zweihundert Jahren bereits als unveräußerlich. Die Vereinten Nationen in ihren „Vereinbarungen über Menschen-, Bürger- und politische Rechte“ verlangen von jeder Regierung, ethnischen Minderheiten im Lande, Wahl und Ausübung ihrer Religion, Sprache und Sitten und Gebräuche zu garantieren. Jedes solcher Rechte ist unbezahlbar. Ihre Existenz in Tschechien aber verhindern einige der sogenannten Beneš-Dekrete, die auf Wunsch der gegenwärtigen Prager Regierung unabänderlicher Bestandteil tschechischer Rechtsordnung bleiben sollen. Dabei steht alles Gerede um eine Entschädigung im Verdacht, nichts anderes als eine weitere Schwejkade zu werden.

Rudolf Puschel,
Mountain View, Kalifornien / USA

Liebe Leserinnen und Leser!

Wir freuen uns über jede Zuschrift und möchten Sie hiermit freundlich ermuntern, uns auch Ihre Meinung zu den Themen, die uns gemeinsam berühren, zu senden.

Leserbriefe stellen grundsätzlich persönliche Meinungen dar und müssen nicht der Meinung der Redaktion und des Herausgebers oder der SLÖ entsprechen. – Wir bitten um Verständnis, daß wir anonyme Leserbriefe nicht abdrucken können.